

# **Wissenschaftliche Analyse des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas**

## **Endbericht**

09. November 2018

Eine Analyse von Kantar Public  
im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA)

### **Ihre Ansprechpartner:**

Oliver Sartorius  
Director  
t 030 533 22 204  
[oliver.sartorius@kantarpublic.com](mailto:oliver.sartorius@kantarpublic.com)

Christiane Scholz  
Senior Consultant  
t 030 533 22 208  
[christiane.scholz@kantarpublic.com](mailto:christiane.scholz@kantarpublic.com)



## Inhalt

1.	Zentrale Ergebnisse	5
2.	Vorbemerkungen	16
2.1.	Projekthintergrund und Zielsetzung	16
2.2.	Auswertungs- und Analysebasis	18
2.2.1.	Struktur der Dialogveranstaltungen	18
2.2.2.	Soziodemographische Struktur der Rückmelder*innen	19
2.3.	Methodisches Vorgehen	21
2.3.1.	Softwarebasierte Auswertung und Analyse	21
2.3.2.	Entwicklung des Kategoriensystems	23
3.	Ergebnisse im Detail	26
3.1.	Politikfelder	32
3.1.1.	Agrarpolitik	32
3.1.2.	Arbeit & Soziales	35
3.1.3.	Außen- & Sicherheitspolitik	38
3.1.4.	Bildung	41
3.1.5.	Digitalisierung	44
3.1.6.	Finanzen & Währung	47
3.1.7.	Gesundheit & Pflege	50
3.1.8.	Infrastruktur & Mobilität	53
3.1.9.	Innenpolitik & Innere Sicherheit	56
3.1.10.	Kultur & Religion	59
3.1.11.	Migration & Flüchtlinge	62
3.1.12.	Recht & Justiz	65
3.1.13.	Umwelt & Klima	68
3.1.14.	Wirtschaft	71
3.2.	Werte	74
3.2.1.	Freiheit	74
3.2.2.	Gerechtigkeit	77

3.2.3.	Gleichheit	80
3.2.4.	Offenheit & Transparenz	83
3.2.5.	Respekt & Toleranz	86
3.3.	Institutionelle Ausgestaltung	89
3.3.1.	Europäische Union	89
3.3.2.	Politisches System	93
3.3.3.	Rechtspopulismus	96
4.	Gesellschaftliche Themenagenda 2018	99
Anhang I: Abbildungsverzeichnis		104
Anhang II: Übersicht Dialogveranstaltungen		106
Anhang III: Muster-Protokollbogen		112
Anhang IV: Muster-Rückmeldebogen		116
Anhang IV: Tabellarische Übersichten		118

# 1. Zentrale Ergebnisse

Der europäische Einigungsprozess stellt ein weltweit einmaliges Projekt dar, das derzeit vor zahlreichen internationalen beziehungsweise globalen Herausforderungen wie zum Beispiel Migrationsbewegungen oder dem Klimawandel steht. Vor diesem Hintergrund waren alle Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeladen, sich bis in den Herbst 2018 an **Bürgerdialogen zur Zukunft Europas** zu beteiligen. In Deutschland suchten dazu sowohl die Bundesregierung, als auch ihre zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner – die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) und der Deutsche Volkshochschul-Verband – im Rahmen von Dialogveranstaltungen den direkten, persönlichen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ziel war es, mehr über die Ansichten und Meinungen der Bevölkerung zu Europa zu erfahren und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Sorgen, Wünsche und Kritik mitzuteilen. Die Dialogveranstaltungen stellen damit ein Instrument der unmittelbaren Bürgerbeteiligung dar, das sowohl Impulse für die Europäische Union als auch für die weitere Ausrichtung der Europapolitik der Bundesregierung liefert. Insgesamt wurden zwischen Mai und Oktober 2018 in Deutschland mehr als 100 Dialogveranstaltungen durchgeführt, deren zentrale Inhalte in Form von Ergebnisprotokollen durch die Veranstalter dokumentiert wurden. Zudem konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre persönlichen Ansichten zu Europa anonym in Rückmeldebögen festhalten. Diese bilden – gemeinsam mit den Ergebnisprotokollen – die Basis für die vorliegende Auswertung und Analyse des Dialogprozesses.

Mit Blick auf die Veranstaltungsprotokolle und die inhaltlichen Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird insgesamt ein **ausgeprägter Wunsch nach einer stärkeren europäischen Integration** und Zusammenarbeit als Reaktion auf die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen deutlich. Dieser grundlegende Befund korrespondiert auch mit den Ergebnissen einer repräsentativen Eurobarometer-Befragung der Europäischen Kommission vom Mai diesen Jahres: Danach erreicht die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union mit 79 Prozent ein historisches Rekordniveau<sup>1</sup>. Bei den allermeisten der diskutierten Themen zur Zukunft Europas überwiegen aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die positiven Aspekte Europas. Eine Ausnahme stellt vor allem die **Migrations- und Flüchtlingspolitik** dar: Hier überwiegen eindeutig die kritischen Anmerkungen und es wird dringender Handlungsbedarf für Europa gesehen. In spürbar geringerem Umfang gilt dies auch für eine kritisch bewertete Umwelt- und Klimaschutzpolitik, sowie für die Agrarpolitik der EU. Negative Aspekte und Hinweise verweisen in der Regel auch nicht auf eine grundsätzliche Kritik an Europa, sondern zielen zumeist darauf ab, Europas Schwächen zu vermindern und es so für die Zukunft weiter zu stärken.

Die zentralen Befunde zur Wahrnehmung der einzelnen Politikfelder, Wertedimensionen und Fragen der institutionellen Ausgestaltung sind im Folgenden – in alphabetischer Reihenfolge der Themengebiete – zusammengefasst.

---

<sup>1</sup> vgl.: <http://www.europarl.europa.eu/germany/de/presse-veranstaltungen/eurobarometer-mai-2018> (abgerufen am 05.10.2018)

## Wahrnehmung der Politikfelder

Im Bereich der **Agrarpolitik** findet als positiver Aspekt einzig – und nur im Rahmen einer Einzelnenennung – die europaweite Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Organismen Erwähnung. Handlungsbedarfe werden hingegen insbesondere mit Blick auf die zukünftige Ausgestaltung der Agrarsubventionen der Europäischen Union gesehen. In diesem Zusammenhang wird vor allem die Reduzierung von Subventionen gefordert, teilweise aber auch eine **Neuausrichtung der Agrarpolitik** unter stärkerer Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten verlangt. Zusätzlich werden Forderungen nach einer stärkeren Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Form eines geringeren Einsatzes von Düngemitteln, des Verzichts auf Glyphosat und Gentechnik sowie einer Abkehr von der Massentierhaltung gestellt. Vereinzelt und im eher ländlichen Raum wird zudem der Bedarf nach einer Reduzierung der europäischen Vorgaben und Bestimmungen im Bereich der Agrarpolitik angesprochen. Das Thema nahm in den Dialogveranstaltungen besonders wenig Raum ein und wird auch in den Rückmeldungen nur vereinzelt angesprochen. Dabei überwiegen – auf sehr niedrigem Niveau – die Nennungen negativer Wahrnehmungen sowie der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative.

In Zusammenhang mit arbeits- und sozialpolitischen Fragen werden die **europaweite Arbeitnehmerfreizügigkeit** sowie die mit dem europäischen Arbeitsmarkt verbundenen Berufs- und Karrierechancen als positives Element der EU gewürdigt. Ohne direkten Europabezug wird zudem mehrfach positiv auf das hohe Ansehen der deutschen Ausbildungsberufe sowie den in Deutschland geltenden Mindestlohn verwiesen. Kritik erfährt hingegen vielfach die innereuropäische Konkurrenz am Arbeitsmarkt, die als Ursache für Unternehmensverlagerungen ins europäische Ausland und Lohndumping ausgemacht wird. Entsprechend wird Veränderungsbedarf mit Blick auf die Schaffung von europaweit einheitlichen Lohnmindeststandards gesehen. Darüber hinaus wird eine stärkere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in einigen europäischen Staaten gefordert sowie die europaweite Anerkennung von Berufsabschlüssen. Fragen des Fachkräftemangels und der Arbeitsmigration sowie der Digitalisierung der Arbeitswelt werden nur vereinzelt als Herausforderungen für Europa benannt. Im sozialen Sektor werden vor allem der **materielle Wohlstand** als positive Folge der europäischen Integration benannt und **Errungenschaften des deutschen Sozialversicherungssystems** (*Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung*) erwähnt, die aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmern im gesamteuropäischen Zusammenhang Vorbildcharakter haben. Kritisiert wird hingegen in erster Linie **das innereuropäische Wohlstandsgefälle** inklusive der unterschiedlichen Arbeitsbedingungen in den Mitgliedstaaten und den verschiedenen nationalen sozialen Sicherungssystemen. Entsprechend wird teilweise eine Angleichung der sozialen Sicherungssysteme und -standards innerhalb der Europäischen Union gefordert. Neben einer Angleichung der Sozialstandards werden zudem vielfach auch Handlungsbedarfe mit Blick auf die Armutsbekämpfung beziehungsweise die Sicherung der sozialen Teilhabe angesprochen: In diesem Zusammenhang wird der Wunsch nach einem stärkeren Einsatz für eine gerechte Entlohnung, aber auch für mehr gesellschaftliche Anerkennung und soziale Integration formuliert. Insgesamt ist der Anteil an positiven Nennungen und geäußerten Veränderungsbedarfen im Bereich Arbeit & Soziales in etwa ausgeglichen. Eine klare Tendenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinsichtlich des Wunsches nach mehr europäischen Lösungen ist jedoch unverkennbar.

Unter außen- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten wird Europa in hohem Maße als **einzigartiges Friedensprojekt** geschätzt. Daran haben nach Wahrnehmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem der gemeinsame Wirtschafts- und Währungsraum sowie der institutionalisierte Dialog und Austausch zwischen den Mitgliedstaaten großen Anteil. Aus der Einschätzung Europas als erfolgreichem Friedensprojekt wird vielfach der deutliche Wunsch nach einer verstärkten **gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** der Europäischen Union abgeleitet. Zusätzlich wird anerkannt, dass die Europäische Union in außen- & sicherheitspolitischen Angelegenheiten global ein deutlich höheres Gewicht besitzt als jeder einzelne Mitgliedsstaat für sich. Entsprechend wird

mehrheitlich ein abgestimmtes, einheitliches Auftreten nach außen gewünscht – insbesondere gegenüber globalen Großmächten wie den USA, Russland und China. In diesem Zusammenhang wird auch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee angesprochen, von der man sich eine größere Unabhängigkeit verspricht. Darüber hinaus werden im Zusammenhang mit außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen die Sicherung der EU-Außengrenzen sowie ein besserer Schutz vor Kriminalität und Terrorismus gefordert. Weiter wird auf den Einfluss und die Verantwortung Europas in Bezug auf kriegerische Konflikte außerhalb der EU verwiesen und entsprechende Handlungsbedarfe benannt: Als konkrete Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang eine Beschränkung von Rüstungsexporten sowie eine Ausweitung der humanitären Unterstützung gefordert. Bei Fragen der Außen- & Sicherheitspolitik überwiegen unter den Nennungen insgesamt eindeutig die positiven Aspekte der EU. Zudem wird das Thema so stark wie keine andere Kategorie mit dem Wunsch nach einer verstärkten europäischen Integration verknüpft.

Im Bereich **Bildung** werden in erster Linie die Förderprogramme zum Lernen und Studieren im europäischen Ausland ERASMUS und ERASMUS+ in positiver Weise mit Europa in Verbindung gebracht. In diesem Zusammenhang betonen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den damit verbundenen Erwerb von Sprachfähigkeiten und die Erfahrungen interkultureller Begegnungen von jungen Menschen. Gelobt werden der grundsätzlich einfache und gleichberechtigte Zugang zu vielfältigen Bildungschancen und –optionen in Europa sowie die **europaweite Harmonisierung von Bildungsabschlüssen** (*Bachelor / Master*). Vereinzelt werden auch länderübergreifende Forschungsprojekte sowie der europaweite Wissenstransfer anerkannt. Handlungsbedarf wird vor allem in Bezug auf die Schaffung einheitlicher Bildungsstandards sowie einen besseren Zugang zu Bildung gesehen: Dies soll nach Ansicht der Fürsprecher insbesondere über eine stärkere Förderung der Finanzierung von Studium und Auslandsaufenthalten erfolgen. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur stärkeren Wertschätzung von Erzieherinnen und Pädagogen, einer Ausweitung der politischen Bildungsangebote sowie stärkere Investitionen in den Bildungssektor angeregt. Rein quantitativ werden im Rahmen des Bürgerdialogs ebenfalls überwiegend positive Aspekte zur Bildungspolitik geäußert. Allerdings werden insbesondere in den Rückmeldungen jedoch fast genauso häufig Veränderungsbedarfe genannt, die grundsätzlich auf eine Stärkung der gesamteuropäischen Integrationsbemühungen in diesem Themenfeld verweisen.

Im Themenkomplex der **Digitalisierung** wird der bereits erfolgte Wegfall der Roaming-Gebühren innerhalb Europas von vielen als direkt erfahrbarer Erfolg der EU verbucht. Vereinzelt werden auch europaweite Maßnahmen zum Monitoring der Digitalisierung des Arbeitsmarkts wahrgenommen. Der mit Abstand größte Handlungsbedarf wird im **Ausbau der digitalen Infrastruktur** gesehen. Als Ziele werden demzufolge vor allem eine europaweit flächendeckende Internet-Anbindung und eine stärkere Harmonisierung der Mobilfunknetze und –gebühren formuliert. Nur vereinzelt werden auch Bedarfe mit Blick auf die **Digitalisierung der Arbeitswelt**, den Umgang mit Cyber-Kriminalität und die Nutzung moderner Technik im Rahmen demokratischer Prozesse (*Bürgerbeteiligung im Internet*) benannt. Das Thema spielte sowohl in den Dialogen als auch in den entsprechenden Rückmeldungen eine vergleichsweise geringe Rolle. Der Überhang an Nennungen zu positiven Aspekten Europas in den Veranstaltungen scheint dementsprechend wenig belastbar. Erkennbar ist jedoch – wenngleich auf niedrigem Niveau – der Wunsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach mehr gesamteuropäischer Koordination in diesem Bereich.

Im Bereich der **Finanz- & Währungspolitik** werden insbesondere die Einführung des **EURO als gemeinsame Währung** sowie die Existenz der EZB als unabhängiger Zentralbank positiv hervorgehoben. Lediglich vereinzelt wird in diesem Zusammenhang auch die europaweite Vereinheitlichung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs (*SEPA-Verfahren*) erwähnt. Der deutliche Wunsch nach mehr Europa in fiskalischen Angelegenheiten kommt vor allem mit Blick auf die Schaffung eines europaweit einheitlichen Steuersystems zum Ausdruck. Von einer **harmonisierten Steuerpolitik**

verspricht man sich eine Verminderung von Steuerflucht, eine Angleichung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Sozialstandards sowie eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. In diesem Zusammenhang wird vielfach die Politik während der europäischen Finanz- und Bankenkrise kritisiert und der Wunsch nach einem solidarischeren Umgang mit den Krisenländern geäußert. Im Zusammenhang mit dem EURO als gemeinsamer Währung werden vereinzelt und rückblickend Versäumnisse bei der EURO-Einführung benannt: Dies betrifft auf der politischen Ebene die unterschiedliche Wirtschaftskraft der EURO-Staaten, auf der persönlichen Ebene aber auch eigene Wertverluste. Insbesondere jedoch wird die derzeitige Nullzinspolitik der EZB kritisiert, weil sie zur Enteignung deutscher Sparer beitrage. Alles in allem überwiegen aber hinsichtlich der Finanz- und Währungspolitik die positiven Aspekte Europas, wenngleich in vergleichbarem Umfang zur Wirtschaftspolitik auch Kritik und Handlungsbedarfe genannt werden.

Im Bereich der **Gesundheitspolitik** wird meist nur allgemein – und mutmaßlich vor dem Hintergrund des deutschen Gesundheitssystems – die Existenz einer sicheren und geregelten Krankenversicherung gelobt. Nur in Einzelnennungen finden europäische Gesundheits- und Hygienestandards, die europäische Krankenkassenkarte sowie der legale Vertrieb weicher Drogen in den Niederlanden – der auch als denkbare gesamteuropäische Maßnahme diskutiert wird – als positive Aspekte Europas Anerkennung. Handlungsbedarf wird dagegen vornehmlich im Sinne einer **Harmonisierung der Gesundheitssysteme** gesehen. Gefordert werden in diesem Zusammenhang vor allem eine Vereinheitlichung von Leistungen und Versicherungsbeiträgen. Vereinzelt werden auch ein verstärkter gesamteuropäischer Einsatz zur Bekämpfung des Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsums und die Schaffung gesamteuropäischer Normen mit Blick auf Herstellung und Vertrieb von Arzneimitteln angemahnt. Daneben wurden jedoch zumeist Aspekte ohne direkten Europa-Bezug wie die Aufwertung der Pflegeberufe, höhere Investitionen in den Pflegesektor, das Ende der Zwei-Klassen-Medizin oder eine Begrenzung des Sparzwangs im Gesundheitswesen angesprochen. Das unterstreicht die große Bedeutung des Themas für die Bevölkerung. Insgesamt spielten Themen aus dem Bereich Gesundheit & Pflege aber nur eine nachgeordnete Rolle im Rahmen des Bürgerdialogs. Positive und negative Wahrnehmungen halten sich diesbezüglich die Waage. Die Frage nach mehr oder weniger Europa lässt sich aufgrund der geringen Anzahl an Nennungen und aufgrund des teilweise mangelnden Europa-Bezugs statistisch nicht eindeutig feststellen.

Als positive Errungenschaft der EU im Bereich **Infrastruktur & Mobilität** wird vorrangig auf die bestehenden grenzüberschreitenden Infrastrukturen im Bereich Stromversorgung und Mobilität verwiesen. Auch die gesicherte Versorgung mit sauberem Trinkwasser und Nahrungsmitteln innerhalb der Europäischen Union wird lobend erwähnt. In diesem Zusammenhang werden ausdrücklich die stabilen Preise und die große Vielfalt an Lebensmitteln genannt. In Einzelnennungen wird zudem auf die Existenz europäischer Förderprogramme zur Entwicklung der Infrastruktur in benachteiligten Regionen hingewiesen. Besonderer Handlungsbedarf wird dagegen mit Blick auf die **Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Mobilitätsstrategie** gesehen: Diesbezüglich werden insbesondere Alternativen zum Verbrennungsmotor, ein Ausbau des Öffentlichen Personen Nah- und Fernverkehrs sowie ein harmonisiertes Maut-System gefordert. Auch bezüglich der **Zukunft der Energieversorgung** wird Handlungsbedarf in Europa gesehen: Hier wird vor allem der Ausstieg aus der Kohleverstromung genannt. Themen aus dem Bereich Infrastruktur und Mobilität wurden allerdings ebenfalls vergleichsweise selten diskutiert. Dabei überwiegen positive Wahrnehmungen leicht gegenüber geäußerten Handlungsbedarfen und ein Wunsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach mehr gesamteuropäischer Initiative ist erkennbar. Der Handlungsdruck – gemessen an der Anzahl der Nennungen – scheint allerdings ähnlich wie im Bereich Digitalisierung nicht besonders stark zu sein.

Themen und Aspekte, die der Kategorie **Innenpolitik & Inneren Sicherheit** zugeordnet wurden, werden ganz überwiegend in positiver Weise mit der EU verknüpft: Ursächlich für die positive Bewertung ist vor allem, dass insbesondere die Offenheit der innereuropäischen Grenzen von den



Teilnehmerinnen und Teilnehmern geschätzt wird. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die daraus resultierende Reisefreiheit als auch für den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr im Alltag. Insbesondere Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Dialogveranstaltungen in grenznahen Orten verweisen ausdrücklich auf die Vorzüge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Unternehmen und Behörden. Dementsprechend beziehen sich die teilweise benannten Veränderungswünsche vor allem auf Überlegungen zum Erhalt des freien Grenzverkehrs angesichts der Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Zuge der Flüchtlingskrise. Gleichzeitig wird – angesichts einer sich verändernden Sicherheitslage in Europa – vielfach der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Kooperation zur **Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung** geäußert: Hier wird vor allem der Bedarf an verstärkter grenzüberschreitender Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten gesehen. Mit Blick auf den Bereich der Innenpolitik & Inneren Sicherheit überwiegen die positiven Äußerungen zu Europa gegenüber Veränderungsbedarfen deutlich. Der Wunsch nach einem Mehr an Europa ist (entsprechend) weniger stark ausgeprägt als in den meisten anderen Politikfeldern.

Mit Blick auf kulturelle und religiöse Fragen werden insbesondere die **kulturelle und sprachliche Vielfalt** sowie die **Möglichkeit des kulturellen Austauschs** in besonderer Weise als positive Merkmale Europas geschätzt. Zudem wird vielfach auf gemeinsame europaweite Werte, auf das gemeinsame kulturelle Erbe und gemeinsame Wertvorstellungen wie zum Beispiel Solidarität als positive Aspekte Europas verwiesen. Vereinzelt wird auch die Existenz einer gemeinsamen europäischen Identität behauptet. Stärker jedoch wird diesbezüglich die Notwendigkeit der Schaffung beziehungsweise Stärkung einer entsprechenden europäischen Identität angesprochen. In diesem Zusammenhang werden unter anderem die Einführung eines europäischen Feiertags, einer gemeinsamen Amtssprache und einer Harmonisierung der Parteien- und Medienlandschaft vorgeschlagen. Derartige Maßnahmen dürfen nach Auffassung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer jedoch keinesfalls zu einem Verlust von kulturellen Eigenheiten der Mitgliedsländer führen. Darüber hinaus wird der Ausbau von Möglichkeiten des kulturellen Austauschs vor allem auch jenseits des schulischen beziehungsweise universitären Bereichs gewünscht. Mit Blick auf die religiöse Vielfalt wird ein hohes Maß an Offenheit Europas gegenüber allen Weltreligionen gefordert sowie die **strikte Trennung von Kirche und Staat**. Alles in allem überwiegt in diesem Themenfeld der Anteil an positiven Nennungen deutlich gegenüber den geäußerten Veränderungsbedarfen. Der Wunsch nach mehr Europa in kulturellen Fragen wird fast ebenso stark geäußert wie dies mit Blick auf die Bildungspolitik der Fall ist.

Im Bereich der **Migrations- und Flüchtlingspolitik** gibt es nur vereinzelt positive und meist allgemein gehaltene Verweise auf die grundsätzliche Bereitschaft Europas beziehungsweise ausgewählter Einzelstaaten zur Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen. Häufiger wird dagegen kritisiert, dass es Europa an Humanität, Empathie und Solidarität im Umgang mit Geflüchteten mangle. Angemahnt wird dabei primär eine notwendige Verständigung auf eine **gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik**, die von **Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit** gekennzeichnet sein sollte und auch Fragen der Bekämpfung von Fluchtursachen berücksichtigt. Mit Blick auf die innerdeutschen Verhältnisse werden teilweise Maßnahmen für eine bessere Integration von Geflüchteten angemahnt. Dabei wird vor allem ein besserer Zugang zu Bildung und Arbeit gefordert. Ebenfalls vereinzelt werden in Zusammenhang mit der Diskussion um die Zuwanderung von Fachkräften und die Ausgestaltung eines Einwanderungsgesetzes legale Migrationsmöglichkeiten ins Spiel gebracht. Teilweise werden aber auch **Angstgefühle aufgrund der Zuwanderung** angesprochen und Sorgen über eine unkontrollierte Zuwanderung durch nicht ausreichend geschützte Außengrenzen der Europäischen Union geäußert. Ein deutlich restriktiverer Umgang beziehungsweise eine konsequente Zurückweisung von Geflüchteten wird jedoch nur vereinzelt gefordert. Die Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU stellt im Rahmen des Bürgerdialogs das einzige Politikfeld dar, in dem die negativen Bewertungen sowie die Forderungen nach Veränderungen eindeutig dominieren. Zudem tritt der Wunsch nach einer stärkeren Kooperation der europäischen Staaten in diesem Bereich sehr deutlich zu Tage.

Im Bereich Recht und Justiz wird Europa in erster Linie als ein **Garant für Rechtsstaatlichkeit** wahrgenommen: Die EU-Staaten werden prinzipiell geschätzt für die Einhaltung von Gewaltenteilung und Menschenrechten, für die Wahrung von Verfassung beziehungsweise Grundgesetz, für Demokratie, Wahlrecht sowie Meinungs- und Pressefreiheit. Zudem wird vielfach darauf verwiesen, dass europäische Regelungen zu einer Stärkung der Rechte des Einzelnen beigetragen haben: In diesem Zusammenhang wird vor allem auf den Ausbau von Verbraucherschutzrechten verwiesen. Gefordert ist die Europäischen Union aus Sicht zahlreicher Teilnehmerinnen und Teilnehmern dagegen mit Blick auf die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und die Kontrolle ihrer Umsetzung in ausnahmslos allen Mitgliedstaaten. Dabei wird die **Verletzung von Grund- und Freiheitsrechten in einigen Mitgliedsstaaten** kritisiert und die Einhaltung der Menschenrechte auch gegenüber Geflüchteten angemahnt. Handlungsbedarf wird zudem häufig hinsichtlich einer stärkeren Harmonisierung gesetzlicher Regelungen gesehen: Genannt werden diesbezüglich explizit die Migrations- & Flüchtlingspolitik, Regelungen der sozialen Absicherung, verkehrspolitische Verordnungen sowie Maßnahmen des Umwelt- & Klimaschutzes. Vereinzelt wird in diesem Zusammenhang auch die Verschärfung strafrechtlicher Androhungen verlangt. Kritik wird zudem an einzelnen europäischen Verordnungen zur Stärkung der Schutzrechte des Einzelnen geäußert: Hier wird ausdrücklich auf die Europäische Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) Bezug genommen, die aus Sicht Einzelner zu einer Überforderung für Normalbürger führe und deren Wirksamkeit in Frage gestellt wird. Insgesamt überwiegt jedoch auch im Bereich Recht und Justiz der Anteil an positiven Nennungen gegenüber geäußerten Veränderungsbedarfen. Der Wunsch nach einer verstärkten europäischen Integration ist ähnlich stark ausgeprägt, wie im Bereich der Bildungspolitik.

Im Bereich Umwelt- und Klimaschutz wird die EU vorrangig für die Existenz **gemeinsamer Umwelt- und Klimaschutzziele sowie europaweit einheitlicher Umwelt- und Klimaschutzstandards** gelobt, ohne dass auf diese jedoch genauer eingegangen wird. Vereinzelt gelten die Klimaschutzzorgaben der Europäischen Union zudem als begrüßenswertes Korrektiv für die deutsche Politik. Überwiegend wird jedoch darauf verwiesen, dass ein stärkerer Einsatz zugunsten des Umwelt- und Klimaschutzes dringend nötig sei. Ausdrücklich genannt werden in diesem Zusammenhang unter anderem eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen, bessere Recycling-Maßnahmen, mehr Tierschutz sowie eine Reduzierung von Gift- und Schadstoffausstoßen. Diesbezüglich wird eine deutlich stärkere Zusammenarbeit der europäischen Staaten in Form von strengeren Regelungen innerhalb der Europäischen Union gefordert. Maßnahmen zur **Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen** haben dabei für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen zentralen Stellenwert. Veränderungsbedarfe werden insbesondere in den Bereichen Mobilität (*Abgas-Problematik*), Energieerzeugung (*Ausstieg aus der Kohleverstromung*) und in den emissionsreichen Industrien gesehen. Umwelt- und Klima-Aspekte nahmen allerdings vergleichsweise wenig Raum in den Dialogen und auch Rückmeldungen ein. Positive und negative Wahrnehmungen halten sich diesbezüglich in etwa die Waage. Es wird jedoch in besonderem Maße (vergleichbar den Bereichen Bildung oder auch Arbeit & Soziales) die Notwendigkeit eines stärkeren, gemeinsamen und gesamteuropäischen Einsatzes zugunsten des Umwelt- und Klimaschutzes betont.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik werden insbesondere die Existenz und die Wirkungen des **EU-Binnenmarkts** als Erfolg der europäischen Integration herausgestellt. Dabei wird betont, dass der gemeinsame europäische Wirtschaftsraum besonders im globalen Wettbewerb einen starken Gegenpol zu den großen Wirtschaftsmächten darstellt. Der sichtbare Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative in diesem Bereich ist vor allem auf die **Wahrnehmung eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts innerhalb der Gemeinschaft** zurückzuführen. Handlungsbedarfe werden dementsprechend sowohl hinsichtlich der Unterstützung schwächerer Mitgliedsstaaten, als auch bei der genaueren Prüfung der wirtschaftlichen Eignung von Beitrittskandidaten gesehen. Dabei geht es aus heimischer Perspektive nicht zuletzt darum, die Abwanderung von Firmen in wirtschaftsstrukturell schwächere EU-Länder zu begrenzen. Häufig kritisiert werden die Exportsubventionen der Europäischen Union (zu Lasten von Entwicklungsländern) sowie die Art und Weise, wie die Verhandlungen

zu Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA geführt werden. Diesbezüglich wird vor allem fehlende Transparenz beklagt. Jenseits solcher konkreten Kritik stellen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch grundsätzliche Fragen zur **Ausrichtung der Wirtschaftspolitik**: So wird vielfach eine nachhaltigere Form des Wirtschaftens angemahnt, die sowohl Umweltschutzaspekten als auch sozialen Belangen einen wichtigeren Stellenwert einräumt. Die quantitative Analyse zeigt, dass in Bezug auf Fragen der Wirtschaftspolitik überwiegend auf positive Aspekte Europas verwiesen wird. Allerdings werden auch in spürbarem Umfang Handlungsbedarfe geäußert. Ein Wunsch nach mehr Europa in der Wirtschaftspolitik ist deutlich sichtbar, wenn auch nicht ganz so stark ausgeprägt wie dies zum Beispiel mit Blick auf die Bildungspolitik und kulturelle Fragestellungen der Fall ist.

## Wahrnehmung der Wertedimensionen

Im Rahmen des Bürgerdialogs zeigt sich deutlich, dass Europa bzw. die Europäische Union aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht ausschließlich als politische, sondern auch als Wertegemeinschaft begriffen werden muss.

Kein anderes Thema wird von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Dialogveranstaltungen in so positiver Weise mit Europa assoziiert wie die Garantie **individueller Freiheitsrechte**. Geschätzt werden vor allem die Reisefreiheit innerhalb des Schengen-Raums, aber auch Freizügigkeitsaspekte wie das Recht als EU-Bürger, überall in der EU leben und arbeiten zu dürfen. Teilweise werden auch Grundrechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit als besonders positive Errungenschaften Europas erwähnt. Veränderungswünsche in Bezug auf Freiheitsrechte werden nur vereinzelt genannt. Diese zielen teilweise auf deren weiteren Ausbau ab, wie zum Beispiel die Einführung eines europäischen Passes, teilweise wird aber – vor allem mit Blick auf die Entwicklungen in osteuropäischen Mitgliedstaaten – eine stärkere Durchsetzung von verbindlichen rechtsstaatlichen und demokratischen Normen sowie die Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit gefordert. Nur vereinzelt wird ein Zuviel an Freiheit in Form von offenen Grenzen – als Einfallstor für illegale Migration und Kriminalität – kritisiert. Das Verhältnis positiver zu negativer Nennungen weist für keinen anderen Themenbereich eine positivere Sicht auf Europa aus. Angesichts dieser Wahrnehmung wird nur vergleichsweise selten (noch) mehr Europa in diesem Kontext gefordert. Weniger Europa wird in Bezug auf Freiheitsrechte nur vereinzelt verlangt.

Bezogen auf Fragen der **Gerechtigkeit** wird auf der positiven Seite Europas vor allem das **solidarische Handeln** der Mitgliedstaaten untereinander verbucht. Umgekehrt wird jedoch noch häufiger kritisiert, dass es gerade an dem europäischen Solidaritätsgedanken zu stark mangle. Dies gilt sowohl für die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten als auch für die Solidarität mit Ländern außerhalb Europas. Insbesondere in Bezug auf die Asyl- bzw. Flüchtlingspolitik in der EU wird häufig ein zu großes **Gerechtigkeitsdefizit** konstatiert, was vor allem an der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas festgemacht wird. Handlungsbedarf im Bereich der Gerechtigkeit sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zudem häufig hinsichtlich der Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit: In diesem Zusammenhang wird auf das soziale Ungleichgewicht innerhalb der EU verwiesen und größere Chancengerechtigkeit – vor allem mit Blick auf Bildungschancen – gefordert. Vereinzelt werden zudem Ungerechtigkeiten bei der **Verteilung von (Agrar)Subventionen sowie der Kosten** im Rahmen der Euro-Rettung angesprochen. Mit Blick auf Gleichberechtigungsaspekte wird vereinzelt auf die berufliche und einkommenstechnische Gleichstellung von Männern und Frauen abgezielt. Alles in allem überwiegen bei den Nennungen die negativen Aspekte spürbar. Lösungsansätze sieht man allerdings eindeutig in einem Mehr an europäischer Integration.

Mit Blick auf die Dimension **Gleichheit** werden vereinzelt Fragen der Angleichung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen innerhalb Europas positiv erwähnt. In diesem Zusammenhang wird auf einheit-

liche internationale Standards, Regeln und Normen verwiesen und die **Harmonisierung von Regelungen und Strukturen**, die das grenzübergreifende Leben und Arbeiten erleichtern, thematisiert. Auch eine als einheitlich wahrgenommene Außendarstellung der EU in einer globalisierten Welt und der Euro als einheitliche, gleiche Währung werden vereinzelt als positive Elemente erwähnt. Handlungsbedarf wird insbesondere hinsichtlich einer stärkeren **Angleichung** in einer ganzen Reihe von Politikfeldern gesehen: Genannt werden die Finanz- & Steuerpolitik, Recht & Justiz, das Gesundheitswesen, die Energie- und Umweltpolitik, die militärische Ausrüstung, die Sozialpolitik, sowie Anpassungen von Berufs- und Ausbildungsabschlüssen. Allerdings werden teilweise auch Sorgen vor einer **Gleichmacherei innerhalb Europas** und dem Verlust von kultureller, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Vielfalt geäußert. In diesem Zusammenhang wird auch ein Zuviel an „überflüssiger Normierung“ und Standardisierung kritisiert. Wenn Gleichheit im negativen Sinne genannt wurde, dann zumeist im Zusammenhang mit der Forderung nach mehr sozialer Gleichheit: Dabei geht es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern um eine stärkere Angleichung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, Löhnen und Renten, aber auch Wahlstimmen und Bildungschancen. Alles in allem wird der Wert Gleichheit überwiegend mit negativen Aspekten Europas beziehungsweise mit entsprechenden Handlungsbedarfen verbunden. In der Frage, ob im Zusammenhang mit Gleichheitsaspekten mehr oder weniger Europa wünschenswert ist, ist das Meinungsbild jedoch geteilt.

Offenheit wird im Rahmen der Dialoge vielfach als Schlagwort im Kontext von Stichworten wie Frieden, Freiheit und Demokratie angeführt bzw. als **Weltoffenheit und kulturelle Offenheit** verstanden. In diesem Zusammenhang wird der Abbau von Vorurteilen und ein Mehr an Verständnis und Toleranz gefordert. Teilweise wird aber auch auf die Offenheit der Grenzen als Voraussetzung für kulturellen Austausch und die Fähigkeit zur Kooperation zwischen den EU-Mitgliedsländern verwiesen. Veränderungsbedarfe werden hingegen vorrangig mit Blick auf eine **Stärkung der Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen** – zum Beispiel bei Verhandlungen zu Freihandelsabkommen oder zum Einfluss von Lobbyisten – gesehen und teilweise mit der Forderung nach mehr Aufklärung, Wissensvermittlung und Bürgerbeteiligung verknüpft. Insgesamt halten sich in Fragen von Offenheit und Transparenz positive Aspekte Europas und Handlungsbedarfe in etwa die Waage. Dabei wird vereinzelt für ein Mehr an europäischen Lösungen plädiert.

Positive Wahrnehmungen im Bereich **Respekt & Toleranz** beziehen sich zumeist auf eine ausgeprägte (gefühlte) Toleranz gegenüber Minderheiten oder Andersdenkenden in Europa. Hinzu kommt eine besondere **Wertschätzung von Grundwerten** wie Demokratie, Frieden, Freiheit oder Vielfalt. Teilweise wird aber auch Veränderungsbedarf in Bezug auf ein **höheres Maß an gesellschaftlicher Toleranz** gesehen. Vereinzelt wird zudem eine stärkere gesellschaftliche Wertschätzung gegenüber Europa allgemein aber auch gegenüber der Arbeit von Politikern oder des europäischen Parlaments verlangt. Auf staatlicher Ebene wird zudem vereinzelt mehr Rücksicht auf (*ökonomisch*) schwächere Mitgliedstaaten gefordert. Als Balanceakt wird hierbei die Abwägung zwischen mehr Empathie und Respekt einerseits und einem Zuviel an Toleranz – vor allem gegenüber autokratischen Staaten – andererseits beschrieben. Alles in allem werden Handlungsbedarfe im Wertekomplex Respekt und Toleranz etwas stärker als positive Aspekte Europas thematisiert. Vereinzelt spricht man sich diesbezüglich für mehr europäische Lösungen aus.

## **Wahrnehmung der institutionellen Ausrichtung**

Neben konkreten Politikfeldern und Wertvorstellungen spielen auch Fragen der institutionellen Ausrichtung eine wichtige Rolle im Rahmen des Bürgerdialogs.

Mit unmittelbarem Bezug zur **Europäischen Union** werden eine ganze Reihe konkreter Errungenschaften wie offene Grenzen und Reisefreiheit, die Arbeitnehmerfreizügigkeit, Möglichkeiten des

Bildungsaustauschs, der EU-Binnenmarkt, die gemeinsame Währung, die Garantie von Grundfreiheiten oder Europa als Friedensprojekt von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewürdigt. Entsprechend wird der **Mehrwert einer Mitgliedschaft** ausdrücklich positiv bewertet. In positivem Sinne wird auch vielfach auf die Existenz europaweit einheitlicher Normen und Standards verwiesen. Vereinzelt werden die europäischen Institutionen als Plattform für den Austausch und Dialog zwischen den Mitgliedstaaten gelobt sowie auf die demokratische Legitimierung des Europäischen Parlaments verwiesen. Veränderungsbedarfe werden insbesondere hinsichtlich der **Generierung von mehr Bewusstsein und Begeisterung für die Europäische Union** gesehen. In diesem Zusammenhang fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr politische Aufklärung und Wissensvermittlung. Darüber hinaus sprechen sich zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine verstärkte europäische Integration und eine verbesserte Zusammenarbeit in ausgewählten Politikfeldern aus: Genannt werden diesbezüglich Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik, des Bereichs Arbeit und Soziales, der Migrations- und Flüchtlingspolitik, der Umwelt- und Klimaschutzpolitik, des Bereichs Recht und Justiz sowie der Bildungspolitik. Teilweise wünscht man sich einen stärkeren Kampf gegen Abspaltungstendenzen innerhalb der EU. Kritik erfahren zudem die sogenannte „**Brüsseler Bürokratie**“ sowie ein wahrgenommenes **Demokratie-Defizit** der Europäischen Union. Die daraus erwachsenden Veränderungswünsche zielen in erster Linie sowohl auf eine stärkere Entbürokratisierung als auch auf die Abschaffung des Einstimmigkeits-Prinzip zugunsten von Mehrheitsbeschlüssen ab. Häufig wird auch darauf verwiesen, dass die Europäische Union ein Image-Problem habe. In diesem Zusammenhang wird dann oft mehr Transparenz und Bürgernähe gefordert. Insgesamt überwiegen Veränderungsbedarfe leicht gegenüber der Nennung positiver Aspekte, wobei sich eine deutliche Mehrheit ein größeres Maß an europäischer Integration wünscht.

Bezogen auf das politische System in Europa wird einerseits die **Existenz einer gelebten Demokratie** mit entsprechenden Möglichkeiten der Partizipation und Bürgerbeteiligung gelobt. Vereinzelt wird in diesem Kontext auch – wenngleich ohne direkten Bezug zu Europa – die Rolle Deutschlands in der UNO und das Bemühen um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat honoriert. Andererseits werden auch Veränderungsbedarfe gerade im Hinblick auf Fragen der Demokratie und Bürgerbeteiligung gesehen. Dabei wird insbesondere darauf verwiesen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit sei und ein größeres Maß an politischer Teilhabe in Form von **mehr direkter Demokratie** – zum Beispiel in Form von Volksentscheiden auf europäischer Ebene – wünschenswert seien. Weitere Forderungen betreffen eine **Entbürokratisierung** und ein Zurückfahren der gefühlten Überregulierung auf europäischer Ebene sowie eine **Ausweitung der Befugnisse des europäischen Parlaments**. In diesem Zusammenhang werden eine Stärkung des Parlaments gegenüber dem Rat, die Erhebung eigener europäischer Steuern und die Wahl der Kommission durch das EP angesprochen. Darüber hinaus wünscht man sich vielfach mehr Transparenz in der Arbeit des Parlaments. Fragen der politischen Verfasstheit werden alles in allem in spürbar stärkerem Maße mit Veränderungsbedarfen als mit positiven Aspekten Europas verbunden. In Sachen mehr oder weniger Europa in Fragen des politischen Systems ist das Meinungsbild hingegen geteilt.

In den Bürgerdialogen wurde auch vielfach darüber diskutiert, was gegen **das Erstarken des Rechtspopulismus** in Europa getan werden kann – insbesondere angesichts der Wahrnehmung, dass populistische Regierungen in einzelnen Mitgliedsstaaten zunehmend gesamteuropäische Prozesse blockieren. Konkrete Strategien hierzu finden jedoch nur selten Erwähnung und verweisen zumeist auf politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Relativ häufig beschränken sich die Nennungen und Hinweise auf die Wichtigkeit, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Insgesamt wird das Thema quasi ausschließlich als negative Erscheinung Europas diskutiert. Auch in Bezug auf diesen Aspekt wünscht man sich mehr gesamteuropäische Initiative.

## Gesellschaftliche Themenagenda

Die Befunde zum Bürgerdialog der Bundesregierung zur Zukunft Europas geben insbesondere Auskunft darüber, wie die Bürger\*innen Europa in ihrem Alltag erleben, welche Rolle Europa aus Ihrer Perspektive für Deutschland spielt und wie die Zukunft Europas ihrer Ansicht aussehen soll. Die in diesem Zusammenhang geäußerten Meinungen und Sichtweisen sollten jedoch nicht isoliert vom politischen Tagesgeschehen betrachtet werden, sondern bedürfen einer Einordnung in die – auch durch die mediale Berichterstattung geprägte – gesamtgesellschaftliche Themenagenda. Ein zu diesem Zweck vorgenommener Abgleich der Inhalte des Bürgerdialogs mit den Befunden des BPA-Themenmonitors<sup>2</sup> verdeutlicht, dass im europapolitischen Kontext der Bürgerdialog-Veranstaltungen insbesondere die Errungenschaften der Europäischen Union betont werden, während diese im Kontext der Themenmonitor-Abfrage als Selbstverständlichkeit in keiner Weise hervorstechen.

Bei der Einordnung sämtlicher Befunde aus dem Bürgerdialog der Bundesregierung zur Zukunft Europas gilt es zu berücksichtigen, dass diese aufgrund der eingeschränkten Zielgruppe (*Teilnehmer\*innen der Dialogveranstaltungen*) und deren soziodemographischer Besonderheiten (*überproportional hohe Anteile an Rückmeldungen von jüngeren Teilnehmer\*innen, formal höher Gebildeten und Bewohner\*innen der ostdeutschen Bundesländer*) keinerlei Anspruch auf Repräsentativität für die Gesamtbevölkerung erheben können, sondern vielmehr als Impulse ausgewählter Bevölkerungsgruppen gewertet werden sollten.

## Das methodische Vorgehen in Kürze

Da das Textmaterial in einem vergleichsweise großen quantitativen Umfang (87 Ergebnisprotokolle und 1.317 Rückmeldebögen) und lediglich halbstrukturierter Form vorlag (vorrangig offen erfasste Antworttexte zu Leitfragen), erfolgte die Auswertung unter Einsatz einer softwaregestützten und automatisierten Inhaltsanalyse – des sogenannten **Textminings**. Dieses Verfahren gewährleistet ein hohes Maß an wissenschaftlicher Objektivität und Transparenz. Im Rahmen des Textminings wurden in einem ersten Schritt die zu analysierenden Texte für die weitere Analyse vorbereitet (Rechtschreibkorrektur, Wortstambildung, Entfernen nicht inhaltstragender Wörter, Identifizierung von Mehr-Wort-Konzepten, Bildung von Oberbegriffen). In einem zweiten Schritt wurden – unter Rückgriff auf künstliche neuronale Netzen – die einzelnen Wörter dieser Texte in ein kontextbasiertes Wortnetz eingebunden und ihnen Wortvektoren zugewiesen, die den semantischen Kern der Wörter abbilden. Diese Wortvektoren wurden anschließend genutzt, um über clusteranalytische Verfahren Themengruppen bzw. Kategorien zu identifizieren. Diese Gruppierungen bildeten den Ausgangspunkt zur Ableitung eines Codierungs-Schemas, welches im weiteren Verlauf schrittweise verdichtet und im Rahmen manueller Coding-Schritte finalisiert wurde. Im Ergebnis konnten sowohl übergeordnete Hauptthemen als auch entsprechend zugewiesene Unterthemen definiert werden, die als Kategoriensystem das Grundgerüst für die weitere quantitative und qualitative Analyse des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas bildeten. Auf Basis dieses Kategoriensystems wurde zudem ein künstliches neuronales Netz trainiert, welches im Verlauf des weiteren Auswertungsprozesses in der Lage war, die kontinuierlich neu hinzukommenden Texte automatisch zu verarbeiten und in das erarbeitete Kategorienschema einzuordnen.

Im Ergebnis konnten mittels des Textmining-Ansatzes rund 3.900 sinntragende Begriffe bzw. Wortkombinationen aus den Ergebnisprotokollen und Rückmeldebögen identifiziert und diese wiederum

---

<sup>2</sup> Der BPA-Themenmonitor ist eine seit 2006 im wöchentlichen Rhythmus von infratest dimap durchgeführte CATI-Repräsentativerhebung, bei der jeweils ca. 1.000 deutschsprachige Personen ab 14 Jahren offen – das heißt ohne Antwortvorgaben – gefragt werden, welches Thema aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sie in den letzten Tagen am meisten beschäftigt hat.

zu 267 grundlegenden Wort-Clustern zusammengefasst werden. Im Zuge der verdichtenden Kategorisierung wurden diese Basis-Cluster in einem Zwischenschritt 87 Unterthemen und auf oberster Ebene 14 ausgewählten Politikfeldern, 5 Wertedimensionen sowie 3 Bereichen der institutionellen Ausgestaltung zugeordnet. Um der Vielschichtigkeit der Textbeiträge gerecht zu werden, konnten einzelne Wort-Cluster bzw. Unterthemen dabei auch mehreren Oberthemen zugewiesen werden. Dieses **Kategorienschema** bildete damit den Rahmen für die quantitative und auch qualitative Analyse des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas.

## 2. Vorbemerkungen

### 2.1. Projekthintergrund und Zielsetzung

Das weltweit einmalige Erfolgsprojekt Europa steht aktuell vor zahlreichen großen Herausforderungen wie einer sich verändernden Weltlage, Migrationsbewegungen, dem Klimawandel und der Digitalisierung, um nur einige zu nennen. Vor diesem Hintergrund waren Ende 2017 und in diesem Jahr alle Bürgerinnen und Bürger Europas eingeladen, sich an Bürgerdialogen zur Zukunft Europas zu beteiligen.

Auch in Deutschland wurden entsprechende Dialogveranstaltungen durchgeführt, auf denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Sichtweise mitteilen und darüber diskutieren konnten, wie Sie Europa im Alltag erleben, welche Rolle Europa aus Ihrer Perspektive für Deutschland spielt und wie die Zukunft Europas aussehen soll. Dabei suchten sowohl die gesamte Bundesregierung, als auch ihre zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner – die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) und der Deutsche Volkshochschul-Verband – den direkten, persönlichen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu deren Ansichten und Meinungen über Europa, ihren Erfahrungen und Erlebnissen, Sorgen, Kritik und Wünschen. Ergänzt wurden diese Dialogveranstaltungen durch einen Online-Dialog der Europäischen Kommission. Ziel dieser breit angelegten Debatte war sowohl, Impulse für die Europäische Union zu generieren, als auch ganz konkret der Bundesregierung Rückschlüsse für die Ausrichtung der eigenen Europapolitik zu ermöglichen.

Zentrale Leitfragen dieses Bürgerdialogs waren:

- Wie erleben Sie Europa in Ihrem Alltag?
- Welche Rolle spielt Europa für Deutschland insgesamt?
- Wie sollte Europa in Zukunft aussehen?

Zwischen Mai und Oktober 2018 wurden in Deutschland mehr als 100 Dialogveranstaltungen mit jeweils variabler Diskussionszeit (zwischen einer und vier Stunden) durchgeführt, an denen mehr als 6.000 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Die Dokumentation der einzelnen Veranstaltungen erfolgte in Form von Ergebnisprotokollen der Veranstalter und wurde ergänzt durch zahlreiche Rückmeldebögen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

In den Ergebnisprotokollen<sup>3</sup> der Veranstalter wurden dabei nicht allein die wichtigsten Inhalte der Dialoge (prägnante Zitate, Aussagen und Meinungen) erfasst sowie Eindrücke zum Diskussionsverlauf (Gesprächsatmosphäre) und der soziodemographischen Zusammensetzung der Gesprächsrunden fixiert, sondern die Diskussionsbeiträge gleichsam auch den folgenden expliziten Fragestellungen zugeordnet:

- Welche Aspekte Europas wurden diskutiert? Welche davon am häufigsten und intensivsten?
- Bei welchen Aspekten bestand die größte Einigkeit, welche Aspekte wurden besonders kontrovers diskutiert?
- Welche positiven Aspekte haben die Teilnehmenden mit Europa für ihren Alltag verbunden? Welche für Deutschland?

<sup>3</sup> Ein Muster-Protokollbogen findet sich im Anhang dieses Berichts.



- Welche negativen Aspekte haben die Teilnehmenden mit Europa für ihren Alltag verbunden? Welche für Deutschland?
- In welchen Bereichen wünschen sich die Teilnehmenden mehr Europa?
- In welchen Bereichen wünschen sich die Teilnehmenden weniger Europa?

Im Rahmen der Rückmeldebögen<sup>4</sup> hatten die Teilnehmer\*innen zum einen die Möglichkeit, das Veranstaltungsformat an sich zu bewerten, den Einfluss des Bürgerdialogs auf ihre Ansicht zur Europäischen Union einzuschätzen und weitergehende Gesprächsbedarfe zu benennen. Zum anderen konnten sie ihre ganz persönliche Sichtweise auf Europa und die Europäische Union – auch jenseits der im Rahmen der Dialogveranstaltung diskutierten Themenfelder – als offene Textantwort zu folgenden Fragestellungen darlegen:

- Welche positiven Aspekte Europas schätzen Sie persönlich am meisten?
- Wo sehen Sie persönlich dringenden Bedarf für Veränderungen in Europa?

Die Auswertung und Analyse des Bürgerdialogs erfolgte durch Kantar Public auf Basis dieser Ergebnisprotokolle und Rückmeldebögen. Hierbei wurden mittels modernster softwaregestützter Text- und Inhaltsanalyse (Textmining), die sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte berücksichtigt, die wichtigsten diskutierten Themenfelder sowie zugewiesene Unterthemen identifiziert und detailliert beschrieben – insbesondere auch hinsichtlich ihrer Bewertung durch die Bürgerinnen und Bürger sowie des Grades an Einigkeit zwischen den Diskutanten.

---

<sup>4</sup> Ein Muster-Rückmeldebogen findet sich im Anhang dieses Berichts

## 2.2. Auswertungs- und Analysebasis

### 2.2.1. Struktur der Dialogveranstaltungen

Der vorliegende Bericht wurde nach Durchführung der Dialogveranstaltungen erstellt. Dabei konnte – gemäß aktuellem Rücklauf- und Erfassungsstand<sup>5</sup> – auf die Ergebnisprotokolle zu 87 Veranstaltungen sowie auf 1.317 Rückmeldebögen der Teilnehmer\*innen aus 53 dieser Veranstaltungen zurückgegriffen werden. Somit steht eine solide Basis an Ergebnisdokumentationen zu den Dialogveranstaltungen zur Verfügung, die sowohl eine Auswertung und Analyse auf Ebene der Gesamtheit der Teilnehmer\*innen, als auch eine Betrachtung der Sichtweisen ausgewählter Teilgruppen (zum Beispiel nach Geschlecht, Alter und Bildungsgrad) erlaubt.

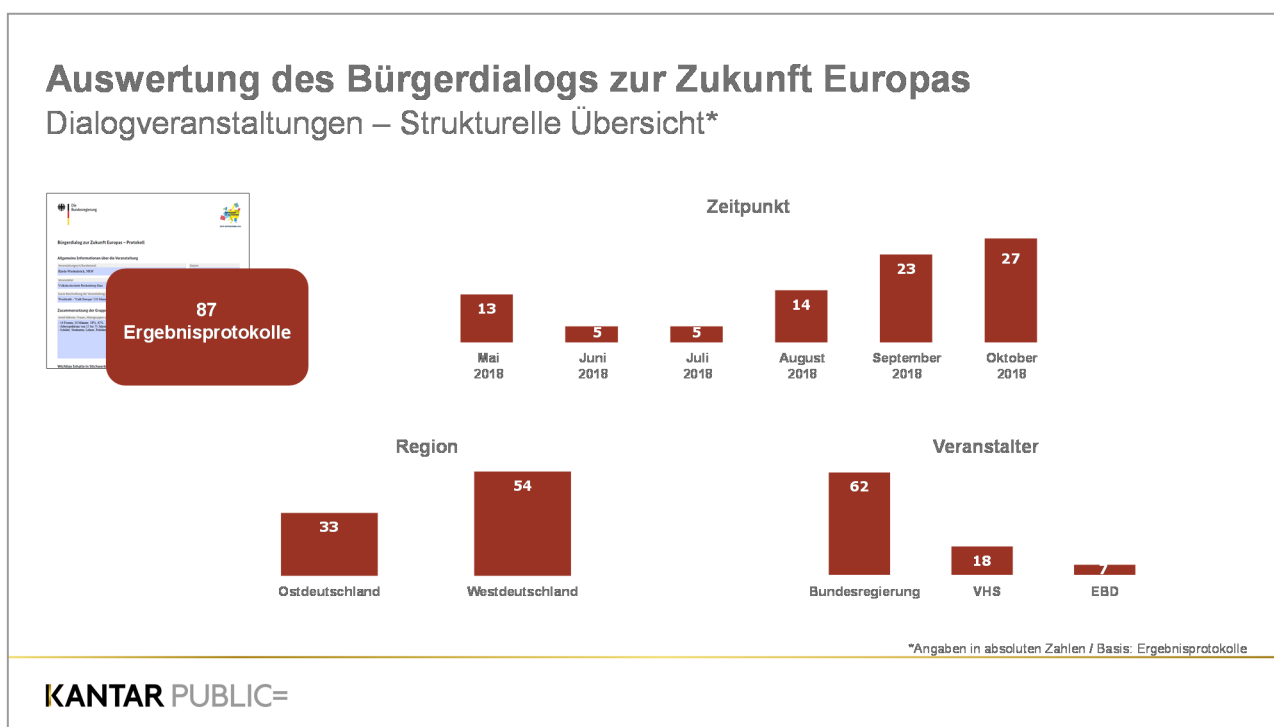


Abb. 1: Strukturelle Übersicht der Dialogveranstaltungen

Rund sieben von zehn der dokumentierten und vorliegend ausgewerteten Dialogveranstaltungen wurden direkt von der Bundesregierung organisiert, jeder fünfte Dialog vom Deutschen Volkshochschul-Verband und jeder zehnte von der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD).

Terminlich konzentrierten sich die Dialogveranstaltungen vornehmlich auf die Monate Mai, August, September und Oktober 2018 – in den Monaten Juni und Juli fanden, bedingt durch die parlamentarische Sommerpause und Ferienzeit, nur vereinzelt Bürgerdialoge statt. Dieses terminliche Ungleichgewicht ist insbesondere bei der Einordnung der von den Teilnehmer\*innen angeführten Themenbezüge und deren Abgleich mit der gesellschaftlichen Themenagenda – die zwangsläufig auch einer Prägung durch die mediale Berichterstattung unterliegt – (siehe Kapitel 4.) von Bedeutung.

Bei der Interpretation der Ergebnisse gilt es zudem zu berücksichtigen, dass rund jedes sechste Ergebnisprotokoll (15 Dokumente) und etwa jeder fünfte Rückmeldebogen (266 Dokumente) aus

<sup>5</sup> Im vorliegenden Bericht fanden alle Ergebnisprotokolle und Rückmeldebögen Berücksichtigung, die bis 29.10.2018 (16:00 Uhr) bei Kantar Public eingegangen waren und elektronisch erfasst wurden. Eine Übersicht über diese Veranstaltungen befindet sich im Berichtsanhang.

Veranstaltungen im Rahmen von EU-Schulprojekttagen stammt. Dies hat sowohl einen sichtbaren Einfluss auf die soziodemographische Struktur der Rückmelder\*innen (siehe Kapitel 2.2.2.), als auch auf die jeweils fokussierte Themenagenda (siehe Kapitel 3.).

Bemerkenswert ist auch das regionale Verhältnis von Veranstaltungen zu Rückmeldungen: So wurden etwa vier von zehn der dokumentierten Veranstaltungen (33 Bürgerdialoge) in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin) durchgeführt – der Anteil an Rückmeldebögen aus dieser Region liegt jedoch mit 46 Prozent fast gleichauf mit jenen aus den alten Bundesländern (54 Prozent). Dies kann sowohl als Zeichen eines besonderen Mitteilungsbedarfes als auch als Ausdruck einer spürbareren Autoritätshörigkeit der Teilnehmer\*innen in Ostdeutschland gewertet werden – die regionale Schiefe gilt es jedoch ebenfalls bei der Bewertung der Rückmeldungen zu bedenken.

### 2.2.2. Soziodemographische Struktur der Rückmelder\*innen

Die soziodemographische Struktur der Rückmelder\*innen weist – vor allem mit Blick auf die Dimensionen Alter, Bildung und regionale Verteilung – einige Besonderheiten auf, die es bei der Einordnung und Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen gilt.

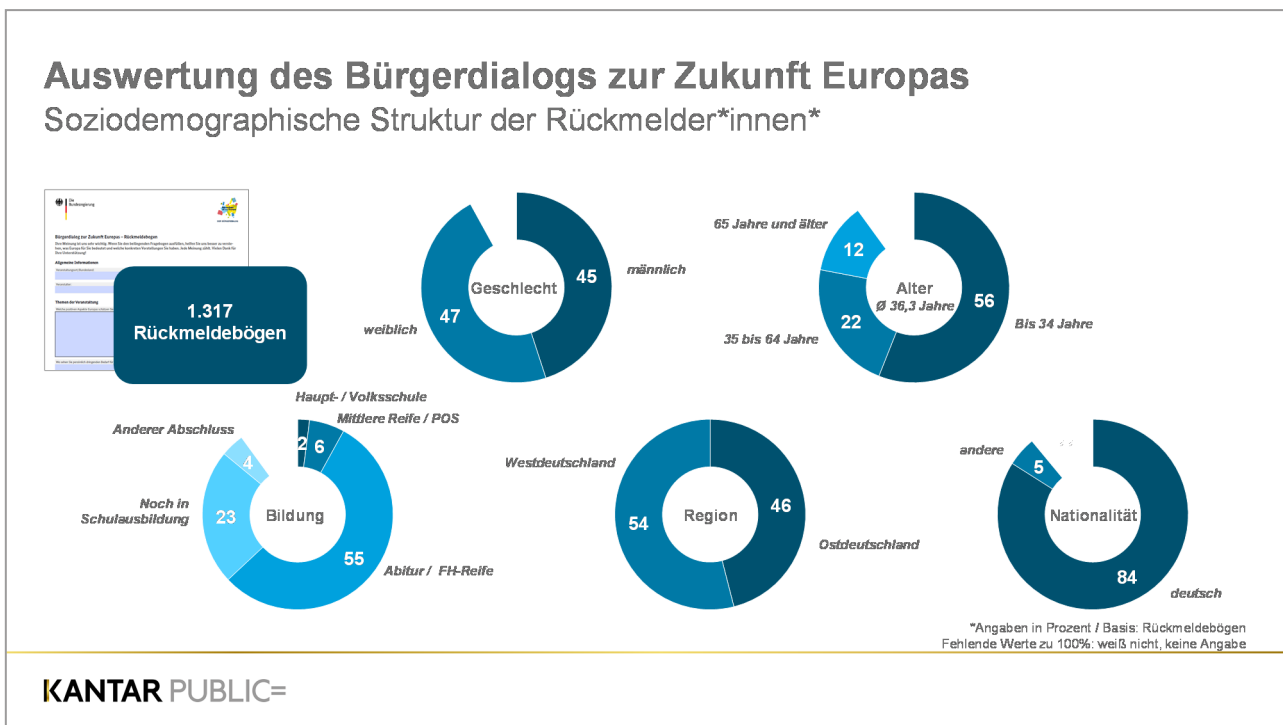


Abb. 2: Soziodemographische Struktur der Rückmelder\*innen

Zum einen ist sie spürbar dadurch geprägt, dass überproportional viele Rückmeldungen zu Dialogveranstaltungen im Rahmen von EU-Schulprojekttagen existieren. Dies hat unter anderem Einfluss darauf, dass im Ergebnis mehr als die Hälfte der Rückmelder\*innen (56 Prozent) jünger als 35 Jahre sind und nur etwa jeder fünfte Rückmeldebogen (22 Prozent) von Bürger\*innen im Alter von 35 bis 64 Jahren stammt. Die Altersgruppe ab 65 Jahren ist mit 12 Prozent in den Rückmeldungen ebenfalls deutlich unterrepräsentiert.

Zum anderen wird die soziodemographische Struktur auch dadurch beeinflusst, dass die Teilnahmebereitschaft an derartigen Dialogformaten – gleich dem politischen Interesse allgemein – grundsätzlich bei formal höher gebildeten Bürger\*innen besonders stark ausgeprägt ist. So gibt mehr als die Hälfte der Rückmelder\*innen (55 Prozent) an, über das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife als höchstem Bildungsabschluss zu verfügen – fast ein Viertel (23 Prozent) bekundet zudem, derzeit noch in Schulausbildung zu sein (Einfluss der EU-Schulprojektstage). Bürger\*innen mit formal niedrigerem beziehungsweise mittlerem Bildungsabschluss sind mit 2 beziehungsweise 6 Prozent in den Rückmeldebögen hingegen deutlich unterrepräsentiert.

Schließlich zeigt auch die regionale Verteilung der Rückmeldungen eine deutliche Schiefe im Vergleich zum tatsächlichen Bevölkerungsanteil in den alten und neuen Bundesländern einerseits und der Verteilung der Dialogveranstaltungen andererseits. Dass der Anteil an Rückmeldungen aus den neuen Bundesländern (inkl. Berlin) fast ebenso hoch ist, wie jener aus den alten Bundesländern (46:54 Prozent) verweist auf eine überproportional große Rückmeldebereitschaft der Teilnehmer\*innen in den neuen Bundesländern.

In Anbetracht dieser soziodemographischen Besonderheiten können die im vorliegenden Bericht dargestellten Befunde keinerlei Anspruch auf Repräsentativität für die Gesamtbevölkerung erheben, sondern sollten vielmehr als Impulse ausgewählter Bevölkerungsgruppen gewertet werden.

## 2.3. Methodisches Vorgehen

### 2.3.1. Softwarebasierte Auswertung und Analyse

Da das auszuwertende Textmaterial sowohl einen vergleichsweise großen quantitativen Umfang hatte (87 Ergebnisprotokolle und 1.317 Rückmeldebögen), als auch in lediglich halbstrukturierter Form vorlag (vorrangig offen erfasste Antworttexte zu Leitfragen), empfahl sich eine softwaregestützte und automatisierte Inhaltsanalyse – das sogenannte Textmining. Hierfür wurden von Kantar Public modernste – anpassungs- und lernfähige Software-Lösungen eingesetzt, deren Funktionsweise ein hohes Maß an wissenschaftlicher Objektivität und Transparenz gewährleistet.

Textmining ist dabei grundsätzlich nicht allein als Werkzeug, sondern vielmehr als ein Prozess zu verstehen, bei dem unterschiedliche analytische Schritte durchlaufen werden. Nachfolgend werden die einzelnen Analyseschritte und ihre Anwendung bei der Auswertung des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas in ihren wesentlichen Zügen skizziert.

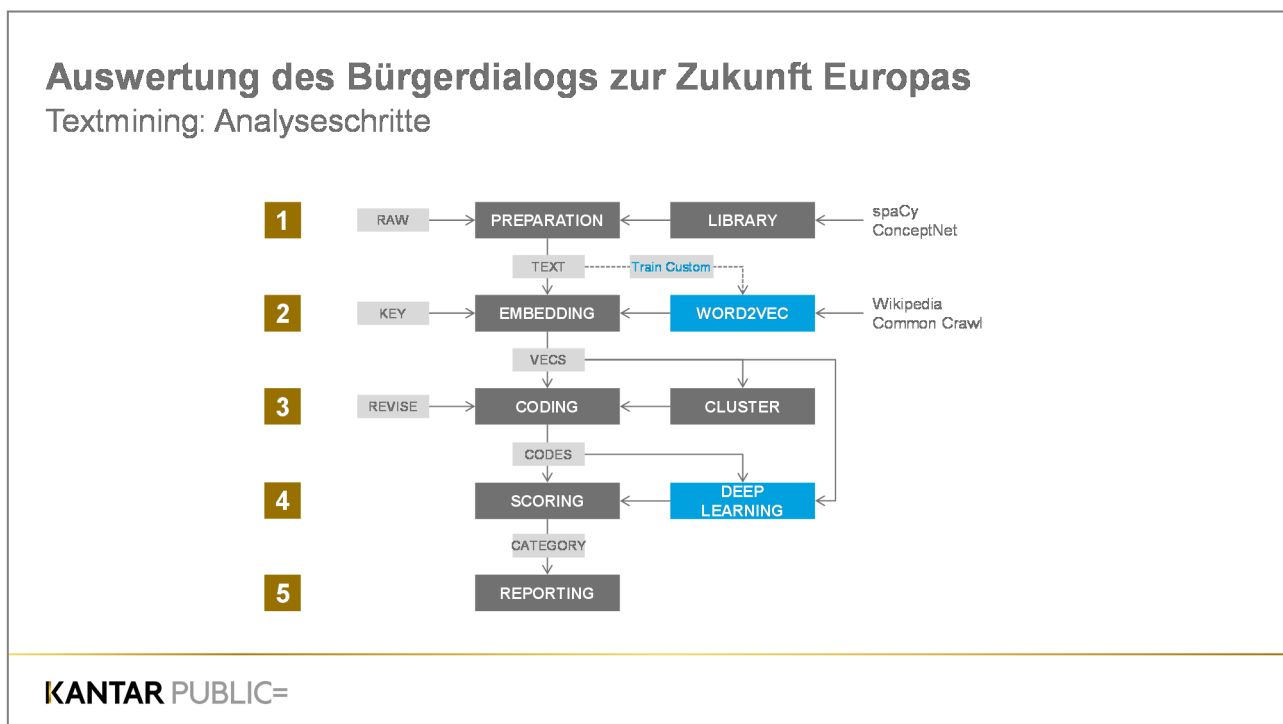


Abb. 3: Analyseschritte beim Textmining zum Bürgerdialog zur Zukunft Europas

#### Schritt 1: Textvorbereitung

In einem ersten Schritt wurden die – bereits digitalisierten - Rohtexte aus den Ergebnisprotokollen und Rückmeldebögen für die weitere Analyse vorbereitet. Die Vorverarbeitung des Textmaterials erfolgte dabei unter Rückgriff auf „State-of-the-Art“ Bibliotheken<sup>6</sup> und berücksichtigte in erster Linie:

- Das Extrahieren und Entfernen irrelevanter Zeichen und Brückenwörter (sogenannter „Stopwords“ wie zum Beispiel „ist“, „da“ oder „in“), die inhaltlich keinen substantiellen Erklärungsbeitrag leisten.
- Eine Rechtschreibkorrektur (zum Beispiel „Flüchtlink“ zu „Flüchtling“).
- Eine Wortstammbildung (zum Beispiel „Flüchtling“ zu „Flüchtling“).

<sup>6</sup> Hier insbesondere: spaCy und ConceptNet

- Die Identifizierung von Mehr-Wort-Konzepten (zum Beispiel Europäische Union, Schengener Abkommen).
- Die Bildung von Oberbegriffen (zum Beispiel „Befugnis“ für „Initiativrecht“, „Stimmrecht“, „Vetorecht“).

### **Schritt 2: Word Embedding Modell**

Auf die nunmehr vorbereiteten Texte wurden anschließend sogenannte „Word Embedding Modelle“ angewendet. Mittels dieser Techniken<sup>7</sup>, die im Kern auf künstlichen neuronalen Netzen (KNN) basieren, wurden die einzelnen Wörter der vorverarbeiteten Texte in ein kontextbasiertes Wortnetz eingebunden und entsprechende Wortvektoren zur Weiterverarbeitung extrahiert. Diese Wortvektoren bildeten den semantischen Kern der Wörter ab und erlaubten auf Basis dessen unter anderem Synonymableitungen und Analogieschlüsse. Die zugrundeliegenden künstlichen neuronalen Netze (KNN) sind lernfähig, das heißt sie können anhand von neuen Daten weiter trainiert und damit verbessert werden. Aus diesem Grund erwies sich der vorliegend beschriebene Ansatz des Textmining in besonderem Maße für die Anwendung zur Auswertung des Bürgerdialogs geeignet, bei der zu unterschiedlichen Zeitpunkten jeweils neue Daten verfügbar waren. Die Lernfähigkeit der künstlichen neuronalen Netze (KNN) erlaubte es zudem, auch größere Datenquellen, wie zum Beispiel frei verfügbare Textnachrichten oder Presseberichte zu sachverwandten Themen, für deren Training zu verwenden und damit die Robustheit der Ergebnisse, ihre Generalisierungsfähigkeit und wissenschaftliche Neutralität zu steigern.

### **Schritt 3: Word Coding Modell**

Die anhand der Texte trainierten „Word Embedding Modelle“ konnten anschließend genutzt werden, um Themengruppen (sogenannte Topics beziehungsweise Kategorien) zu identifizieren. Bei der Zusammenfassung ähnlicher Wörter zu solchen Kategorien kamen an erster Stelle clusteranalytische Verfahren zum Einsatz<sup>8</sup>. Da es in der Regel nicht nur eine mögliche Kategorisierung gibt, sondern Kategorien vielmehr auf einen bestimmten Einsatzzweck – in diesem Fall: die Analyse des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas – abgestimmt sein sollten, bildeten diese Gruppierungen von Wörtern jedoch lediglich einen ersten Ausgangspunkt zur Ableitung eines Codesystems. Darauf aufbauend wurde das Kategorienschema schrittweise verdichtet und im Rahmen manueller Coding-Schritte finalisiert. Besonderes Augenmerk lag hierbei auf:

- Der Festlegung der geeigneten Granularität im Sinne einer geeigneten Anzahl an Clustern sowie Zielwerten für die Cluster-Homogenität.
- Der Umsortierung, um die Gruppierung auf die spezifischen Anforderungen des Bürgerdialogs abzustimmen.
- Der Priorisierung im Sinne einer Elimination von – für die Bedarfe der Auswertung des Bürgerdialogs vorliegender Studie – uninteressanten Clustern.

Bei jedem dieser manuellen Arbeitsschritte wurden – softwarebasiert – entsprechende Gütemaße angezeigt und berücksichtigt, die verdeutlichen, welche Effekte die einzelnen Aktionen aufweisen. Ausgangspunkt für die Genese des – im Fortlauf der Auswertung weiterentwickelten – Kategoriensystems bildete die Definition von übergeordneten Hauptthemen und entsprechend zugewiesenen Unterthemen (siehe Kapitel 2.3.2.).

<sup>7</sup> Hier insbesondere: Word2Vec<sup>4</sup> und GloVe

<sup>8</sup> Hier insbesondere: Hierarchische Clusterverfahren

#### **Schritt 4: Word Scoring Modell**

In Folge der softwarebasierten sowie manuellen Codierung entstand schrittweise ein Kategoriensystem, innerhalb dessen einzelne Wörter und Wortgruppen mit einem eindeutigen Code versehen wurden. Hierauf basierend wurde ein künstliches neuronales Netz<sup>9</sup> trainiert, welches im Fortlauf der Auswertung in der Lage war, diese Codes möglichst gut basierend auf dem sukzessive hinzukommenden Textinput zu prognostizieren. Dieser zusätzliche Weg bot den großen Vorteil, dass auch neue Texte beziehungsweise solche mit neuen Inhalten oder Wörtern ungesehen kodiert werden konnten.

#### **Schritt 5: Reporting**

Aus den vorangegangenen Schritten resultierte ein integriertes Modell, welches neben dem „Word Embedding“ und dem „Word Coding“ auch das „Word Scoring Modell“ einschließt. Dieses universelle „Gesamtmodell“ wurde anschließend für das eigentliche Textmining mit dem Fokus auf ganz unterschiedlichen Fragestellungen eingesetzt: So konnten die verschiedenen Texte beispielsweise anhand des Auftretens verschiedener Kategorien oder auch der Kombinationen von Kategorien miteinander verglichen werden. Im Ergebnis war es möglich, die zentralen Leitfragen des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas nicht allein qualitativ auszuwerten, sondern auch mit Blick auf folgende forschungsleitende Fragen zu quantifizieren:

- Welche Themenfelder werden in welchem Umfang von den Bürgerinnen und Bürgern mit Blick auf die Zukunft Europas diskutiert?
- Wie werden die diskutierten Themenfelder durch die Bürgerinnen und Bürger bewertet?
- In welchen Punkten herrscht Konsens unter den Bürgerinnen und Bürgern – welche Aspekte werden kontrovers besprochen?
- Werden einzelne Themenfelder durch bestimmte – vor allem soziodemographische Teilgruppen – in besonderem Maße thematisiert und bewertet?

#### **2.3.2. Entwicklung des Kategoriensystems**

Bei der Auswertung der Ergebnisprotokolle und Rückmeldebögen wurden mittels softwarebasiertem Textmining (siehe Kapitel 2.3.1.) rund 3.900 sinntragende Begriffe beziehungsweise Wortkombinationen (netto-keywords) extrahiert (Textvorbereitung) und unter diesen wiederum 267 grundlegende Wort-Cluster identifiziert (Word-Embedding-Model). Diese grundlegenden Cluster wurden manuell in einem mehrstufigen Verfahren verdichtet und somit die Ausgangsbasis für die weitere quantitative und qualitative Analyse geschaffen.

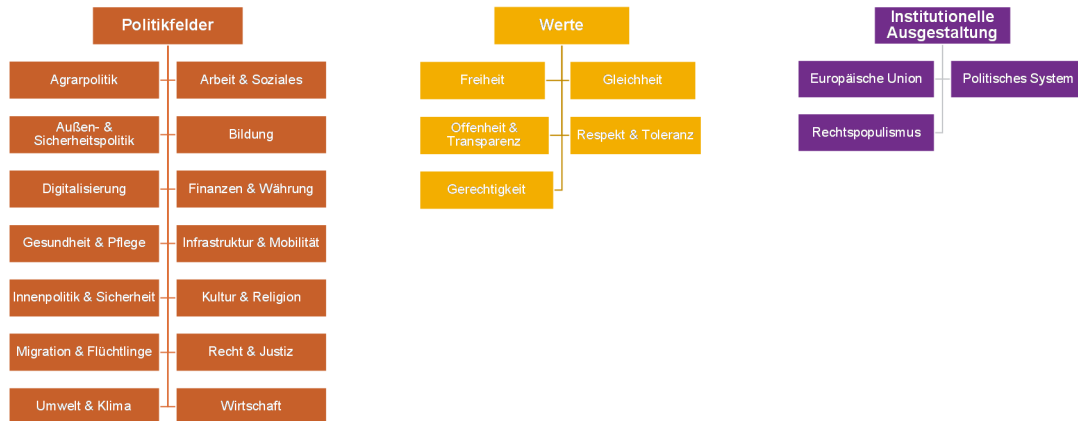
Im Zuge dieser verdichtenden Kategorisierung wurde deutlich, dass die bisherigen Diskussionsbeiträge und Rückmeldungen in einem Zwischenschritt 87 Unterthemen (Sub-Level) und diese wiederum auf oberster Ebene 14 ausgewählten Politikfeldern, 5 Wertedimensionen sowie 3 Bereichen der institutionellen Ausgestaltung zugeordnet werden können (Top-Level).

---

<sup>9</sup> Als Standardansatz kamen hier tiefere Netze (das sog. Deeplearning) zum Einsatz.

# Auswertung des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas

Textmining: Verdichtende Kategorisierung – Hauptthemen (Top-Level)

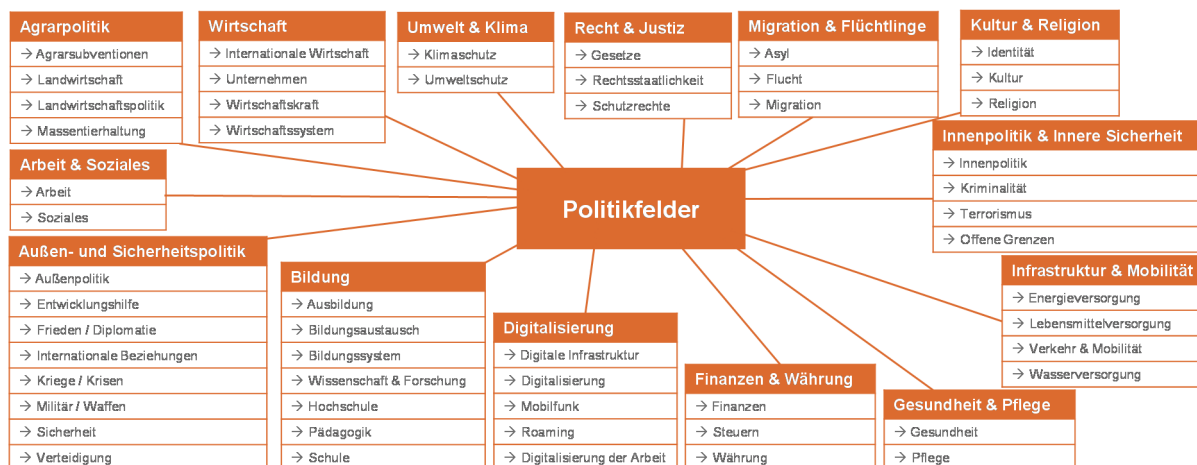


KANTAR PUBLIC=

Abb. 4: Verdichtende Kategorisierung – Hauptthemen

# Auswertung des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas

Textmining: Verdichtende Kategorisierung – Unterthemen (Sub-Level)



KANTAR PUBLIC=

Abb. 5: Verdichtende Kategorisierung - Unterthemen (Politikfelder)



## Auswertung des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas

Textmining: Verdichtende Kategorisierung – Unterthemen (Sub-Level) II

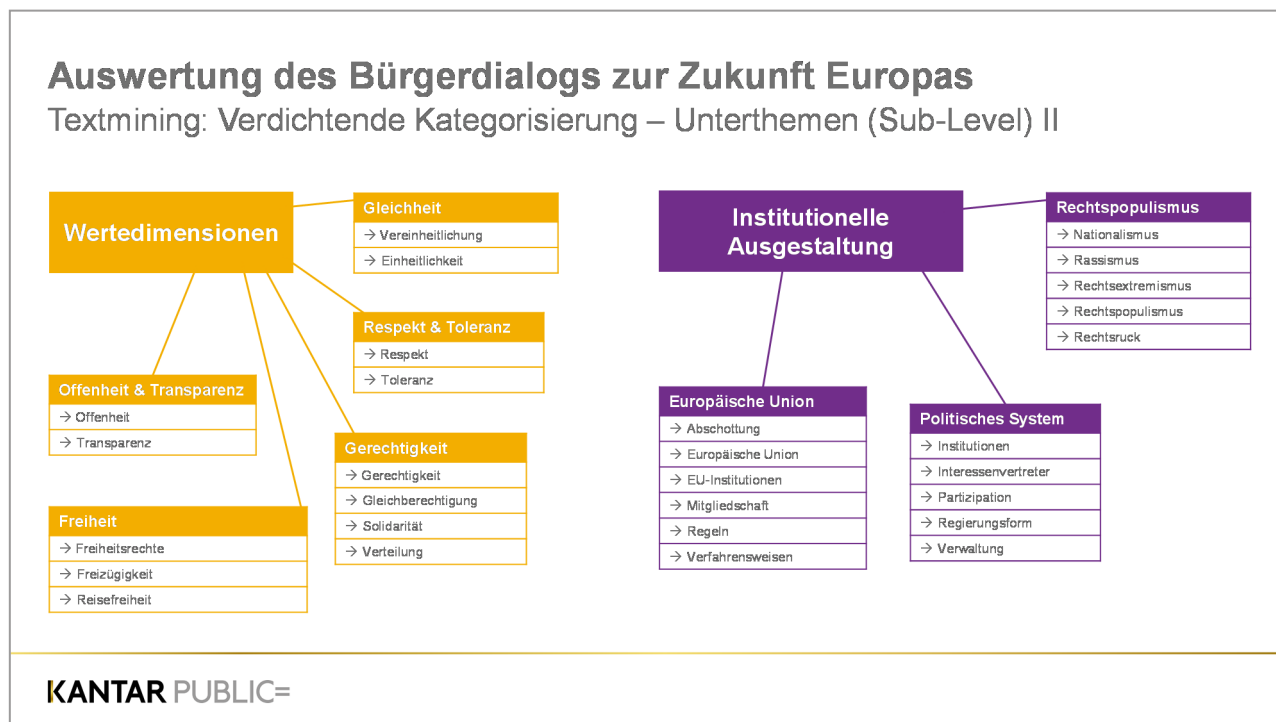


Abb. 6: Verdichtende Kategorisierung - Unterthemen (Werte und Institutionelle Ausgestaltung)

Die quantitative Auswertung der Dialogveranstaltungen im Rahmen des vorliegenden Berichts berücksichtigt sowohl die zentralen Themenfelder auf der obersten Verdichtungsstufe (Top-Level), als auch die zugeordneten Unterthemen (Sub-Level). Um der Vielschichtigkeit der Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger zu Europa gerecht zu werden, wurden einzelne Wort-Cluster beziehungsweise Unterthemen dabei mehreren Hauptthemen zugerechnet. So fand beispielsweise das Wort-Cluster „Schengener Abkommen“ sowohl in das – dem Hauptthema „Freiheit“ zugehörige – Unterthema „Reisefreiheit“ Eingang, als auch in das – dem Hauptthema „Innenpolitik & Innere Sicherheit“ zugehörige – Unterthema der „Offenen Grenzen“.

Zudem wird diese quantitative Auswertung durch qualitativ-hermeneutische Analysen zu den einzelnen Themengebieten ergänzt. Diese qualitativen Betrachtungen werden im folgenden Bericht durch die Darstellung ausgewählter Zitate der Teilnehmer der Dialogveranstaltungen untermauert. Dabei wurden jeweils typische Zitate zu den Kernaussagen ausgewählt, die exemplarisch für die Diskussion beziehungsweise Kontroversen in den jeweiligen Themenfeldern stehen. Zusätzlich wurde – sofern möglich – eine verbale Quantifizierung der Aussagetendenz dieser Zitate vorgenommen, für welche gilt:

- Die Bezeichnungen „häufig“, „oft“, „vielfach“ und „zumeist“ kennzeichnen Zitate, die den mehrheitlichen Tenor zu einem Thema widerspiegeln.
- Die Bezeichnungen „teilweise“, „zum Teil“ und „einige“ sowie – bei geringerer Quantität – „vereinzelt“ und „selten“ verweisen darauf, dass gleichsam auch anderslautende Ansichten zu diesem Thema geäußert wurden.
- Einzelnennungen, die in die qualitative Berichtslegung Eingang finden, sind ebenfalls verbal entsprechend gekennzeichnet.

# 3. Ergebnisse im Detail

## Wahrnehmung der Dialogveranstaltungen

Die Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas werden durchweg positiv bewertet. Unabhängig davon, ob es sich um moderierte Diskussionen mit bundes- und landespolitischem Spitzenpersonal beziehungsweise Europaexperten, Worldcafés oder Impulsvorträge mit anschließenden Workshops handelte, beschreiben die Protokollant\*innen die Gesprächsatmosphäre konsensuell als angeregt, sachlich, respektvoll und interaktiv.

Diese Wahrnehmung findet auch in den Rückmeldebögen der Teilnehmer\*innen ihren Widerhall. So bekunden rund drei Viertel der Rückmelder\*innen (76 Prozent), sich auch zukünftig mehr Möglichkeiten zu wünschen, um über Europa und europäische Themen zu sprechen. Diese Einschätzung ist auch in den einzelnen Subgruppen Konsens, wird jedoch von Rückmelder\*innen mit formal niedrigem beziehungsweise mittlerem Bildungsabschluss überdurchschnittlich stark betont (85 Prozent). Auch zeigen Männer und Rückmelder\*innen aus den westdeutschen Bundesländern ein spürbar stärkeres Interesse an weiteren Gesprächsoptionen, als Frauen und Rückmelder\*innen aus den ostdeutschen Bundesländern.

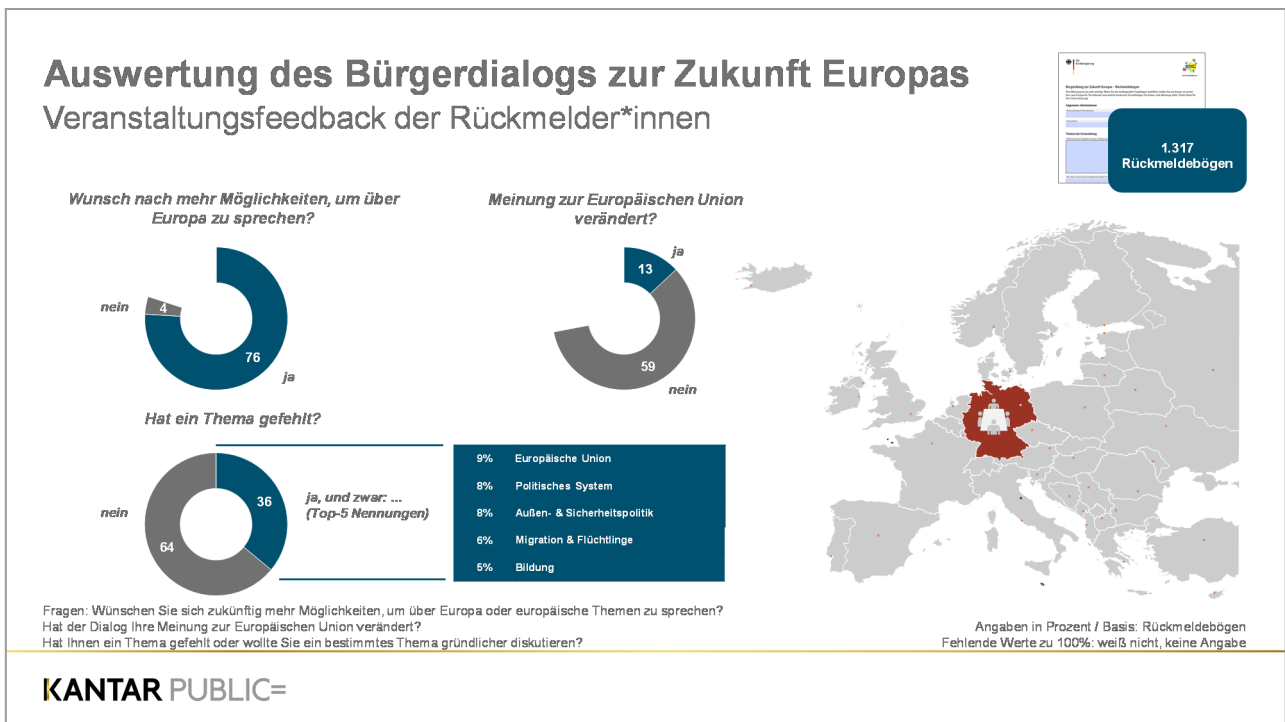


Abb. 7: Veranstaltungsfeedback der Rückmelder\*innen

Zudem verweist mehr als ein Drittel der Rückmelder\*innen (36 Prozent) – und hierbei insbesondere Teilnehmer\*innen der höheren Alterskohorten – darauf, dass aus ihrer Sicht über die Agenda der jeweils besuchten Veranstaltung hinaus Gesprächsbedarf zu ausgewählten Themen besteht. Konkret werden diesbezüglich vor allem Fragen der institutionellen Ausgestaltung der Europäischen

Union (vor allem des Brexits) und des politischen Systems, der Außen- & Sicherheitspolitik, der Migrations- & Flüchtlingspolitik sowie bildungspolitische Aspekte benannt.

---

*„Könnte die EU wegen dem Brexit auseinander brechen?“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 07.05.2018)*

---

Mit Blick auf die grundsätzliche Einstellung zu Europa beziehungsweise der Europäischen Union<sup>10</sup> ist Tenor in den Ergebnisprotokollen, dass es sich bei den Teilnehmer\*innen der Dialogveranstaltungen überwiegend um pro-europäisch eingestellte Bürgerinnen und Bürger handelte. Dies wird vorrangig dadurch unterstrichen, dass die größte Einigkeit zwischen den Diskutanten in der Frage nach der Existenzberechtigung und Relevanz des Projektes Europa an sich bestand.

---

*„Die größte Einigkeit bestand in der Existenzberechtigung Europas.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Münster am 03.09.2018)*

---

Zwar wird die Diskussion zu ausgewählten Themengebieten wie zum Beispiel Flucht & Migration als durchaus kontrovers beschrieben – gleichsam aber auch darauf verwiesen, dass es den Teilnehmer\*innen jeweils in erster Linie um denkbare Wege hin zu einer Stärkung Europas ging.

---

*„Ein starkes Europa beruht auf der europäischen Einheit. Europapolitik muss sich nach außen einheitlicher und stärker zeigen, um gegen Wirtschaftsmächte wie China oder USA selbstbewusster aufzutreten.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Gütersloh am 05.10.2018)*

---

Ausgehend von den Rückmeldebögen der Teilnehmer\*innen hat sich deren – tendenziell als pro-europäisch beschriebene – Haltung auch im Zuge der Dialogveranstaltungen eher selten geändert: Rund sechs von zehn Rückmelder\*innen beschreiben Ihre Einstellung als stabil (59 Prozent) – nur rund jede(r) Achte (13 Prozent) spricht von Veränderungen der eigenen Meinung zur Europäischen Union durch diesen Dialogprozess. Diese Einschätzung ist auch in den einzelnen Subgruppen Konsens, wenngleich Rückmelder\*innen mit formal niedrigem beziehungsweise mittlerem Bildungsabschluss einen Einfluss der Diskussionsrunden auf die eigene Sichtweise etwas stärker betonen (23 Prozent). Die vermerkten Änderungen der persönlichen Einstellung gegenüber der Europäischen Union betreffen laut Rückmeldebögen zumeist die Schaffung beziehungsweise Stärkung des Bewusstseins für die Relevanz Europas sowie ein – durch den Bürgerdialog hervorgerufen – gesteigertes Verständnis für die Herausforderungen, mit denen Europa aktuell konfrontiert ist.

---

<sup>10</sup> Da weder in den Ergebnisprotokollen, noch in den Rückmeldebögen eine explizite Differenzierung im Gebrauch der Termini „Europa“ und „Europäische Union“ zu erkennen ist, sind diese auch im vorliegenden Bericht überwiegend synonymisch zu verstehen. Abweichungen hiervon sind ausdrücklich gekennzeichnet.

„Ich sehe die Konflikte und Schwierigkeiten, aber auch, dass es sich lohnt für Europa einzutreten.“

(aus dem Bürgerdialog in Bad Hersfeld am 28.09.2018)

### Diskutierte Themenbereiche

Im Rahmen des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas wurde insgesamt eine Vielzahl an Themen angesprochen, jedoch mit deutlicher Schwerpunktsetzung. So beschäftigten sich mehr als neun von zehn Dialogveranstaltungen mit der institutionellen Ausgestaltung der Europäischen Union und des politischen Systems allgemein sowie mit Fragen der Außen- & Sicherheitspolitik und Freiheitswerten. In mehr als drei Viertel der Veranstaltungen spielten Aspekte der Bildungs-, Wirtschafts- und Innenpolitik sowie Themen aus den Bereichen Migration & Flüchtlinge und Arbeit & Soziales eine Rolle. Ebenfalls dominant waren Diskurse sowohl zu Aspekten der Finanz- & Währungspolitik, als auch zu den Bereichen Recht & Justiz und Kultur & Religion: Hierzu kam es jeweils in mehr als sieben von zehn Veranstaltungen zu einem Austausch. In etwas mehr als der Hälfte der Veranstaltungen ging es zudem um Fragen der Gerechtigkeit und des Umwelt- und Klimaschutzes – in jedem dritten bis vierten Dialog auch um die Themen Rechtspopulismus, Digitalisierung, Infrastruktur & Mobilität sowie Gleichheitsaspekte. Aspekte der Agrarpolitik, der Gesundheits- & Pflegepolitik sowie Wertvorstellungen wie Offenheit & Transparenz und Respekt & Toleranz wurden demgegenüber eher selten thematisiert.

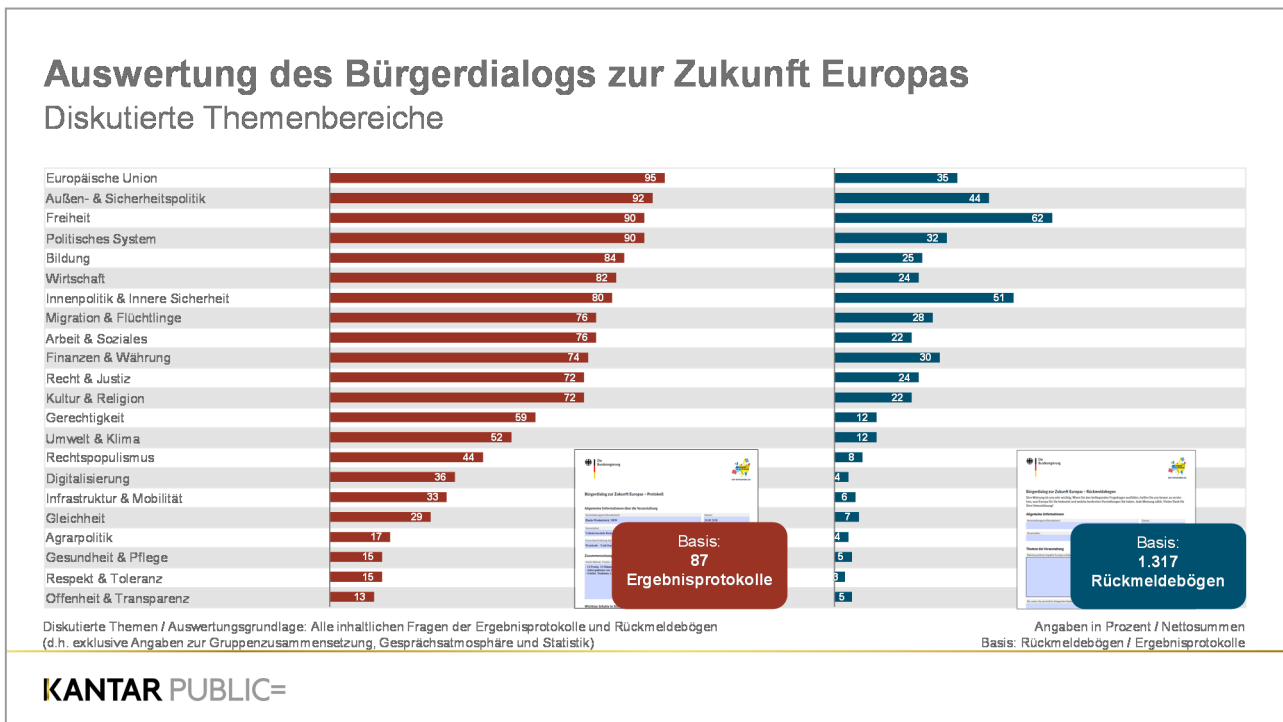


Abb. 8: Diskutierte Themenbereiche

Diese Schwerpunktsetzung entspricht in ihrer grundlegenden Struktur auch dem in den Rückmeldebögen erkennbaren thematischen Fokus. Abweichend vom inhaltlichen Verlauf der Diskussionen vor Ort setzen die Rückmelder\*innen jedoch mit Überlegungen zu Freiheitswerten und Aspekten der

Innenpolitik & Innere Sicherheit sowie der Außen- & Sicherheitspolitik leicht abweichende Schwerpunkte.

Mit Blick auf die einzelnen Gruppen der Rückmelder\*innen erscheint interessant, dass mit steigendem Alter außen- & sicherheitspolitische Fragen häufiger Erwähnung finden. Eine denkbare Erklärung hierfür kann sicherlich in einem stärkeren Bewusstsein dieser Gruppen für die friedenssichernde Funktion Europas gesehen werden (siehe Kapitel 3.1.3.). Rückmelder\*innen aus den berufsaktiven Altersgruppen zwischen 35 und 64 Jahren verweisen hingegen – vermutlich aus Gründen einer verstärkten persönlichen Betroffenheit – überdurchschnittlich oft auf Aspekte der Finanz- & Währungspolitik sowie der Verfasstheit des politischen Systems. Auffällig ist außerdem die überdurchschnittliche Thematisierung von bildungspolitischen Überlegungen durch Rückmelder\*innen, die sich aktuell noch im Ausbildungsprozess befinden.

Laut der Ergebnisprotokolle verbanden die Teilnehmer\*innen in den Bereichen Innenpolitik & Innere Sicherheit, Bildung, Kultur & Religion sowie Digitalisierung jeweils deutlich mehr positive als negative Aspekte mit Europa. Gleiches gilt für Aspekte der Außen- & Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Finanzen & Währung sowie Arbeit & Soziales und Recht & Justiz, wenngleich hierbei auch negative Wahrnehmungen aus dem persönlichen Alltag beziehungsweise Deutschland allgemein in sichtbarem Umfang Erwähnung finden. Als spürbar kontroverser wird der Diskussionsverlauf zum Thema Umwelt & Klima beschrieben – mit Blick auf die Migrations- & Flüchtlingspolitik wurden in den Dialogen unverkennbar mehr negative als positive Aspekte mit Europa assoziiert.

Hinsichtlich der diskutierten Wertvorstellungen wurde laut protokollarischer Dokumentation in den Veranstaltungen Freiheit als besonders positives Merkmal Europas herausgestellt, während Gerechtigkeits- und Gleichheitsaspekte eher im Zuge negativer Wahrnehmungen Erwähnung fanden. Fragen der institutionellen Ausgestaltung der Europäischen Union und des politischen Systems an sich wurden kontrovers diskutiert und analog zu Fragen des aufkommenden Rechtspopulismus sogar jeweils überwiegend als negative, mit Europa in Verbindung stehende, Themen beschrieben.

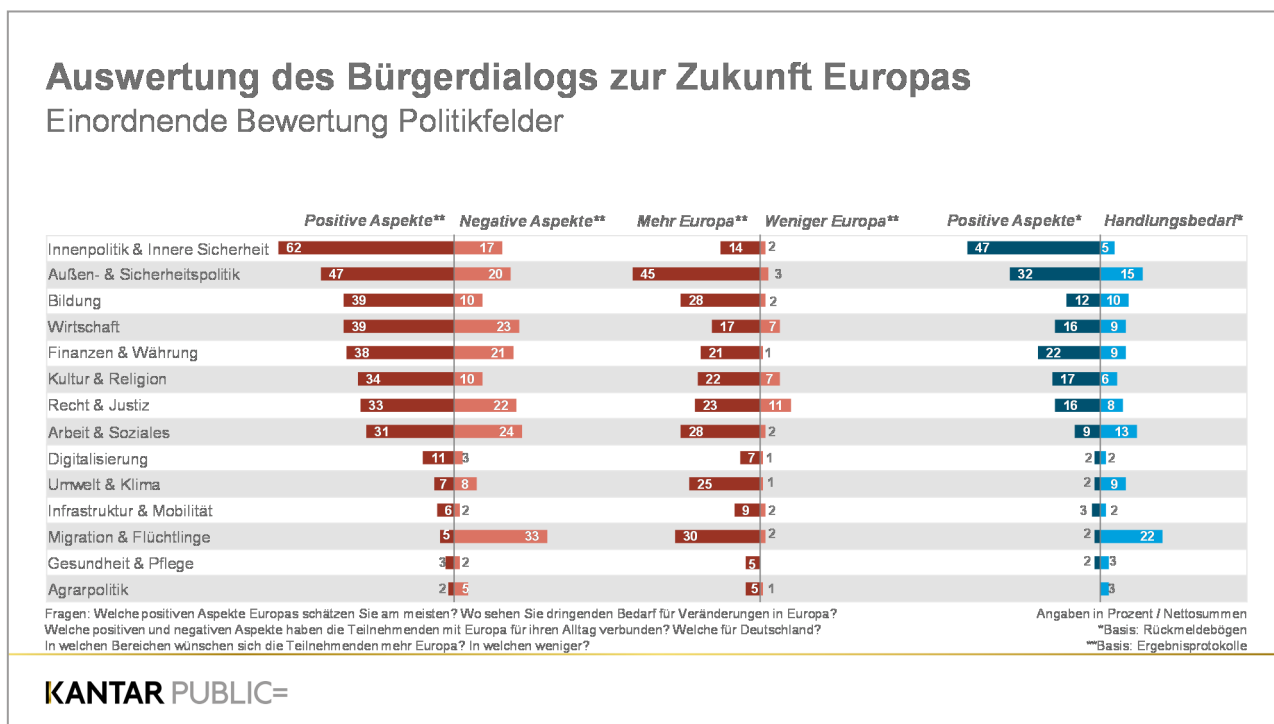


Abb. 9: Einordnende Bewertung Politikfelder

In den Rückmeldungen werden insbesondere in den Bereichen Innenpolitik & Innere Sicherheit, Außen- & Sicherheitspolitik, Finanzen & Währung, Wirtschaft, Kultur & Religion sowie Recht & Justiz deutlich mehr positive als negative Aspekte beschrieben. Im Bereich Bildung gehen die Meinungen hingegen auseinander: Hier werden positive Aspekte Europas in etwa ähnlich starkem Maße thematisiert wie Bedarfe für Veränderungen. In Bezug auf den Bereich Arbeit & Soziales überwiegt die Nennung von Handlungsbedarfen leicht – im Bereich der Migrations- & Flüchtlingspolitik sogar deutlich – gegenüber der Beschreibung positiver Aspekte Europas.

Mit Blick auf die einzelnen Gruppen der Rückmelder\*innen erscheint wiederum interessant, dass mit steigendem Alter außen- & sicherheitspolitische Fragen in stärkerem Umfang sowohl als positive Aspekte Europas Erwähnung finden, als auch mit Veränderungsbedarfen assoziiert werden. Auch hierfür zeichnet sicherlich der hohe Stellenwert des Friedensaspekts in diesem Politikbereich verantwortlich (siehe Kapitel 3.1.3.). Rückmelder\*innen aus den berufsaktiven Altersgruppen zwischen 35 und 64 Jahren verweisen hingegen – vermutlich aus Gründen einer verstärkten persönlichen Betroffenheit – überdurchschnittlich häufig auf positive Aspekte Europas im Bereich der Finanz- & Währungspolitik. Mit Blick auf erfasste Veränderungsbedarfe ist zudem auffällig, dass diese im Bereich der Migrations- & Flüchtlingspolitik von jüngeren Rückmelder\*innen und Frauen spürbar häufiger benannt werden, als von älteren Teilnehmer\*innen und Männern.

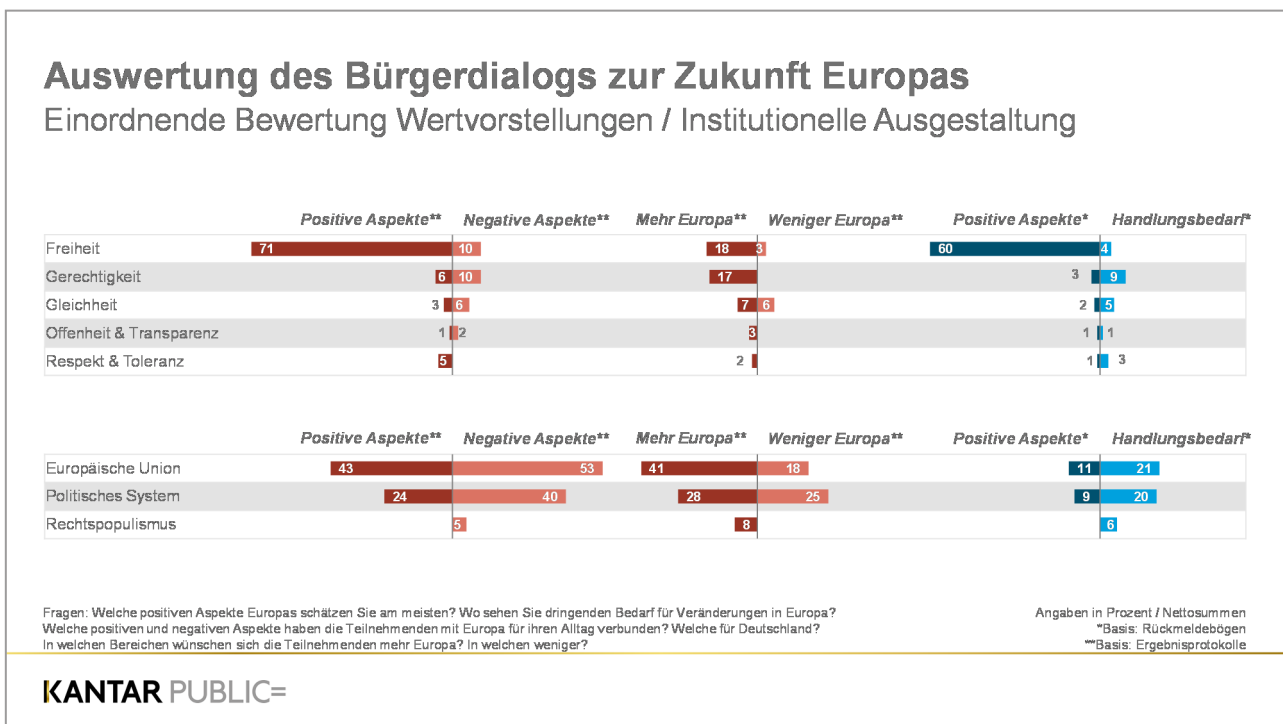


Abb. 10: Einordnende Bewertung Wertvorstellungen und institutionelle Ausgestaltung

Analog zu den Ergebnisprotokollen werden auch in den Rückmeldungen Freiheitswerte mehrheitlich als besonders positives Merkmal Europas herausgestellt, während mit Blick auf Fragen der Gerechtigkeit und Gleichheit eher Veränderungsbedarfe thematisiert werden. Zu Fragen der institutionellen Ausgestaltung der Europäischen Union und des politischen Systems allgemein gehen die Ansichten der Rückmelder\*innen auseinander: Wie auch in Bezug auf Fragen des aufkommenden Rechtspopulismus überwiegt jedoch jeweils die Nennung von Handlungsbedarfen gegenüber positiven Bezügen zu Europa.

In den einzelnen Gruppen der Rückmelder\*innen werden mit Blick auf die Wertvorstellungen ähnliche Schwerpunkte wie in der Gesamtheit der Rückmeldungen gesetzt. Die benannten Handlungsbedarfe in der institutionellen Ausrichtung der Europäischen Union und des politischen Systems allgemein finden jedoch in den höheren Alterskohorten eine überdurchschnittlich starke Betonung.

Mit Blick auf die grundsätzliche Frage, in welchen Bereichen die Teilnehmer\*innen sich mehr beziehungsweise weniger Europa wünschen, zeichnen die Ergebnisprotokolle ein deutliches Bild zugunsten einer stärkeren europäischen Integration: Während ein geringerer Einfluss Europas allenfalls in den Bereichen Recht & Justiz sowie Wirtschaft in erwähnenswertem Umfang gefordert wird, dominiert vor allem in Fragen der Außen- & Sicherheitspolitik sowie in den Bereichen Arbeit & Soziales, Migration & Flüchtlinge, Bildung sowie Kultur & Religion, Umwelt- & Klimaschutz sowie Finanzen & Währung der Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Staaten deutlich.

Die konkreten Diskursinhalte zu den einzelnen Politikfeldern, Wertvorstellungen und Fragen der institutionellen Ausgestaltung sowie deren Bewertung durch die Rückmelder\*innen werden im Folgenden detaillierter beschrieben.

### 3.1. Politikfelder

#### 3.1.1. Agrarpolitik

Fragen der Agrarpolitik stellten im Rahmen des Bürgerdialogs nur vereinzelt (in 17 Prozent der Veranstaltungen) ein Diskussionsthema dar und finden in lediglich 4 Prozent der Rückmeldebögen Erwähnung.

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in den Dialogen fast ausschließlich negative Aspekte Europas in diesem Bereich (positiv: in 2 Prozent der Veranstaltungen / negativ: in 5 Prozent der Veranstaltungen) thematisiert und auch in den Rückmeldebögen ist diesbezüglich ausnahmslos die Rede von Veränderungsbedarfen (positiv: in 0 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 3 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Bezug auf Fragen der Agrarpolitik dominiert laut protokollarischer Dokumentation der Dialoge – wenngleich auf sehr niedrigem Niveau – der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative (mehr Europa: in 5 Prozent der Veranstaltungen / weniger Europa: in 1 Prozent der Veranstaltungen).

Eine Betrachtung der Ansichten einzelner Bevölkerungsgruppen zum Thema Agrarpolitik ist aufgrund der geringen Anzahl an Nennungen nicht belastbar möglich.



Abb. 11: Positive Wahrnehmungen im Bereich Agrarpolitik

Die positiven Aspekte im Bereich der Agrarpolitik, die auch in lediglich einer Dialogveranstaltung Erwähnung fanden, tangieren laut des Ergebnisprotokolls einzig den Komplex der Landwirtschaft allgemein beziehungsweise der ökologischen Landwirtschaft. Konkret wurde in diesem Bürgerdialog die europaweite Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Organismen goutiert. In den Rückmeldungen finden positive Einschätzungen zu diesem Bereich keine Erwähnung.



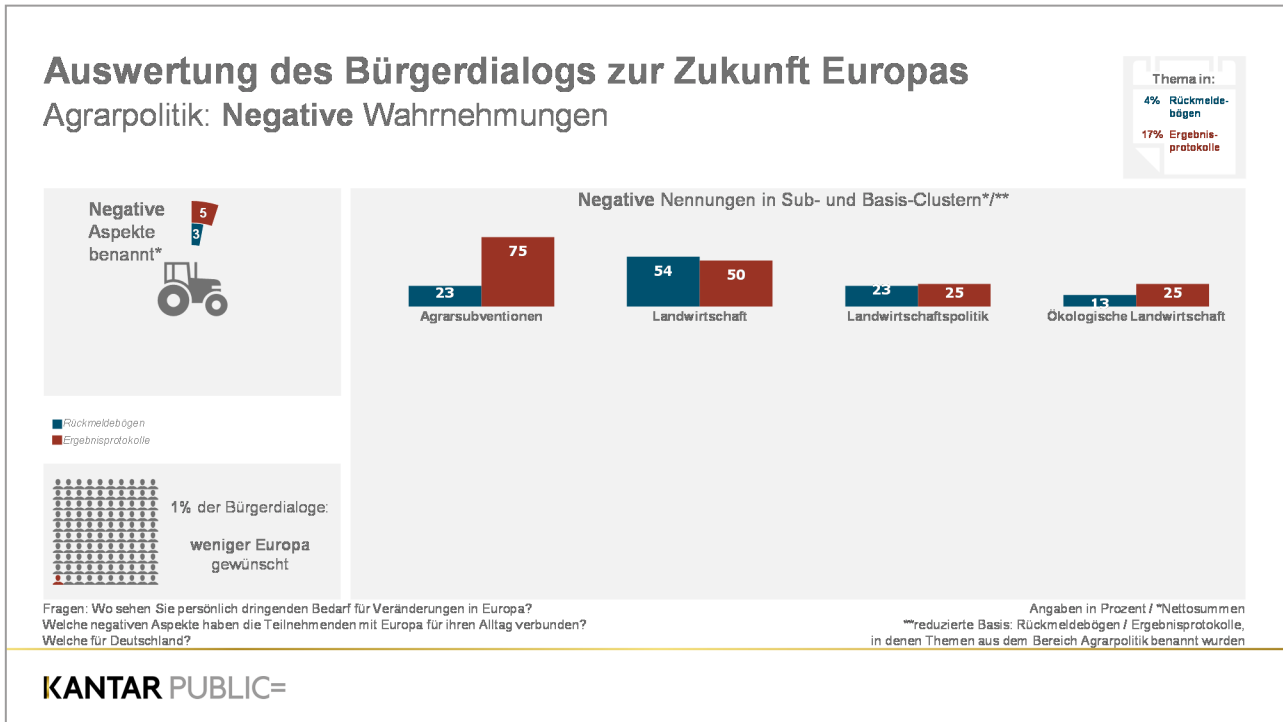


Abb. 12: Negative Wahrnehmungen im Bereich Agrarpolitik

Die negativen Aspekte im Bereich der Agrarpolitik, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, tangieren laut der Ergebnisprotokolle vornehmlich den Komplex der Agrarsubventionen beziehungsweise das allgemeine Sub-Cluster der Landwirtschaft. In geringerem Umfang wurden aber auch Aspekte der Landwirtschaft allgemein bzw. der ökologischen Landwirtschaft angesprochen. In den Rückmeldungen hingegen werden vielfach nur allgemein, das heißt ohne weitere Erläuterung, die Bereiche der Landwirtschaft beziehungsweise Landwirtschaftspolitik (54 beziehungsweise 23 Prozent) als Herausforderungen für Europa benannt. Daneben offenbart sich jedoch auch eine differenziertere Auseinandersetzung mit dem Thema: Im Zentrum der konkreten Aspekte der Agrarpolitik, in denen die Rückmelder\*innen Handlungsbedarf für Europa sehen, stehen demnach sowohl Fragen der Ausgestaltung von Agrarsubventionen (23 Prozent), als auch der ökologischer Landwirtschaft (13 Prozent).

Mit Blick auf die **Ausgestaltung von Agrarsubventionen** wird von den Rückmelder\*innen in erster Linie eine Reduzierung beziehungsweise Neuausrichtung unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten – im Sinne von umweltspezifischen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen – gefordert. Unterlegt wird diese Forderung von Zweifeln sowohl an der Wirksamkeit der derzeitigen europäischen Subventionen für die Landwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent, als auch an der Zukunftsfähigkeit innereuropäischer Agrarförderprogramme.

---

*„Zu wenig Umweltaspekte bei der Verteilung von (Agrar-)Subventionen. Zu viel Fokus auf Wachstum und Handelsvorteile.“*  
 (aus dem Bürgerdialog in Eberswalde am 10.07.2018)

---

Im Bereich der **ökologischen Landwirtschaft** sehen die Rückmelder\*innen zumeist Veränderungsbedarfe mit Blick auf eine – europaweite – Stärkung und Förderung nachhaltiger Wirtschaftsformen im Agrarbereich. Gefordert wird in diesem Zusammenhang sowohl eine Reduzierung des Einsatzes

von Düngemitteln – insbesondere von Glyphosat – und Gentechnik, als auch die Abkehr von der Massentierhaltung zugunsten eines vermehrten Tier- und Klimaschutzes.

---

*„Mehr Tierwohl, ökologische Landwirtschaft und keine Massentierhaltung!*

*Mehr Subventionen von Biohöfen“*

*(aus dem Bürgerdialog in Rheda-Wiedenbrück am 26.09.2018)*

---

Neben diesen vordergründigen Anliegen wird vereinzelt und im eher ländlichen Raum aber auch der Bedarf nach einer **Reduzierung der europäischen Vorgaben und Bestimmungen** im Bereich der Agrarpolitik thematisiert.

---

*„Nicht so viel Kontrolle und Bestimmungen ganz besonders in Bezug auf  
die Landwirtschaft.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Witzin am 15.06.2018)*

---

### 3.1.2. Arbeit & Soziales

Themen aus dem Bereich Arbeit & Soziales wurden in rund drei Viertel der Dialogveranstaltungen (76 Prozent) diskutiert und finden in etwa jedem fünften Rückmeldebogen Erwähnung (22 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in rund drei von zehn Veranstaltungen (31 Prozent) positive Aspekte in diesem Bereich benannt – in etwa jedem vierten Dialog (24 Prozent) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegt hingegen der Bedarf nach Veränderungen in arbeits- und sozialpolitischen Angelegenheiten leicht gegenüber positiven Einschätzungen des Status Quo in Europa (positiv: in 9 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 13 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die gewünschte Rolle Europas in Bezug auf Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik zeigt sich ein deutliches Bild: laut protokollarischer Dokumentation wurde in gut einem Viertel der Veranstaltungen für mehr gesamteuropäische Initiative in diesem Bereich (28 Prozent) plädiert – eine stärkere Zurückhaltung der Gemeinschaft hingegen nur vereinzelt gefordert (in 2 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt, dass Themen aus dem Bereich Arbeit & Soziales insbesondere von Rückmelder\*innen aus der berufsaktiven Altersgruppe zwischen 35 und 64 Jahren sowie von Frauen angesprochen – und sowohl mit positiven Aspekten Europas, als auch mit Handlungsbedarfen verknüpft werden. Ursächlich dafür scheint mutmaßlich ein hohes Maß an persönlicher Betroffenheit beziehungsweise Involvement in die Herausforderungen dieses Politikfeldes zu sein.

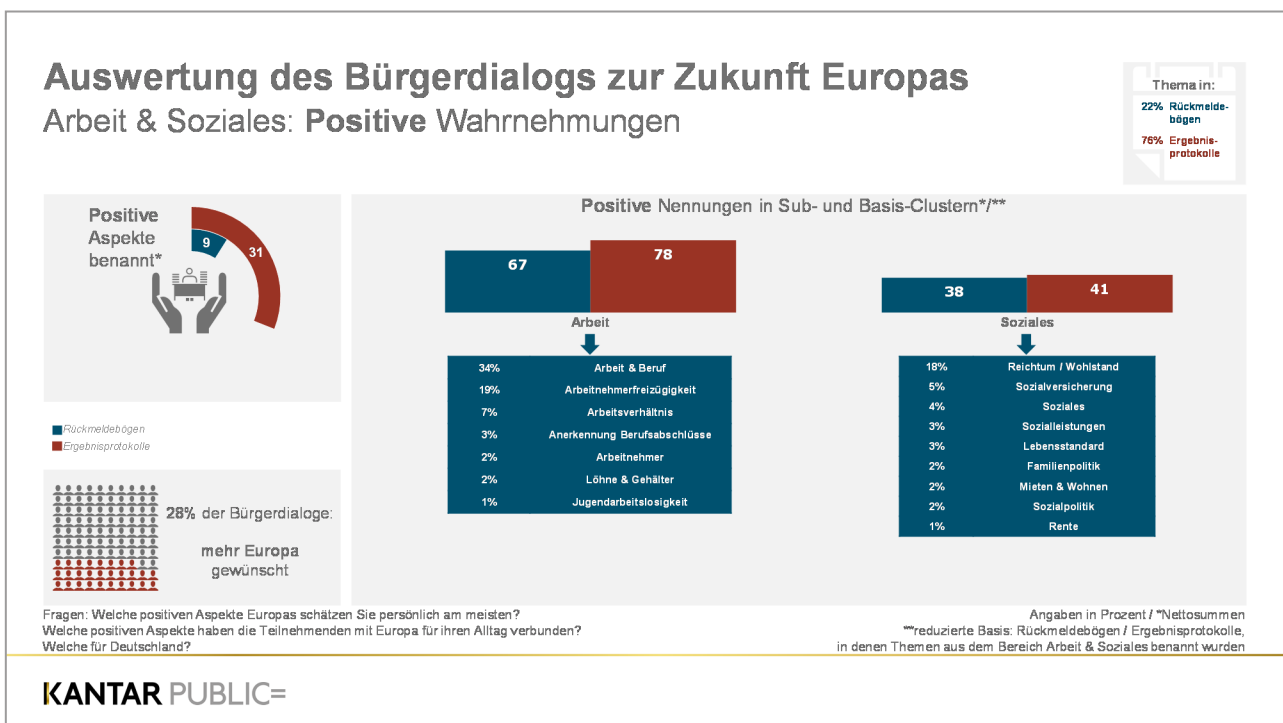


Abb. 13: Positive Wahrnehmungen im Bereich Arbeit & Soziales

Die positiven Aspekte im Bereich Arbeit & Soziales, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vornehmlich arbeits(-markt-)politische Überlegungen und auch in den Rückmeldungen zeigt sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Arbeit: 67 Prozent / Soziales: 38 Prozent).

Mit Blick auf den Bereich Arbeit werden von den Rückmelder\*innen in erster Linie und fast ausschließlich die europaweite **Arbeitnehmerfreizügigkeit** und die mit dem europäischen Arbeitsmarkt verbundenen Berufs- und Karrierechancen geschätzt. Insbesondere von jüngeren Teilnehmer\*innen der Dialogveranstaltungen wurden diese internationalen Karrierechancen – laut protokollarischer Dokumentation – jedoch zumeist als Selbstverständlichkeit aufgefasst und nicht als Errungenschaften der europäischen Einigung gesehen, die es ggf. auch zu verteidigen gilt. In Einzelnennungen wird auch das hohe **Ansehen der deutschen Ausbildungsberufe** als solide Basis für eine Berufstätigkeit im Ausland angeführt sowie auf den in Deutschland geltenden **Mindestlohn** als positiven Aspekt verwiesen, ohne dass dieser jedoch in einen konkreten Bezug zu Europa gesetzt wird.

„Das Arbeiten in anderen EU Mitgliedsstaaten ist leichter möglich.“  
 (aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)

Im sozialen Sektor verweisen die Rückmelder\*innen primär auf (z.T. persönlichen) materiellen **Wohlstand** als positive Folge der europäischen Integration. Vereinzelt werden in diesem Zusammenhang auch Errungenschaften des **deutschen Sozialsystems** wie zum Beispiel die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung erwähnt, die aus Sicht der Rückmelder\*innen auch im gesamteuropäischen Zusammenhang Vorbildcharakter haben.

„Europa bietet eine gute Grundlage für jedes Land um einen guten Lebensstandard zu erreichen. Deshalb bin ich froh in Europa zu leben.“  
 (aus dem Bürgerdialog in Garbsen am 04.05.2018)

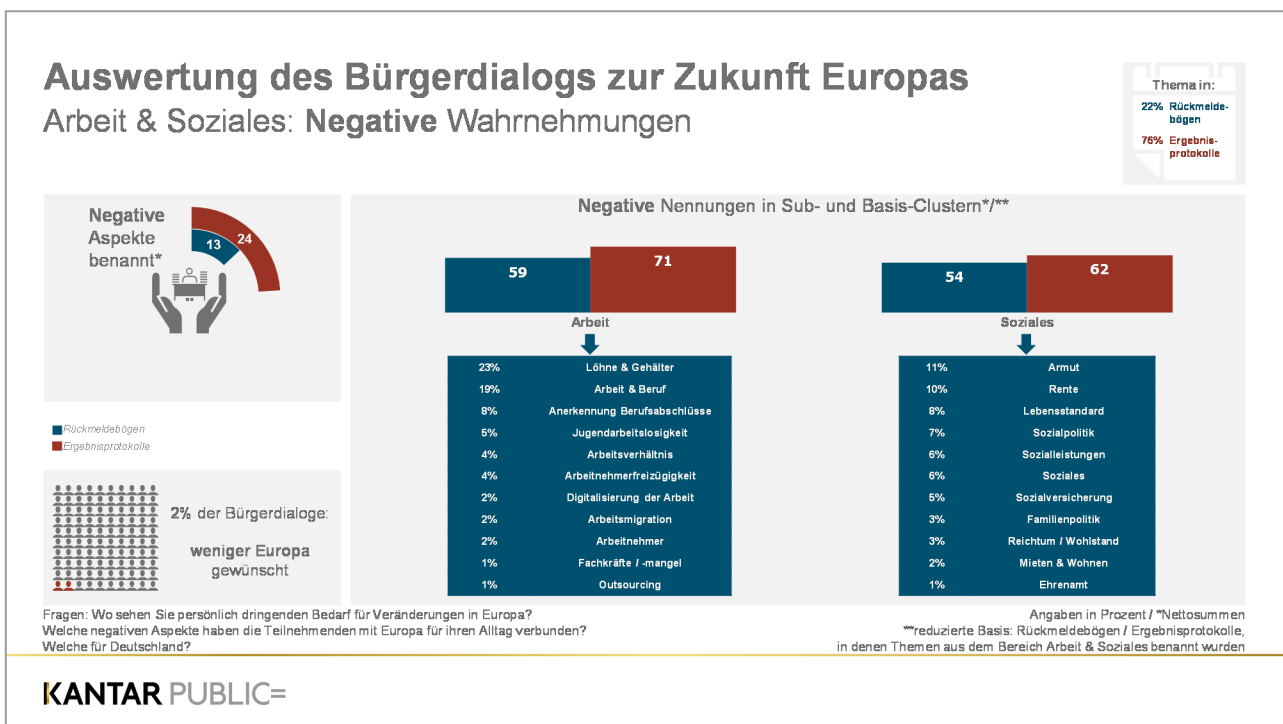


Abb. 14: Negative Wahrnehmungen im Bereich Arbeit & Soziales

Die negativen Aspekte im Bereich Arbeit & Soziales, die in den Dialogveranstaltungen angesprochen wurden, tangierten laut der Ergebnisprotokolle nur etwas häufiger arbeits(-markt-)politische, als sozialpolitische Fragestellungen. Auch in den Rückmeldungen hält sich der Umfang an genannten Veränderungsbedarfen in den Sub-Clustern Arbeit und Soziales in etwa die Waage (Arbeit: 59 Prozent / Soziales: 54 Prozent).

Im Bereich Arbeit kritisieren die Rückmelder\*innen vielfach die innereuropäische Konkurrenz am Arbeitsmarkt, die ihnen als ursächlich für **Unternehmensauslagerungen** und **Lohndumping** gilt. Parallel dazu formulieren sie Veränderungsbedarfe mit Blick auf die **Schaffung von europaweit einheitlichen Lohnmindeststandards** – insbesondere zur Regulierung der Vergütung in sozialen und Ausbildungsberufen. Auffällig ist, dass diese Forderung vor allem von Frauen, jüngeren Rückmelder\*innen und jenen aus den ostdeutschen Bundesländern unterstrichen wird. Dies ist mutmaßlich auf eine verschärfte persönliche Problemwahrnehmung in diesen Gruppen zurückzuführen.

In ebenfalls nennenswertem Umfang werden auch Handlungsbedarfe mit Blick auf die **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** in einigen europäischen Staaten sowie die europaweite **Anerkennung von Berufsabschlüssen** adressiert. Nur vereinzelt finden Aspekte des **Fachkräftemangels** und einer daraus resultierenden Notwendigkeit für **Arbeitsmigration** im Sinne einer europäischen Herausforderung Erwähnung. Dabei wird jedoch sowohl die – deutsche – Perspektive des Bedarfs an Fachkräften beleuchtet, als auch die Kehrseite der Abwanderungen von Fachpersonal aus weniger wohlhabenden Staaten angesprochen. Fragen der **Digitalisierung der Arbeitswelt** spielen nur selten eine Rolle. Gewünscht wird diesbezüglich zum einen eine stärkere staatliche Überwachung der Einflüsse der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und zum anderen die Entwicklung von Strategien zum Umgang mit den Folgen einer digitalisierten Arbeitswelt, wie zum Beispiel die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zur sozialverträglichen Gestaltung von Arbeitsplatzverlusten.

---

*„Jeder sollte in jedem europäischen Land arbeiten dürfen, aber nur, wenn in dem jeweiligen Land das Lohngefüge nicht unterlaufen wird.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Jena am 14.08.2018)*

---

Mit Blick auf die sozialen Rahmenbedingungen kritisieren die Rückmelder\*innen in erster Linie das innereuropäische **Wohlstandsgefälle** – bedingt durch unterschiedliche Arbeitsbedingungen und soziale Sicherungssysteme. Handlungsbedarf formulieren sie dabei insbesondere hinsichtlich einer **Angleichung der sozialen Sicherungssysteme und -standards** (Rente, Sozialversicherung) in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die nicht allein zu einer Homogenisierung der Lebensstandards führen, sondern auch die (Arbeitnehmer-)Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union erleichtern würde. Konzidiert wird aber auch, dass dies keinesfalls zu einer Absenkung der bisherigen – deutschen – Sicherungsstandards führen darf. Neben einer Angleichung der Sozialstandards werden vielfach auch Handlungsbedarfe mit Blick auf die **Armutsbekämpfung** beziehungsweise **Sicherung der sozialen Teilhabe** benannt. Dabei wird zumeist auf die sozial und finanziell angespannte Situation einzelner Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel von Beschäftigten in sozialen Berufen, Rentnern, Familien und Behinderten verwiesen und sowohl Fragen der gerechten Entlohnung und gesellschaftlichen Anerkennung, als auch sozial-integrative Aspekte betont.

---

*„Für ein soziales Europa: gemeinsame statt zersplitterte Absicherung gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Krankheit.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Bad Homburg am 05.10.2018)*

---

### 3.1.3. Außen- & Sicherheitspolitik

Aspekte der Außen- & Sicherheitspolitik stellten in so gut wie allen Dialogveranstaltungen (92 Prozent) ein Diskussionsthema dar und finden in mehr als vier von zehn Rückmeldebögen Erwähnung (44 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in fast jeder zweiten Veranstaltung (47 Prozent) positive Aspekte in diesem Bereich benannt – in etwa jedem fünften Dialog (20 Prozent) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegen ebenfalls die positiven Einschätzungen gegenüber geäußerten Veränderungsbedarfen in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten (positiv: in 32 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 15 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Bezug auf Fragen der Außen- & Sicherheitspolitik zeigt sich ein deutliches Bild: laut protokollarischer Dokumentation wünschten sich die Teilnehmer\*innen in mehr als vier von zehn Veranstaltungen jeweils mehr gesamteuropäische Initiative in diesem Bereich (mehr Europa: in 45 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 3 Prozent der Dialoge) – so viel wie in keinem anderen Politikfeld.

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt, dass Themen aus dem Bereich der Außen- & Sicherheitspolitik mit steigendem Alter der Rückmelder\*innen sichtbar häufiger angesprochen werden. Sie verweisen zudem überdurchschnittlich häufig sowohl auf positive Aspekte in diesem Bereich, als auch auf Veränderungsbedarfe in diesem Politikfeld. Eine denkbare Erklärung hierfür kann in dem – nachfolgend näher erläuterten – hohen Stellenwert des Friedens-Aspekts Europas im außen- & sicherheitspolitischen Kontext gesehen werden, der mutmaßlich in den Kriegs- und Nachkriegsgenerationen eine besonders starke Würdigung erfährt.

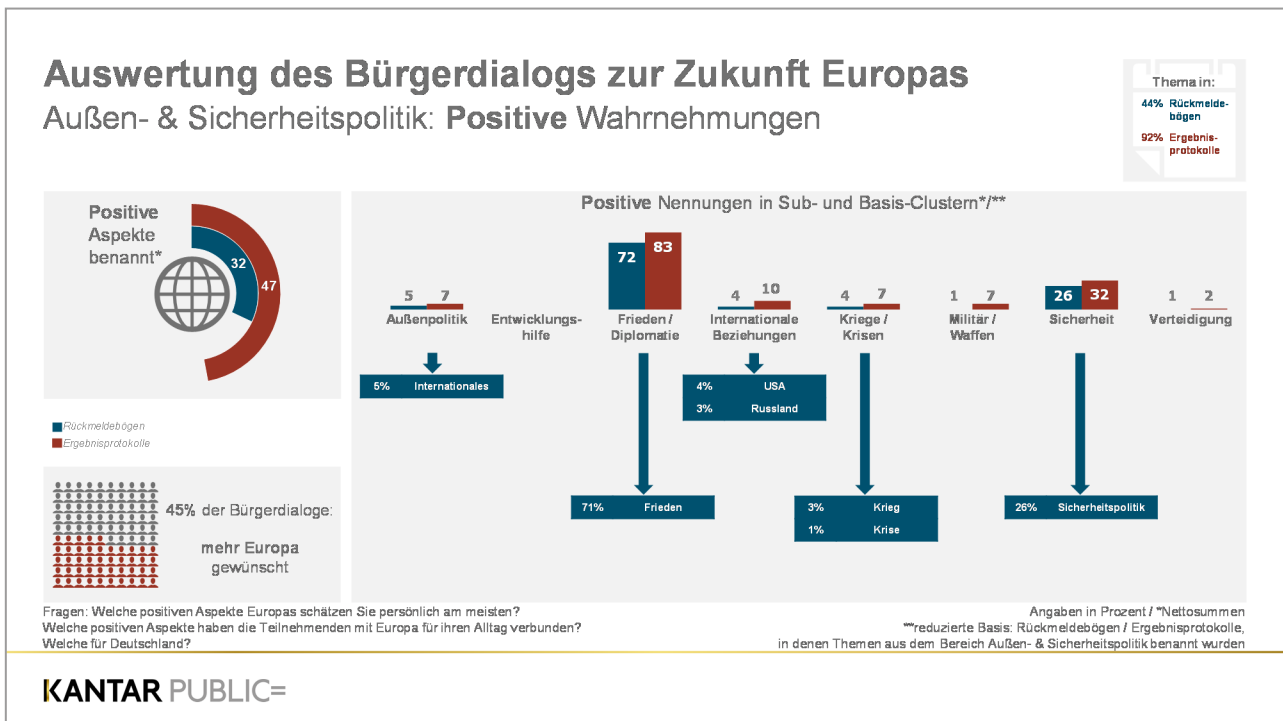


Abb. 15: Positive Wahrnehmungen im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik

Die positiven Aspekte im Bereich Außen- & Sicherheitspolitik, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vornehmlich Aspekte von Frieden und

Sicherheit sowie die Gestaltung internationaler Beziehungen. Überlegungen zu den Sub-Themen Kriege & Krisen, Militär, Verteidigung und Außenpolitik allgemein spielten – in positiv konnotiertem Sinn – lediglich eine untergeordnete Rolle. In den Rückmeldungen zeigt sich – mit dem deutlichen Fokus auf Friedens- und Sicherheitsaspekten – eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Frieden: 72 Prozent / Sicherheit: 26 Prozent / Außenpolitik: 5 Prozent / Internationale Beziehungen: 4 Prozent / Kriege, Krisen: 4 Prozent / Verteidigung: 1 Prozent / Militär: 1 Prozent).

Europa wird in diesem Kontext in erster Linie und von einer überragenden Mehrheit der Rückmel-der\*innen als einzigartiges **Friedensprojekt** geschätzt. Dabei wird vielfach angemerkt, dass sowohl der gemeinsame Wirtschafts- und Währungsraum, als auch die Möglichkeiten des kulturellen Aus-tauschs und Dialogs die Basis für die Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den Einzelstaaten bilden. Vereinzelt wird jedoch auch auf die Fragilität dieses Zustands verwiesen.

*„Ich bin froh, dass ehemalige Feinde nach dem II. Weltkrieg sehr schnell ein Zusammenwirken entwickelt haben, das uns jetzt 70 Jahre währenden Frieden beschert. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen den Staaten der EU ist ausgeschlossen.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Schlüchtern am 08.08.2018)*

Neben diesem – alles überstrahlenden – Friedensaspekt, wird in ebenfalls nennenswertem Umfang anerkannt, dass die Europäische Union auch in außen- & sicherheitspolitischen Angelegenheiten **global ein deutlich höheres Gewicht** besitzt, als die einzelnen Mitgliedsstaaten für sich allein.

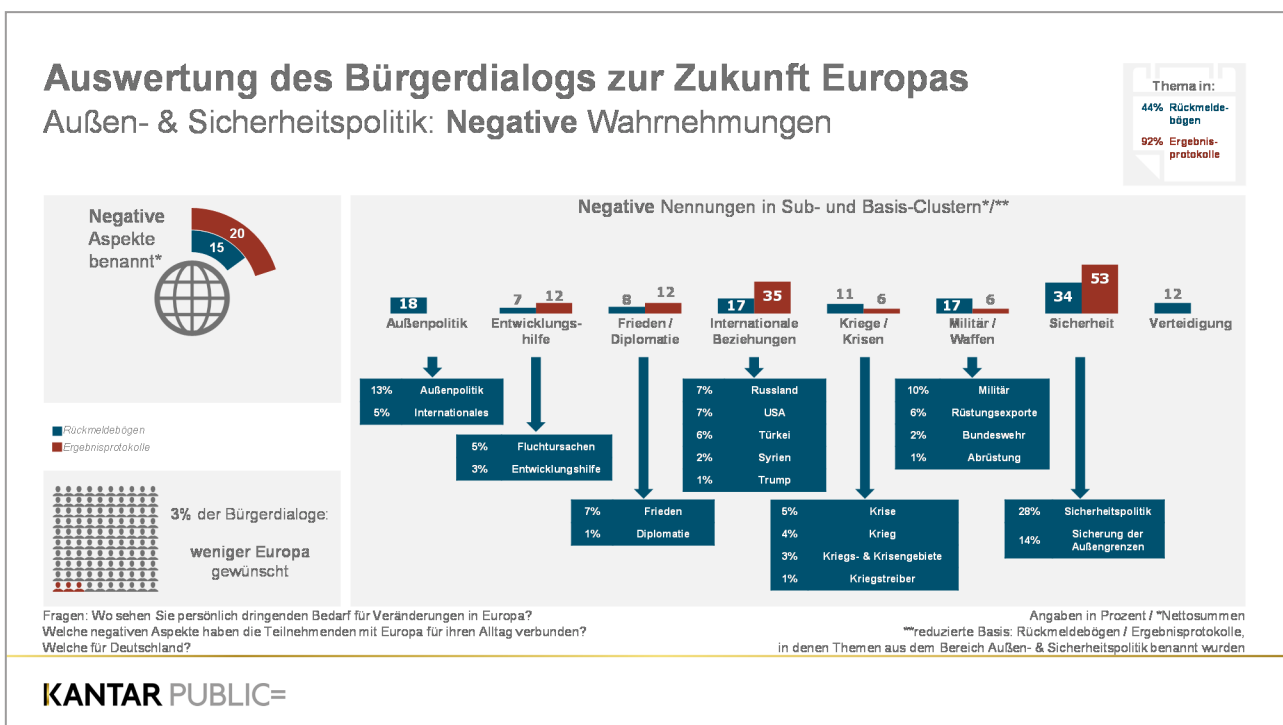


Abb. 16: Negative Wahrnehmungen im Bereich Außen- & Sicherheitspolitik

Die negativen Aspekte im Bereich Außen- & Sicherheitspolitik, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vornehmlich Sicherheitsaspekte und Überlegungen zur Rolle Europas im Kontext internationaler Beziehungen. In den Rückmeldungen



zeigt sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung, allerdings werden in diesem Rahmen auch Fragen aus den Sub-Themen der Außenpolitik allgemein sowie dem Militär- und Verteidigungsbereich in nennenswertem Umfang angesprochen. (Sicherheit: 34 Prozent / Außenpolitik: 18 Prozent / Internationale Beziehungen: 17 Prozent / Militär: 17 Prozent / Verteidigung: 12 Prozent / Kriege, Krisen: 11 Prozent / Frieden, Diplomatie: 8 Prozent / Entwicklungshilfe: 7 Prozent).

Aus ihrer omnipräsenten Wahrnehmung Europas als einzigartiges Friedensprojekt leiten die Rückmelder\*innen auch einen deutlichen **Wunsch nach einer verstärkten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union** ab. Einen besonderen Handlungsbedarf bemerken sie diesbezüglich sowohl mit Blick auf den **Umgang mit innereuropäischen Streitigkeiten** und Abschottungstendenzen wie zum Beispiel dem Brexit, als auch hinsichtlich des **Auftretens der Europäischen Union gegenüber Großmächten** wie den USA, Russland oder auch China. Mit Blick auf die Beziehungen zu Russland sprechen die Rückmelder\*innen zumeist von der Notwendigkeit von mehr Dialogen und Diplomatie – hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA von dem Wunsch nach einem freundlichen, aber emanzipierten und souveränen Auftreten der Europäischen Union.

---

*„Frieden mit Russland. Wir brauchen keinen dritten Weltkrieg. Verbal abrüsten bringt deutlich mehr als konfrontative Aggressionspolitik.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)*

---

Der deutliche Wunsch der Teilnehmer\*innen nach einer verstärkten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa scheint gleichsam auch durch die Anerkennung von Migrationsbewegungen als gesamteuropäische Herausforderung geprägt. So wird in den Rückmeldungen häufig bemerkt, dass gemeinsame Anstrengungen sowohl zur **Sicherung der EU-Außengrenzen**, als auch zum **Schutz vor Kriminalität und Terrorismus** nötig sind. In diesem Zusammenhang wird zudem mehrfach die **Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee** als denkbare Chance zur Bewältigung dieser Herausforderungen diskutiert.

---

*„Alle Staaten Europas sollten gemeinsam für die Sicherheit eintreten, zum Beispiel durch die Bündelung militärischer Kräfte, wirtschaftlicher Interessen und außenpolitischer Ziele, zum Beispiel in der Flüchtlingsfrage.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Osnabrück am 04.06.2018)*

---

Jenseits der Sicherung des Friedens innerhalb der Europäischen Union appellieren die Rückmelder\*innen auch häufig an den Einfluss und die Verantwortung Europas mit Blick auf den Umgang mit kriegesischen Konflikten außerhalb des Staatenbundes. In diesem Zusammenhang wird ein besonderer Handlungsbedarf im Sinne einer **Beschränkung von Rüstungsexporten** bei gleichzeitiger **Ausweitung der humanitären Unterstützung** für Kriegs- und Krisengebiete adressiert.

---

*„Warum Frieden predigen aber Waffen verkaufen?“*

*(aus dem Bürgerdialog in Gütersloh am 05.10.2018)*

---



### 3.1.4. Bildung

Aspekte aus dem Bereich der Bildung beziehungsweise Bildungspolitik stellten in mehr als acht von zehn Dialogveranstaltungen (84 Prozent) ein Diskussionsthema dar und finden in etwa jedem vierten Rückmeldebogen (25 Prozent) Erwähnung.

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in rund vier von zehn Veranstaltungen (39 Prozent) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt und nur vergleichsweise selten (in 10 Prozent der Dialoge) negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen halten sich die positiven Einschätzungen des Status Quo gegenüber geäußerten Veränderungsbedarfen in bildungspolitischen Angelegenheiten in etwa die Waage (positiv: in 12 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 10 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Bezug auf Fragen der Bildung und Ausbildung zeigt sich ein deutliches Bild: laut protokollarischer Dokumentation wünschten sich die Teilnehmer\*innen in etwa jeder vierten Veranstaltung mehr gesamteuropäische Initiative in diesem Bereich (mehr Europa: in 28 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 2 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt, dass bildungspolitische Themen insbesondere von jüngeren und selbst noch in Ausbildung befindlichen Rückmelder\*innen sowie von Frauen und Bürger\*innen der ostdeutschen Bundesländer angesprochen und überdurchschnittlich häufig sowohl mit positiven Aspekten, als auch Veränderungsbedarfen verknüpft werden. Diese Einschätzungen scheinen mutmaßlich auf ein hohes Maß an persönlicher Betroffenheit dieser Gruppen – als entweder selbst in Ausbildung befindliche Bürger\*innen oder aber deren Eltern – zurückzuführen zu sein.

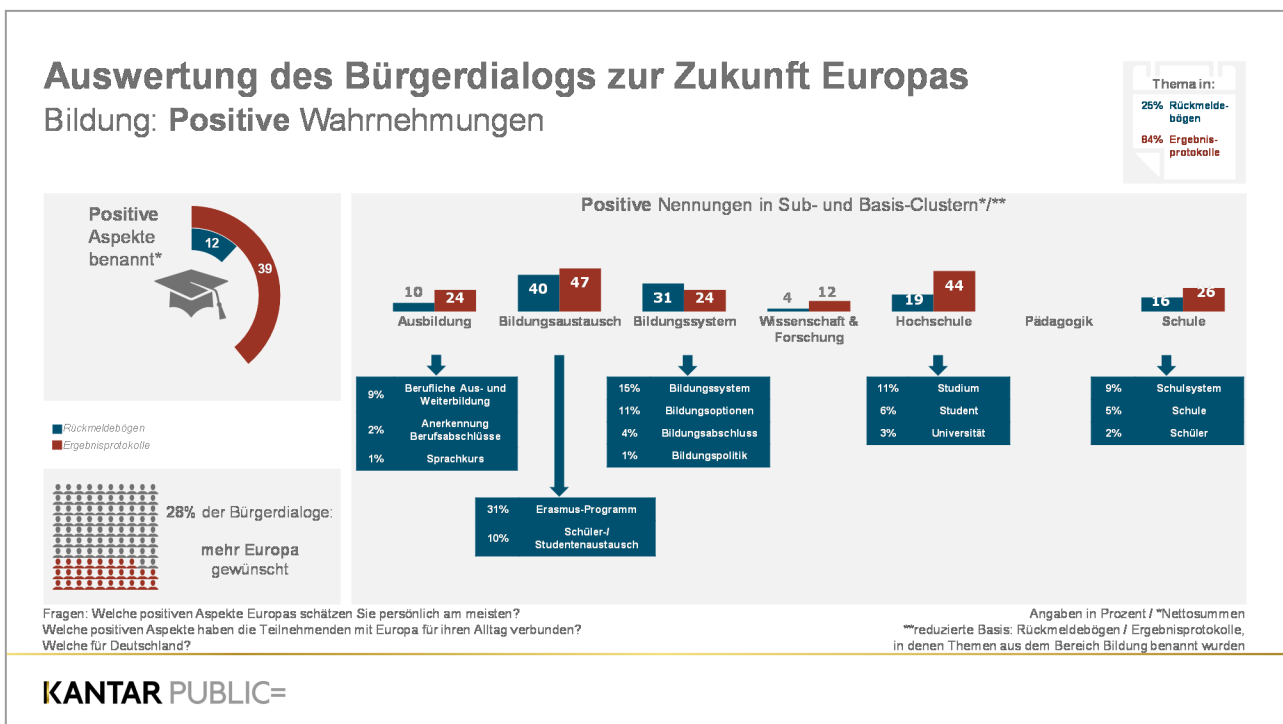


Abb. 17: Positive Wahrnehmungen im Bereich Bildung

Die positiven Aspekte im Bereich Bildung, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vornehmlich Aspekte des Bildungsaustauschs und Wahrnehmungen aus dem Bereich der universitären, beruflichen und schulischen Ausbildung sowie des

Bildungssystems allgemein. Themen aus dem Komplex Wissenschaft und Forschung spielten in diesem Zusammenhang lediglich eine untergeordnete Rolle. In den Rückmeldungen zeigt sich – mit dem deutlichen Fokus auf Fragen des Bildungsaustauschs - eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Bildungsaustausch: 40 Prozent / Bildungssystem: 31 Prozent / Hochschule: 19 Prozent / Schule: 16 Prozent / Ausbildung: 10 Prozent / Wissenschaft, Forschung: 4 Prozent).

Europa wird von den Rückmelder\*innen – insbesondere jenen aus den ostdeutschen Bundesländern – im Bereich Bildung in erster Linie mit Blick auf die Möglichkeiten des Lernens und Studierens im europäischen Ausland durch Förderprogramme der Europäischen Union wie **ERASMUS** (für den universitären Bereich) beziehungsweise **ERASMUS+** (für den Bereich der dualen Ausbildung) geschätzt. Dabei wird vorrangig der Wert dieser Programme für den Spracherwerb, interkulturelle Begegnungen und die Erweiterung des eigenen Horizonts herausgestellt.

„Die Möglichkeiten über Erasmus ein Auslandssemester oder Praktikum zu machen und damit ein einfaches Erlernen der Sprache.“

(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 07.05.2018)

Gleichsam verweisen die Rückmelder\*innen – hier insbesondere jene aus den westdeutschen Bundesländern – häufig auf die Existenz vielfältiger **Bildungschancen und -optionen** im europäischen Kontext. Vereinzelt geschieht dies auch unter Erwähnung eines einfachen und gleichberechtigten Zugangs zu Bildung für alle Bürger\*innen. Zudem wird teilweise auch die europaweite **Anerkennung von Bildungsabschlüssen** – vor allem mit Blick auf die Übertragbarkeit universitärer Abschlüsse – als positiver Aspekt Europas im bildungspolitischen Bereich angesprochen. **Länderübergreifende Forschungsprojekte** (wie zum Beispiel das europäische Satellitennavigationssystem Galileo) und der **europaweite Wissenstransfer** (zum Beispiel über Partnerschaften zwischen Universitäten der Mitgliedsstaaten) finden hingegen nur vereinzelt in den Rückmeldungen Erwähnung.

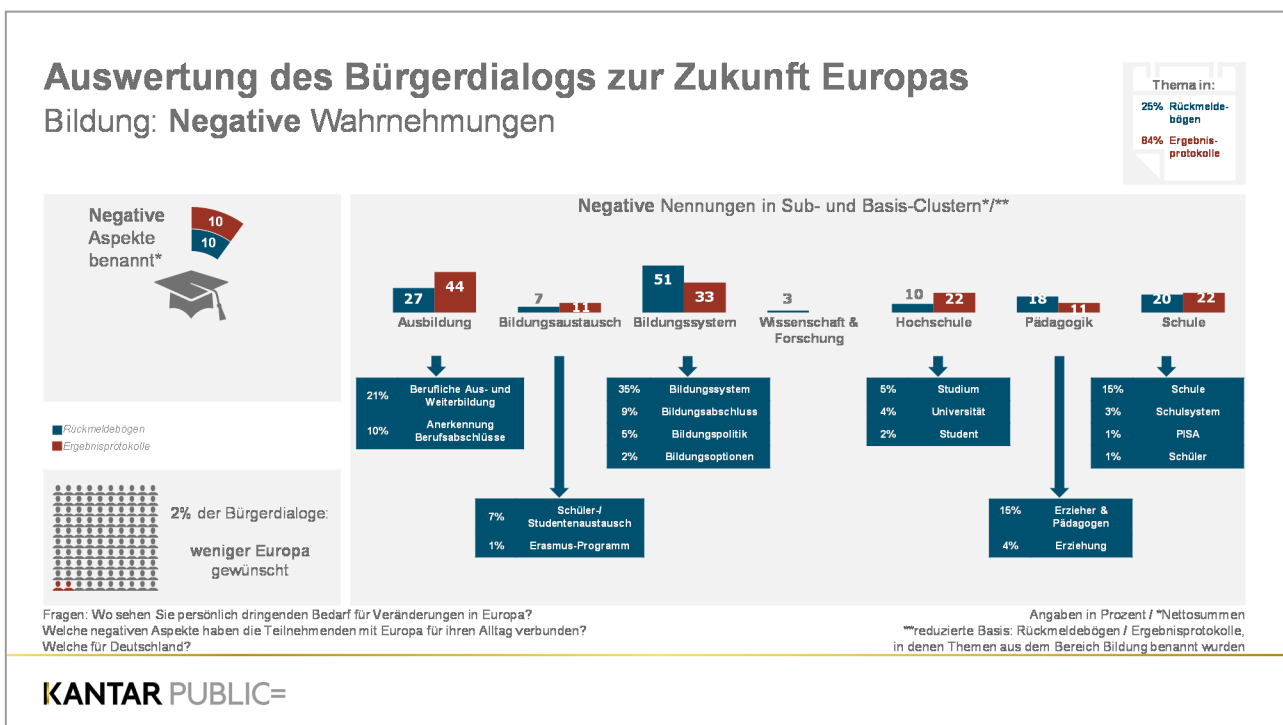


Abb. 18: Negative Wahrnehmungen im Bereich Bildung

Die negativen Aspekte im Bereich Bildung, die in den Dialogen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vielfach Überlegungen zur beruflichen Ausbildung und dem Bildungssystem allgemein sowie – in geringerem Umfang – Aspekte der universitären und schulischen Bildung sowie der Pädagogik und des Bildungsaustauschs. In den Rückmeldungen offenbart sich eine quantitativ prägnantere Differenzierung: Handlungsbedarfe werden hier primär mit Blick auf das Bildungssystem an sich verortet, gefolgt von Bereichen der Berufsausbildung, Schule und Pädagogik (Bildungssystem: 51 Prozent / Ausbildung: 27 Prozent / Schule: 20 Prozent / Pädagogik: 18 Prozent / Hochschule: 10 Prozent / Bildungsaustausch: 7 Prozent / Wissenschaft, Forschung: 3 Prozent).

Die Bedeutung des Bildungsthemas – nicht nur unter jüngeren Teilnehmern – äußert sich in einer Vielzahl an Veränderungsbedarfen. Besonders häufig verweisen die Rückmelder\*innen auf die Notwendigkeit der **Schaffung einheitlicher** Bildungsstandards – sowohl europaweit, als auch innerhalb Deutschlands – im Sinne einer Angleichung und Normierung von Bildungsinhalten und Abschlüssen im schulischen, universitären und Ausbildungsbereich. Dabei wird – ähnlich wie im Kontext der Sozialsysteme – oft auch darauf verwiesen, dass eine solche Vereinheitlichung keinesfalls zu einer Absenkung bisheriger Bildungsstandards führen darf. Für die hohe Qualität der schulischen, beruflichen und universitären Ausbildung in Deutschland gilt den Rückmelder\*innen in diesem Zusammenhang unter anderem der internationale Ruf des deutschen Meisterbriefs als beispielgebend.

---

*„Müsste man nicht die Bildungssysteme harmonisieren?  
Also nicht nur in Europa, sondern auch in Deutschland?“  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 03.07.2018)*

---

Ebenfalls häufig adressieren die Rückmelder\*innen Handlungsbedarf mit Blick auf einen leichten und für alle Bürgerinnen und Bürger **finanzierbaren Zugang zu Bildung**. Dabei werden Fördernotwendigkeiten sowohl im Bereich der Studienfinanzierung, als auch der Finanzierung von Auslandsaufenthalten für Schüler, Auszubildende und Studenten aus finanzschwachen beziehungsweise bildungsfernen Familien benannt.

---

*„Abschaffung der Studiengebühren in EU-Mitgliedsstaaten  
für EU-Ausländer.“  
(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)*

---

Mit Blick auf den Komplex der Erziehung und Pädagogik äußern die Rückmelder\*innen vielfach den Bedarf nach einer **stärkeren Wertschätzung von Erziehern und Pädagogen**, die gerade im frühkindlichen Bereich den Grundstein für die Entwicklung gebildeter und mündiger Bürger\*innen legen. In diesem Kontext wird vermehrt auch der Wunsch nach einer **Ausweitung der politischen Bildung** im schulischen Bereich – nicht zuletzt zur Vermittlung des europäischen Gedankens – geäußert. Ohne direkten Europabezug verweisen die Rückmelder\*innen zudem oft darauf, dass allein in Deutschland schon deutlich stärkere **Investitionen in den Bildungssektor** – insbesondere die personelle und materielle Ausstattung der Schulen – erforderlich sind.

---

*„Man sollte mehr Geld für Schulen (in deren Ausstattung) und auch allgemein mehr Geld in Bildung investieren.“  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 04.05.2018)*

---

### 3.1.5. Digitalisierung

Aspekte aus dem Bereich Digitalisierung wurden in rund einem Drittel der Dialogveranstaltungen (36 Prozent) angesprochen – finden in den Rückmeldebögen jedoch nur sehr vereinzelt Erwähnung (in 4 Prozent der Rückmeldungen).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in etwa jeder zehnten Veranstaltung (11 Prozent) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt – vereinzelt (in 3 Prozent der Dialoge) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den vereinzelt Rückmeldungen, die das Thema Digitalisierung berühren, halten sich positive Einschätzungen und geäußerte Handlungsbedarfe in etwa die Waage (positiv: in 2 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 2 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Bezug auf Fragen der Digitalisierung dominiert unter den Teilnehmer\*innen – wenngleich auf niedrigem Niveau – der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative (mehr Europa: in 7 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 1 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt eine leichte Tendenz dazu, dass Fragen der Digitalisierung verstärkt von jüngeren und noch in Ausbildung befindlichen Rückmelder\*innen thematisiert werden. Aufgrund der insgesamt aber vergleichsweise geringen Anzahl an Nennungen zu diesem Thema ist eine detailliertere Betrachtung der Ansichten einzelner Bevölkerungsgruppen hierzu jedoch nicht möglich.

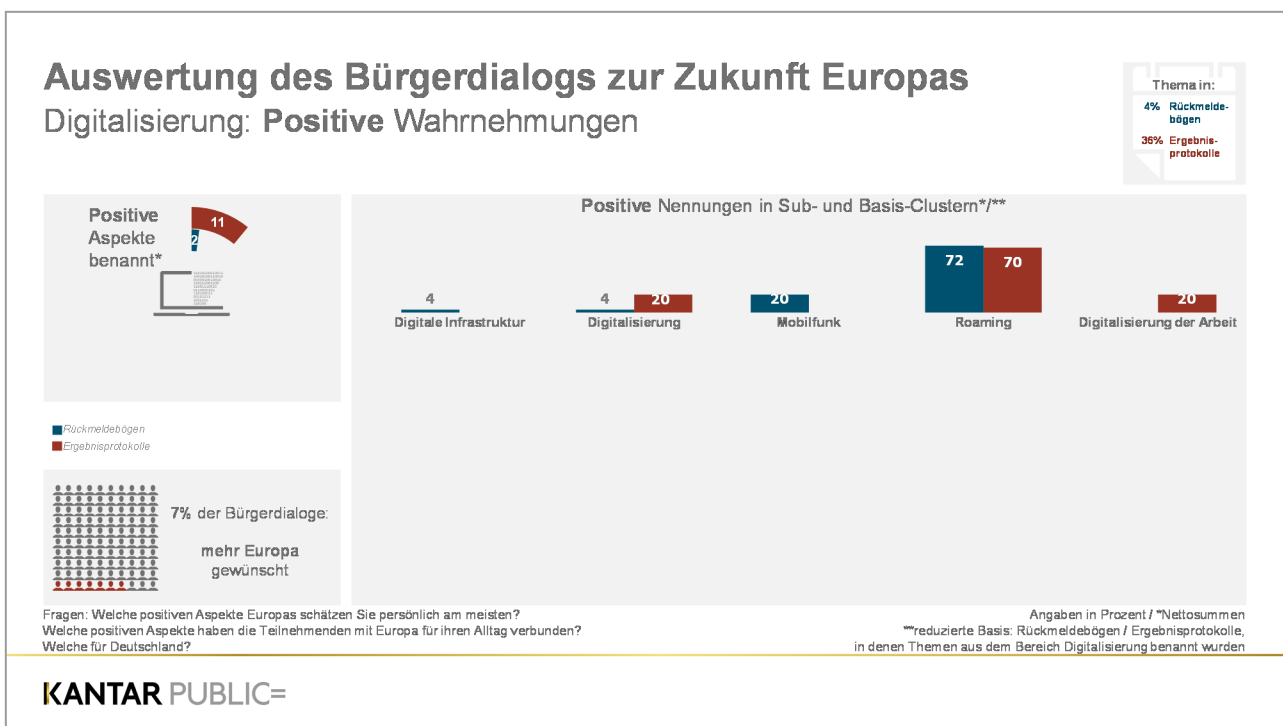


Abb. 19: Positive Wahrnehmungen im Bereich Digitalisierung

Die positiven Aspekte im Bereich Digitalisierung, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vornehmlich Aspekte des Roamings sowie der Digitalisierung der Arbeit und der Digitalisierung allgemein. In den Rückmeldungen zeigt sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung, allerdings werden hier Fragen der Digitalisierung der Arbeit nicht

angesprochen – die Bereiche Mobilfunk und Digitale Infrastruktur hingegen explizit thematisiert (Roaming: 72 Prozent / Mobilfunk: 20 Prozent / Digitalisierung: 4 Prozent / Digitale Infrastruktur: 4 Prozent).

Mit Blick auf konkrete Aspekte der Digitalisierung schätzen die Rückmelder\*innen in erster Linie den bereits erfolgten **Wegfall der Roaming-Gebühren** innerhalb Europas als positive Entwicklung.

„Gut ist die Abschaffung der Roaming Gebühren.“  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)

In einzelnen Dialogveranstaltungen honorierten die Teilnehmer auch ein europaweit wahrgenommenes **Monitoring der Digitalisierung des Arbeitsmarkts** – dieser Aspekt wurde jedoch im Rahmen der Rückmeldungen nicht explizit aufgegriffen.

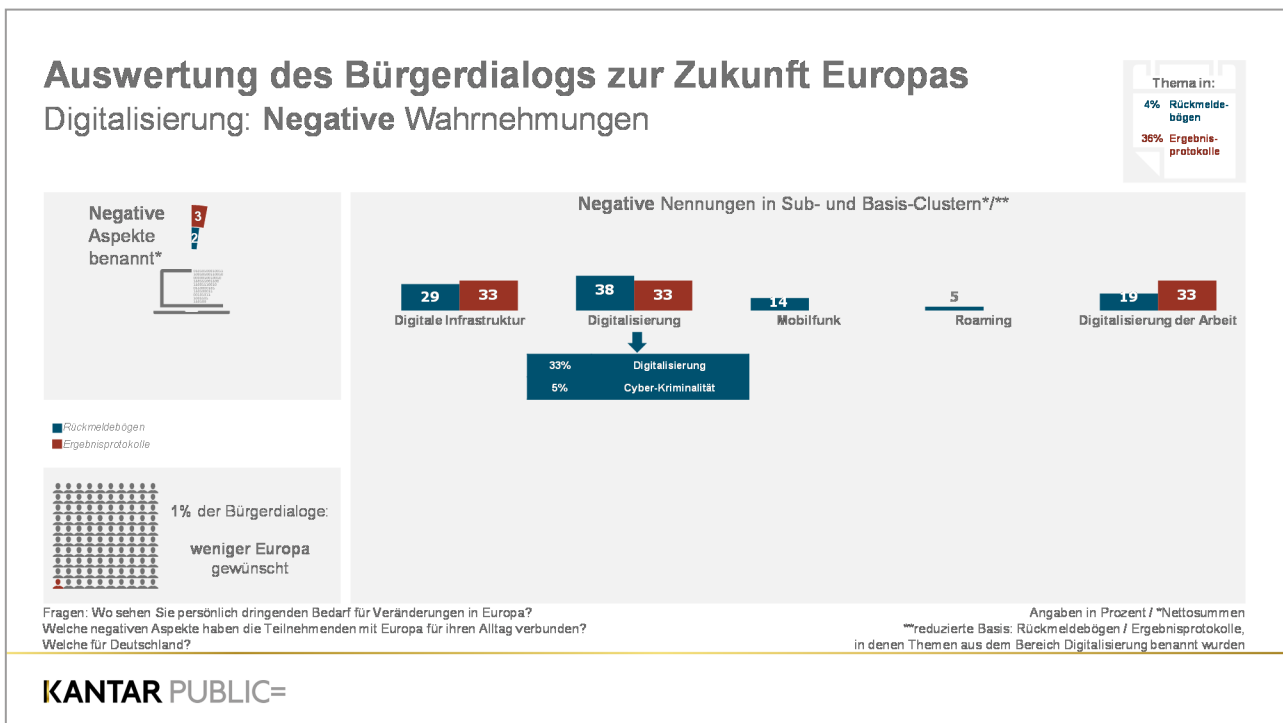


Abb. 20: Negative Wahrnehmungen im Bereich Digitalisierung

Die negativen Aspekte im Bereich Digitalisierung, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle zu gleichen Teilen Aspekte der Digitalisierung allgemein sowie der digitalen Infrastruktur und der Digitalisierung der Arbeit im Konkreten. In den Rückmeldungen zeigt sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung, allerdings werden hier auch die Bereiche Mobilfunk und Roaming explizit angesprochen (Digitalisierung: 38 Prozent / Digitale Infrastruktur: 29 Prozent / Digitalisierung der Arbeit: 19 Prozent / Mobilfunk: 14 Prozent / Roaming: 5 Prozent).

Unter den adressierten Handlungsbedarfen der Rückmelder\*innen dominiert mit Abstand die Forderung nach einem **Ausbau der digitalen Infrastruktur** – insbesondere mit Blick auf eine flächendeckende Internet-Anbindung. Mehrfach wird zudem darauf verwiesen, dass eine europaweite **Vereinheitlichung der Mobilfunknetze und auch –gebühren** wünschenswert wäre.

---

*„Flächendeckender Ausbau des Internets zu Glasfaser-Leitungen,  
bis direkt ins Haus.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Kaarst am 04.09.2018)*

---

Vereinzelt wurden in den Dialogveranstaltungen auch Bedarfe mit Blick auf die **Digitalisierung der Arbeitswelt** thematisiert. Während diese in den Ergebnisprotokollen überwiegend in Form von Schlagworten („Digitales“, „Digitaler Wandel“, „Digitale Arbeitswelt“, „Entwicklung der künstlichen Intelligenz“) Erwähnung finden, wird von den Rückmelder\*innen teils expliziter Handlungsbedarf für die Europäische Union in diesem Bereich adressiert.

---

*„Der Blick auf das Wesentliche fehlt, zum Beispiel Digitalisierung in der EU  
und Veränderung der Arbeitswelt.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)*

---

Ergänzt wird diese vielfältige Sicht auf das Thema Digitalisierung durch Einzelnennungen, die zum einen Bedarf nach verstärkter europäischer Zusammenarbeit im Bereich der **Abwehr von Cyber-Kriminalität** anmahnen und zum anderen auf die positiven Nutzungsmöglichkeiten moderner Technik im Rahmen demokratischer Prozesse verweisen, zum Beispiel durch **Bürgerbeteiligungsformate im Internet**.

### 3.1.6. Finanzen & Währung

Währungs- und finanzpolitische Angelegenheiten stellten in rund drei Viertel der Dialogveranstaltungen (74 Prozent) ein Diskussionsthema dar und finden in rund drei von zehn Rückmeldebögen (30 Prozent) Erwähnung.

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in fast vier von zehn Veranstaltungen (38 Prozent) positive Aspekte in diesem Bereich benannt – in jedem fünften Dialog (21 Prozent) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Analog dazu überwiegen unter den Ruckmelder\*innen die positiven Einschätzungen des Status Quo in Europa spürbar gegenüber Bedarfen nach Veränderungen in Fragen der Finanz- und Währungspolitik (positiv: in 22 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 9 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in fiskalischen Belangen wird der Wunsch nach einer verstärkten gesamteuropäischen Integration ebenfalls deutlich häufiger adressiert, als nach einem Mehr an Zurückhaltung der Gemeinschaft (mehr Europa: in 21 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 1 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt, dass Themen aus dem Bereich Finanzen & Währung – sowohl mit positiver, als auch negativer Konnotation – insbesondere von Ruckmelder\*innen aus der berufsaktiven Altersgruppe zwischen 35 und 64 Jahren und jenen mit formal niedrigem beziehungsweise mittlerem Bildungsabschluss angesprochen werden. Angesichts der Tatsache, dass diese Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße mit Themen der Finanzplanung befasst beziehungsweise teilweise finanziell unter Druck stehend sind, erscheint dieser Befund plausibel.

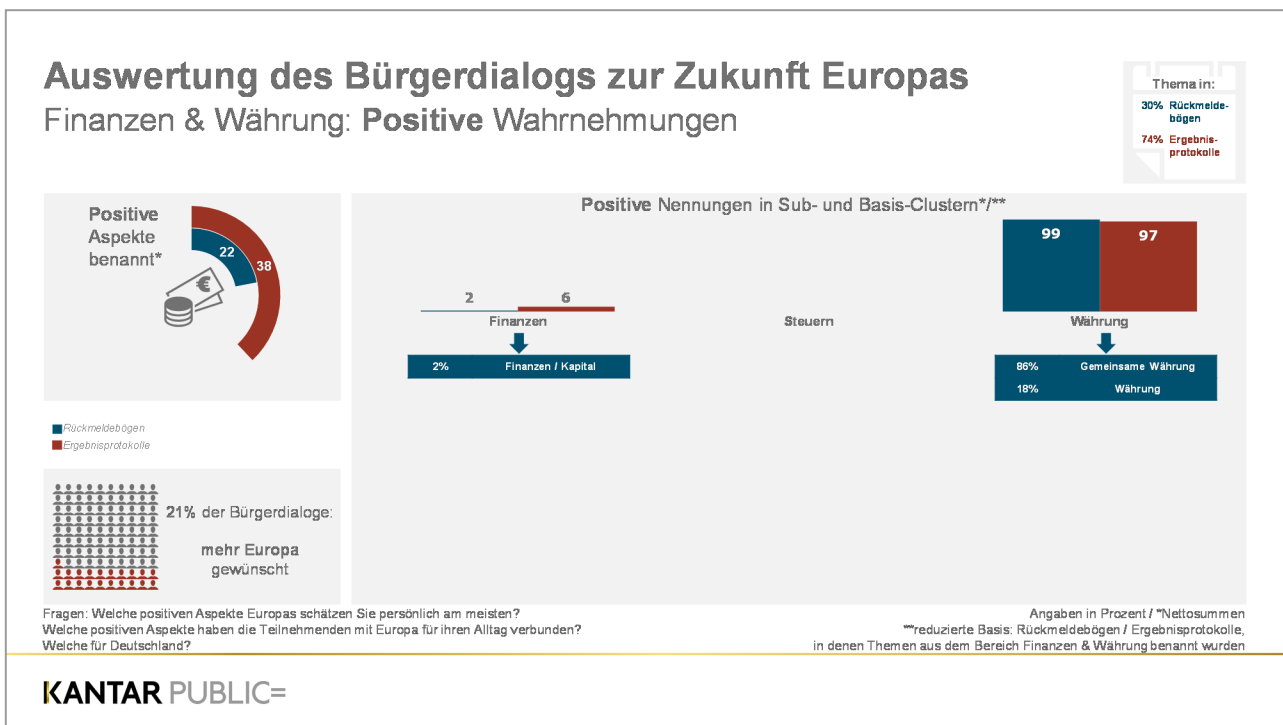


Abb. 21: Positive Wahrnehmungen im Bereich Finanzen & Währung

Die positiven Aspekte im Bereich Finanzen & Währung, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vornehmlich Fragen der (gemeinsamen) Währung beziehungsweise europäischen Währungspolitik und auch in den Rückmeldungen zeigt sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Währung: 99 Prozent / Finanzen: 2 Prozent).



Mit Blick auf den Bereich der Währung werden von den Ruckmelder\*innen in erster Linie und fast ausschließlich die Einführung des **EURO als gemeinsamer Währung** honoriert. Die vereinzelt positiven Nennungen im Bereich Finanzen thematisieren vorrangig die europaweite Vereinheitlichung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs durch Einführung des **SEPA-Verfahrens (IBAN)**, seltener auch die Existenz der **EZB als unabhängiger Zentralbank**.

„Die meisten Länder verwenden natürlich den Euro,  
das heißt es ist kein Wechseln von Währung nötig.“  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 15.05.2018)

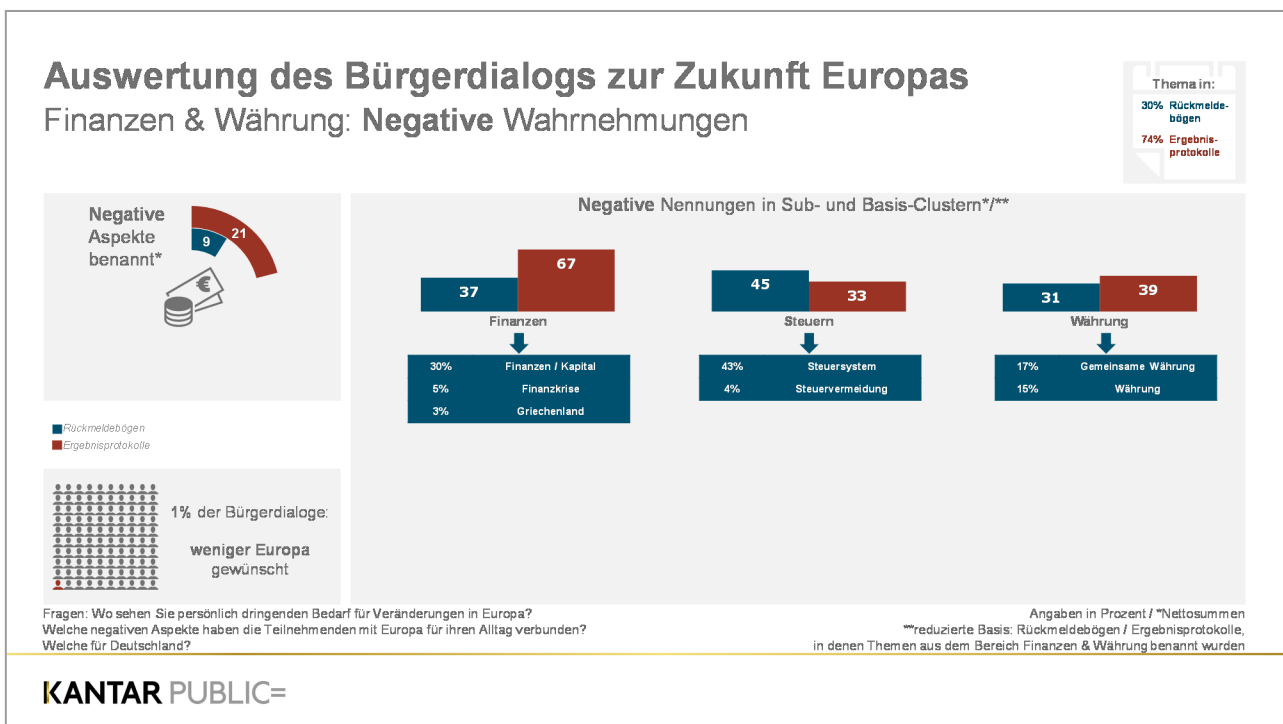


Abb. 22: Negative Wahrnehmungen im Bereich Finanzen & Währung

Die negativen Aspekte im Bereich Finanzen & Währung, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vornehmlich Fragen der Finanzpolitik der Europäischen Union, gefolgt von Aspekten der (gemeinsamen) Währung und steuerpolitischen Überlegungen. In den Rückmeldungen offenbart sich eine abweichende Schwerpunktsetzung: Veränderungsbedarfe werden hier primär im Bereich der Steuerpolitik gesehen, gefolgt von finanz- und währungspolitischen Aspekten (Steuern: 45 Prozent / Finanzen: 37 Prozent / Währung: 31 Prozent).

Mit Blick auf den besonders häufig – und insbesondere von Männern – thematisierten Bereich der Steuern wird in den Rückmeldungen dringenden Handlungsbedarf mit Blick auf die **Schaffung eines europaweit einheitlichen Steuersystems** adressiert. Dies gilt den Ruckmelder\*innen nicht allein als Mittel, um über gleiche Bemessungsgrundlagen der Steuerflucht von Unternehmen entgegen zu wirken, sondern auch als Voraussetzung für die geforderte Angleichung der Sozialstandards. Zudem verbindet sich mit dem Wunsch nach einer Vereinheitlichung auch die Hoffnung von Steuersenkungen für die Burger\*innen und einer Angleichung der Entwicklungsvoraussetzungen in den Mitgliedsstaaten. Zudem wird mehrfach die Erwartung einer europaweit stringenteren Regulierung der Finanzmärkte – zum Beispiel mittels der Finanztransaktionssteuer – adressiert. In Einzelnennungen



wird aber auch die unsachgemäße Verwendung von Steuergeldern auf europäischer Ebene angesprochen und entsprechender Handlungsbedarf abgeleitet.

---

*„Einheitliches Finanz- und Besteuerungssystem (zum Beispiel europäischer Finanzminister) um Steuervermeidung von Unternehmen und sehr wohlhabenden Menschen zu verhindern.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 25.08.2018)*

---

Im Bereich der Währungspolitik verweisen die Rückmelder\*innen vereinzelt retrospektiv auf **Ver-säumnisse bei der EURO-Einführung**, unter anderem die Inklusion von Staaten mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft sowie persönliche Wertverluste bei der Währungsumstellung. Häufiger jedoch kritisieren sie die derzeitige **Nullzinspolitik der EZB** und adressieren diesbezügliche Verlustängste.

---

*„Die Null-Zins-Politik ist eine Enteignung des deutschen Volkes.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Eberswalde am 10.07.2018)*

---

Die negativen Nennungen aus dem Bereich der Finanzpolitik beziehen sich zumeist auf wahrgenommene **Mängel im Umgang mit der europäischen Finanz- und Bankenkrise**. Aus der Kritik an einem Krisenmanagement, welches – aus Sicht der Rückmelder\*innen – eher den Banken, denn den Menschen geholfen hat, wird dabei vermehrt ein Handlungsbedarf im Sinne eines solidarischen Umgangs mit den Krisenländern abgeleitet.

---

*„Mehr Rücksicht auf schwache Staaten, wie Griechenland.  
Die sind ökonomisch und technisch weniger entwickelt.*

*Keine Zinsen für Staatskredite erheben.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 25.08.2018)*

---

### 3.1.7. Gesundheit & Pflege

Aspekte aus dem Bereich Gesundheit & Pflege wurden im Rahmen des Bürgerdialogs nur vereinzelt (in 15 Prozent der Veranstaltungen) thematisiert und finden in lediglich 5 Prozent der Rückmeldebögen Erwähnung.

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in den Veranstaltungen in ähnlichem Umfang positive und negative Aspekte Europas in diesem Bereich (positiv: in 3 Prozent der Dialoge / negativ: in 2 Prozent der Dialoge) genannt. Und auch in den Rückmeldebögen ist diesbezüglich gleichsam von Vorzügen Europas und von Handlungsbedarfen die Rede (positiv: in 2 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 3 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Bezug auf Fragen der Gesundheits- und Pflegepolitik dominiert – wenngleich auf äußerst niedrigem Niveau – der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative (mehr Europa: in 5 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 0 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt eine leichte Tendenz dazu, dass Fragen der Gesundheit & Pflege verstärkt von noch in Ausbildung befindlichen Rückmelder\*innen, jenen mit formal niedrigem beziehungsweise mittlerem Bildungsabschluss sowie von Bürger\*innen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, thematisiert werden. Aufgrund der insgesamt aber vergleichsweise geringen Anzahl an Nennungen zu diesem Thema ist eine detailliertere Betrachtung der Ansichten einzelner Bevölkerungsgruppen hierzu jedoch nicht möglich.

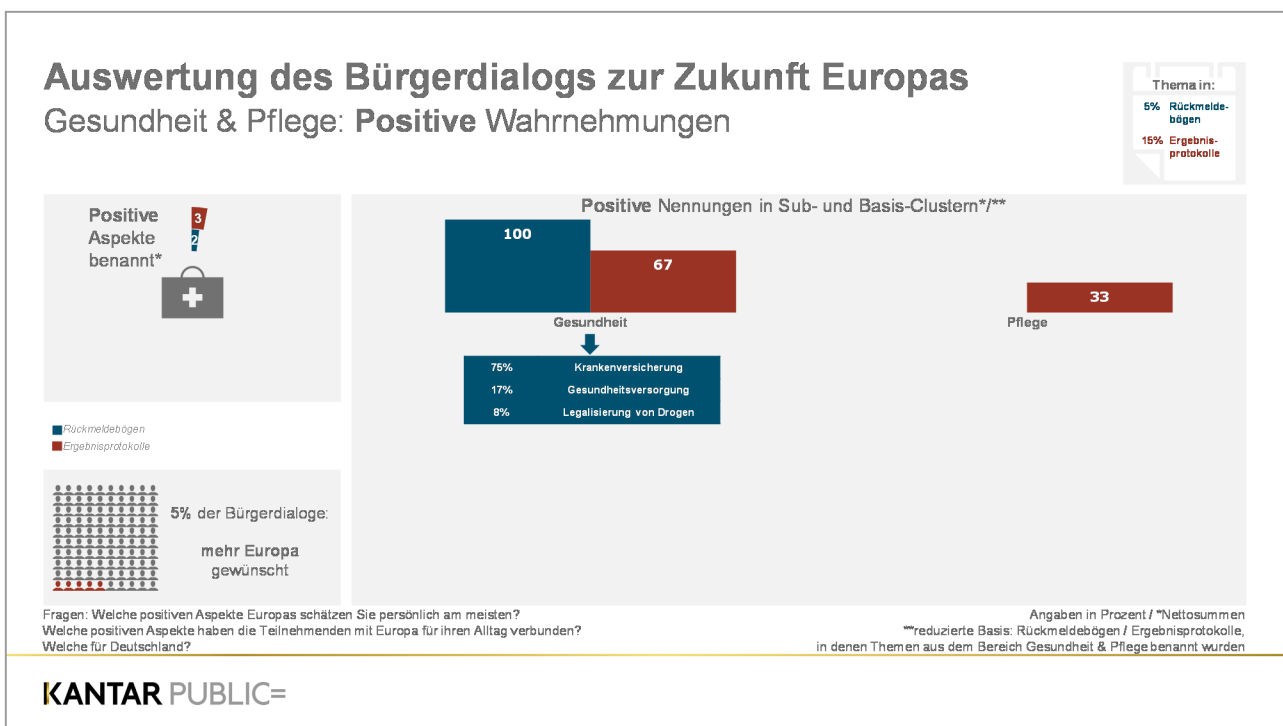


Abb. 23: Positive Wahrnehmungen im Bereich Gesundheit & Pflege

Die positiven Aspekte im Bereich Gesundheit & Pflege, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle überwiegend gesundheitspolitische Überlegungen – in geringerem Umfang jedoch auch Fragen der Pflegepolitik. In den Rückmeldungen hingegen finden ausschließlich Aspekte des Gesundheitssystems Erwähnung (Gesundheit: 100 Prozent).

Mit Blick auf die konkreten Aspekte im Gesundheitsbereich, die von den Rückmelder\*innen geschätzt werden, wird meist nur allgemein – und mutmaßlich vor dem Hintergrund des deutschen Gesundheitssystems – auf die **Existenz einer sicheren und geregelten Krankenversicherung** Bezug genommen.

„Die Krankenversicherung - das System, was wir hier in Deutschland genießen, würde ich mir für ganz Europa wünschen.“  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 04.05.2018)

Lediglich in Einzelnennungen finden europäische **Gesundheits- und Hygienestandards, die Einführung der europäischen Krankenkassenkarte** sowie der **legale Vertrieb weicher Drogen** in den Niederlanden – der vereinzelt auch als denkbare gesamteuropäische Maßnahme diskutiert wird – als positive Aspekte Erwähnung.

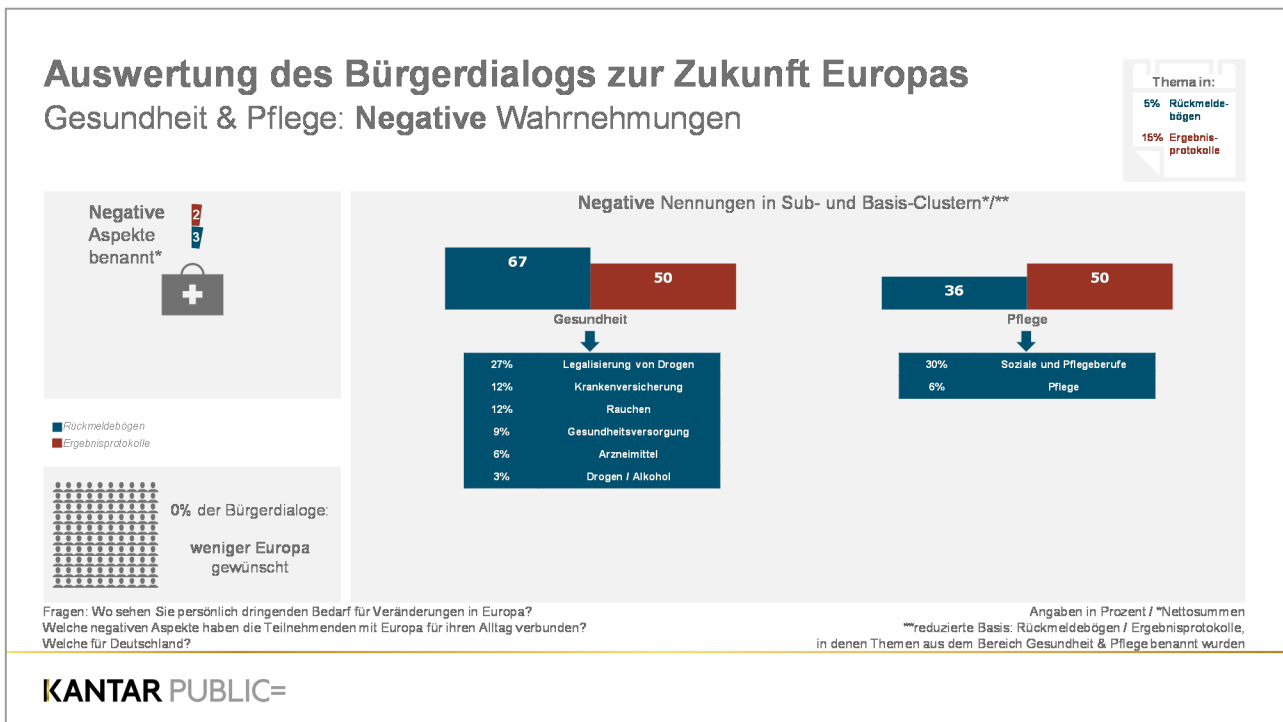


Abb. 24: Negative Wahrnehmungen im Bereich Gesundheit & Pflege

Die negativen Aspekte im Bereich Gesundheit & Pflege, die in den Dialogveranstaltungen benannt wurden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle in vergleichbarem Umfang Aspekte der Gesundheits- und der Pflegepolitik. In den Rückmeldungen hingegen dominieren negative Nennungen zum Bereich der Gesundheit spürbar gegenüber adressierten Handlungsbedarfen im Pflegesektor (Gesundheit: 67 Prozent / Pflege: 36 Prozent).

Mit Blick auf Europa sehen die Rückmelder\*innen im Bereich Gesundheit und Pflege vornehmlich Handlungsbedarf im Sinne einer **Harmonisierung der Gesundheitssysteme**. Dabei spielen insbesondere Fragen der Standardisierung von Leistungen sowie der Vereinheitlichung von Versicherungsbeiträgen eine Rolle – nicht zuletzt, um den Wechsel der Lebens- und Arbeitsorte zu erleichtern. Vereinzelt wird in diesem Zusammenhang auch ein verstärkter gesamteuropäischer Einsatz zur Bekämpfung des Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsums – gerade unter Jugendlichen – gefordert.

---

*„Die Krankenversicherungen gerechter machen: Die Leistungen können nicht in jedem EU-Staat gleich sein, aber die Systeme sollten vereinheitlicht werden.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Trier am 22.08.2018)*

---

Vereinzelt – und zeitlich parallel zur medialen Berichterstattung über die jüngsten Pharma-Skandale – wird zudem die Forderung nach **Schaffung gesamteuropäischer Normen** mit Blick auf Herstellung und Vertrieb von Arzneimitteln geäußert.

---

*„Regelung von Richtlinien zur Herstellung von Arzneimitteln und Information der Ärzte, Pflegeheime, Apotheken bei Vorfällen in Bezug auf Arzneimittelverordnungen (zum Beispiel Valsartan-Skandal)“*

*(aus dem Bürgerdialog in Jena am 14.08.2018)*

---

Grundsätzlich wurden die Diskussionen rund um das Thema Gesundheit & Pflege jedoch vielfach von **Aspekten ohne direkten Europa-Bezug** dominiert, was als Ausdruck für die Bedeutung des Themas in der Bevölkerung gesehen werden kann. In den entsprechenden Rückmeldungen werden dabei insbesondere eine notwendige Aufwertung der Pflegeberufe und mehr Investitionen in den Pflegesektor gefordert. Adressiert werden aber auch eine Reform des deutschen Krankenversicherungssystems im Sinne eines Endes der Zwei-Klassen-Medizin sowie eine Begrenzung des Sparzwangs im Gesundheitswesen.

---

*„Es muss bei bestimmten Berufen sehr viel mehr Gehalt geben zum Beispiel in den Pflegeberufen wie der Krankenschwester.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 04.05.2018)*

---

### 3.1.8. Infrastruktur & Mobilität

Aspekte aus dem Bereich Infrastruktur & Mobilität wurden in rund einem Drittel der Dialogveranstaltungen (33 Prozent) angesprochen – finden in den Rückmeldebögen jedoch nur sehr vereinzelt Erwähnung (in 6 Prozent der Rückmeldungen).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in etwa jeder zwanzigsten Veranstaltung (6 Prozent) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt – sehr vereinzelt (in 2 Prozent der Dialoge) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den vereinzelt Rückmeldungen, die Themen aus dem Bereich Infrastruktur & Mobilität berühren, halten sich positive Einschätzungen und geäußerte Handlungsbedarfe in etwa die Waage (positiv: in 3 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 2 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Bezug auf Aspekte der Infrastruktur & Mobilität dominiert unter den Teilnehmer\*innen – wenngleich auf äußerst niedrigem Niveau – der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative (mehr Europa: in 9 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 2 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung der einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt eine leichte Tendenz dazu, dass Fragen der Infrastruktur & Mobilität verstärkt von jüngeren beziehungsweise noch in Ausbildung befindlichen Rückmelder\*innen thematisiert werden. Ursächlich hierfür könnte – ähnlich wie in Bezug auf Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes – eine besondere Affinität dieser Gruppen zu Nachhaltigkeitsfragen sein. Zudem werden positive Aspekte Europas in diesem Bereich überdurchschnittlich stark von Rückmelder\*innen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, betont. Aufgrund der insgesamt aber vergleichsweise geringen Anzahl an Nennungen zu diesem Thema ist eine detailliertere Betrachtung der Ansichten einzelner Bevölkerungsgruppen hierzu jedoch nicht möglich.

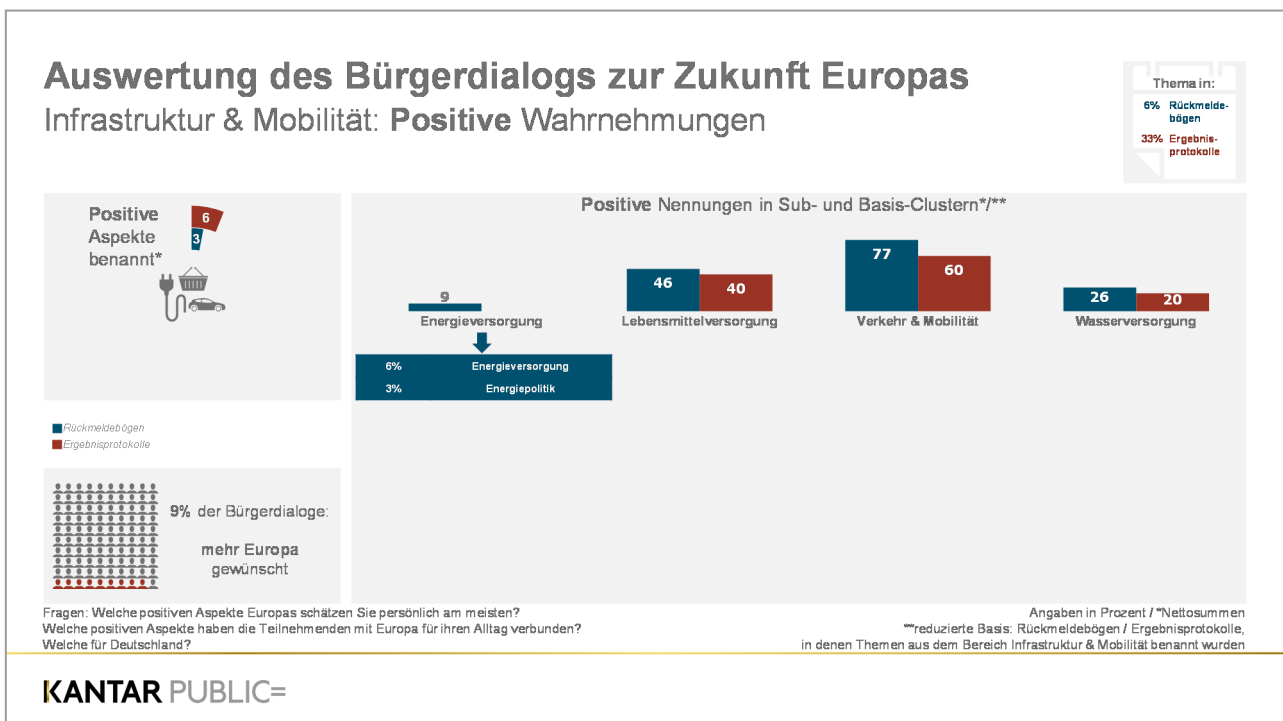


Abb. 25: Positive Wahrnehmungen im Bereich Infrastruktur & Mobilität

Die positiven Aspekte im Bereich Infrastruktur & Mobilität, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vorrangig Fragen des Verkehrswesen – in

geringerem Umfang jedoch auch Überlegungen zur Lebensmittel- und Wasserversorgung. In den Rückmeldungen offenbart sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung – es finden jedoch auch Überlegungen zu energiepolitischen Themen Erwähnung. (Verkehr & Mobilität: 77 Prozent / Lebensmittelversorgung: 46 Prozent / Wasserversorgung: 26 Prozent / Energieversorgung: 9 Prozent).

Vereinzelt wird – insbesondere von in Grenzregionen lebenden Rückmelder\*innen – die **grenzüberschreitende Infrastruktur** innerhalb Europas als Vorzug der europäischen Einigung betont. Dabei wird sowohl auf den Bereich der individuellen und öffentlichen Mobilität rekurriert (System der Europastraßen, Busverbindungen), als auch auf grenzübergreifende Möglichkeiten der Lebensmittelversorgung Bezug genommen.

„Als im Grenzland zu Dänemark lebend sind wir Nutznießer Europas.  
Dazu zählt die Nutzung der grenzüberschreitenden Infrastruktur.“  
(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)

Daneben gilt den Rückmelder\*innen – ebenfalls vereinzelt – die innerhalb der Europäischen Union **gesicherte Versorgung mit sauberem Trinkwasser und Nahrungsmitteln** in großer Auswahl sowie zu stabilen Preisen als positiver Aspekt der Staatengemeinschaft. In Einzelnennungen wird zudem – mit positiver Konnotation – auf die Existenz europäischer **Förderprogramme zur Entwicklung der Infrastruktur** in diesbezüglich benachteiligten Regionen verwiesen.

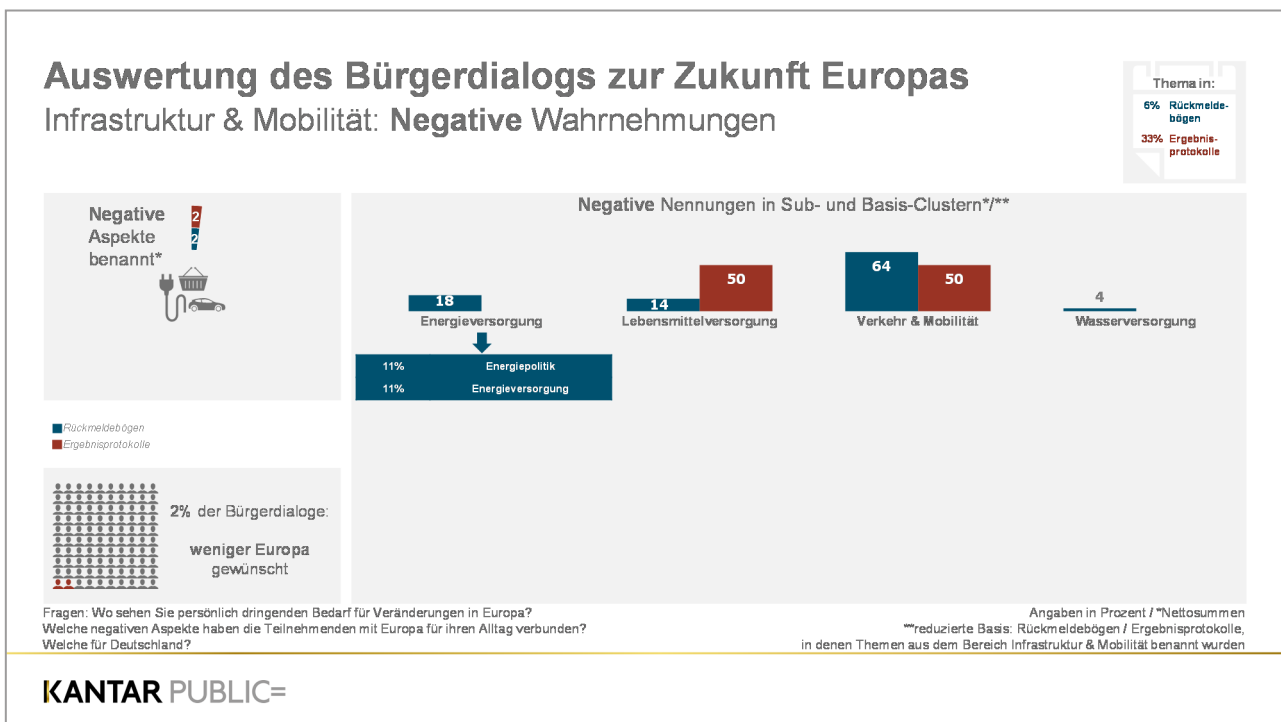


Abb. 26: Negative Wahrnehmungen im Bereich Infrastruktur & Mobilität

Die negativen Aspekte im Bereich Infrastruktur & Mobilität, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle in vergleichbarem Umfang sowohl verkehrspolitische Fragestellungen, als auch Aspekte der Lebensmittelversorgung. Auch in den Rückmeldebögen dominieren Überlegungen zum Unterthema Verkehr & Mobilität – in geringem Umfang werden dort jedoch auch Aspekte der Energie-, Lebensmittel- und Wasserversorgung angesprochen.

(Verkehr & Mobilität: 64 Prozent / Energieversorgung: 18 Prozent / Lebensmittelversorgung: 14 Prozent / Wasserversorgung: 4 Prozent).

Konkret sehen die Rückmelder\*innen besonderen Handlungsbedarf hinsichtlich der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen **Strategie für die Mobilität der Zukunft**. Dabei werden Optionen zum Übergang vom Verbrennungsmotor hinzu alternativen – vor allem elektrischen – Antrieben ebenso angesprochen, wie die Notwendigkeit des Ausbaus des öffentlichen Personenverkehrssystems in ganz Europa – zum Beispiel mit länderübergreifend verkehrenden Hochgeschwindigkeitszügen – und auch die Einführung eines einheitlichen Maut-Systems im gesamten Staatenverbund.

---

*„Die Entwicklung von Elektroautos und deren Versorgungsnetz sollte ausgebaut werden, sodass der CO<sup>2</sup> Ausstoß verringert werden kann.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Trier am 08.10.2018)*

---

Vereinzelt wird von den Rückmelder\*innen auch der Wunsch nach einer gesamteuropäischen Strategie in Bezug auf die **Energieversorgung der Zukunft** angesprochen. Mit Blick auf deren konkrete Ausrichtung gehen die Meinungen jedoch auseinander: Während mehrfach ein Ende der Kohleverstromung gefordert wird, gibt es sowohl Äußerungen zum Erhalt, als auch zur Abschaffung der Atomkraft.

---

*„Die Politik muss eine Energiewende in die Wege leiten und die Kohlekraftwerke jetzt abschalten. Die Probleme sind jetzt brisant genug.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Starnberg am 20.08.2018)*

---

### 3.1.9. Innenpolitik & Innere Sicherheit

Fragen der Innenpolitik beziehungsweise Inneren Sicherheit stellten in etwa acht von zehn Dialogveranstaltungen (80 Prozent) ein Diskussionsthema dar und finden in rund der Hälfte aller Rückmeldebögen Erwähnung (51 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in rund sechs von zehn Veranstaltungen (62 Prozent) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt und in nur etwa jedem sechsten Dialog (17 Prozent) negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmeldungen überwiegen die positiven Einschätzungen des Status Quo gegenüber geäußerten Handlungsbedarfe ebenfalls deutlich (positiv: in 47 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 5 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Fragen der Innenpolitik beziehungsweise Inneren Sicherheit dominiert unter den Teilnehmer\*innen – wenngleich auf vergleichsweise niedrigem Niveau – der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative (mehr Europa: in 14 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 2 Prozent der Dialoge).

Diese grundsätzliche Relevanzzuschreibung und einordnende Bewertung des Politikfeldes ist Konsens in sämtlichen Bevölkerungsgruppen – eine abweichende Schwerpunktsetzung offenbart sich allein mit Blick auf die, im Folgenden dargestellte, bewertende Einordnung der Unter- beziehungsweise Basisthemen dieses Bereichs.



Abb. 27: Positive Wahrnehmungen im Bereich Innenpolitik & Innere Sicherheit

Die positiven Aspekte im Bereich Innenpolitik & Innere Sicherheit, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle so gut wie ausschließlich die Vorzüge der offenen innereuropäischen Grenzen und auch in den Rückmeldungen zeigt sich eine identische Schwerpunktsetzung (Offene Grenzen: 100 Prozent).



Als konkreter positiver Aspekt Europas, der gleichsam Fragen der Innenpolitik beziehungsweise Inneren Sicherheit berührt, wird von den Rückmelder\*innen einhellig die **Offenheit der Grenzen innerhalb des Schengen-Raums** benannt, die sowohl im Hinblick auf die daraus resultierende Reisefreiheit (das heißt ohne Pass und Visum), als auch auf die Optionen des grenzüberschreitend freien Personen- und Güterverkehrs im Alltagsleben geschätzt wird. Insbesondere Bewohner\*innen der Grenzregionen verweisen diesbezüglich explizit auf die Option der grenzübergreifenden Zusammenarbeit von Unternehmen und Behörden, während Bürger\*innen der ostdeutschen Bundesländer verstärkt den Terminus der Reisefreiheit anführen.

„Freier Grenzverkehr ohne Kontrolle und Stau.“  
 (aus dem Bürgerdialog in Augsburg am 27.09.2018)

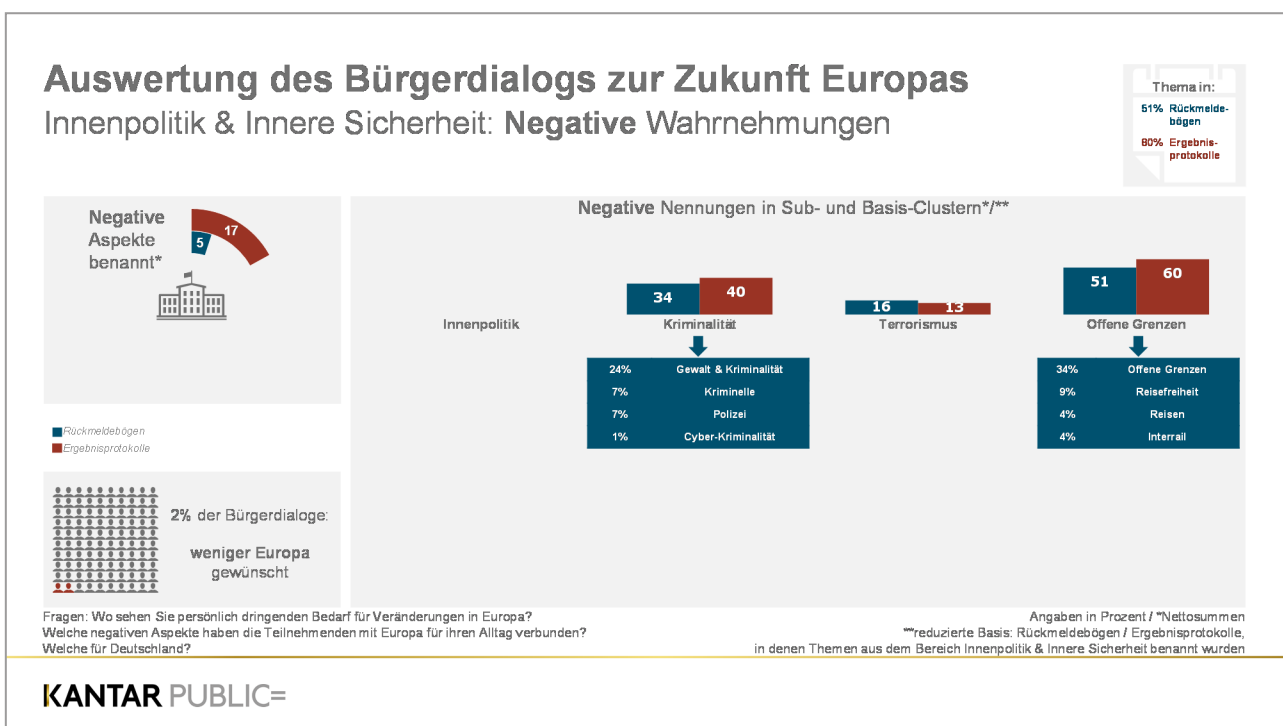


Abb. 28: Negative Wahrnehmungen im Bereich Innenpolitik & Innere Sicherheit

Die negativen Aspekte im Bereich Innenpolitik & Innere Sicherheit, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vorrangig Fragen der Grenzoffenheit innerhalb Europas, gefolgt von Überlegungen zu den Bereichen Kriminalität und Terrorismus. Die in den Rückmeldungen erkennbaren Schwerpunkte erscheinen analog hierzu (Offene Grenzen: 51 Prozent / Kriminalität: 34 Prozent / Terrorismus: 16 Prozent).

Die von den Rückmelder\*innen benannten Handlungsbedarfe im – grundsätzlich als positiver Aspekt Europas beschriebenen – Bereich der Offenen Grenzen tangieren vorrangig Überlegungen zum **Erhalt der innereuropäischen Reisefreiheit beziehungsweise des freien Personen- und Güterverkehrs angesichts der Wiedereinführung von Grenzkontrollen** im Zuge der Flüchtlingskrise. Auch an dieser Stelle zeigt sich eine schwache Tendenz dazu, dass Bürger\*innen der neuen Bundesländer insbesondere den Reiseaspekt betonen, während jene aus den alten Bundesländern verstärkt Fragen des alltäglichen Grenzverkehrs in den Blick nehmen. Neben diesem – aus einer Verlustangst erwachsenden – Handlungsbedarf wird vereinzelt auch im positiven Sinne die **Einführung**

**eines europäischen Passes** angeregt, um die Grenzoffenheit auch dokumentarisch zu manifestieren.

---

*„Gegen die vermehrten Grenzkontrollen innerhalb der EU einsetzen.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Bad Homburg am 05.10.2018)*

---

Zudem findet in den benannten negativen Aspekten Europas im Bereich der Inneren Sicherheit auch das Bewusstsein der Rückmelder\*innen Widerhall, dass offene Grenzen nicht allein offen für den Personen- und Güterverkehr sind, sondern gleichsam auch für Kriminalität und Terrorismus. Aus den Sorgen der Rückmelder\*innen, die mit einer sich europaweit verändernden Sicherheitslage einhergehen, wird vielfach der explizite Wunsch nach mehr gesamteuropäischer **Kooperation zur Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung** adressiert. Die Zentralen Wünsche diesbezüglich umfassen sowohl eine verstärkte Zusammenarbeit von Polizei, Sicherheitskräften und Nachrichtendiensten, als auch einen europaweiten Ausbau von Präventivmaßnahmen.

---

*„Bessere Zusammenarbeit und präventive Maßnahmen um Terrorismus zu bekämpfen. Es wird erst zu spät gehandelt.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 03.07.2018)*

---

### 3.1.10. Kultur & Religion

Aspekte aus dem Bereich Kultur und Religion wurden in rund sieben von zehn Dialogveranstaltungen (72 Prozent) diskutiert und finden in gut jedem fünften Rückmeldebogen Erwähnung (22 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in rund einem Drittel der Veranstaltungen (34 Prozent) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt – in etwa jedem zehnten Bürgerdialog (10 Prozent) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegen positive Einschätzungen des Status Quo gleichsam sichtbar gegenüber geäußerten Veränderungsbedarfen für Europa (positiv: in 17 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 6 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in kulturellen und religiösen Angelegenheiten dominiert unter den Teilnehmer\*innen der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative deutlich (mehr Europa: in 22 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 7 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt, dass Themen aus dem Bereich Kultur & Religion überdurchschnittlich stark von formal höher gebildeten Rückmelder\*innen sowie jenen aus der berufsaktiven Altersgruppe zwischen 35 und 64 Jahren angesprochen werden. Weitere soziodemographische Schwerpunkte offenbaren sich zudem mit dem Blick auf die – im Folgenden dargestellte – bewertende Einordnung der Unter- beziehungsweise Basisthemen dieses Bereichs.

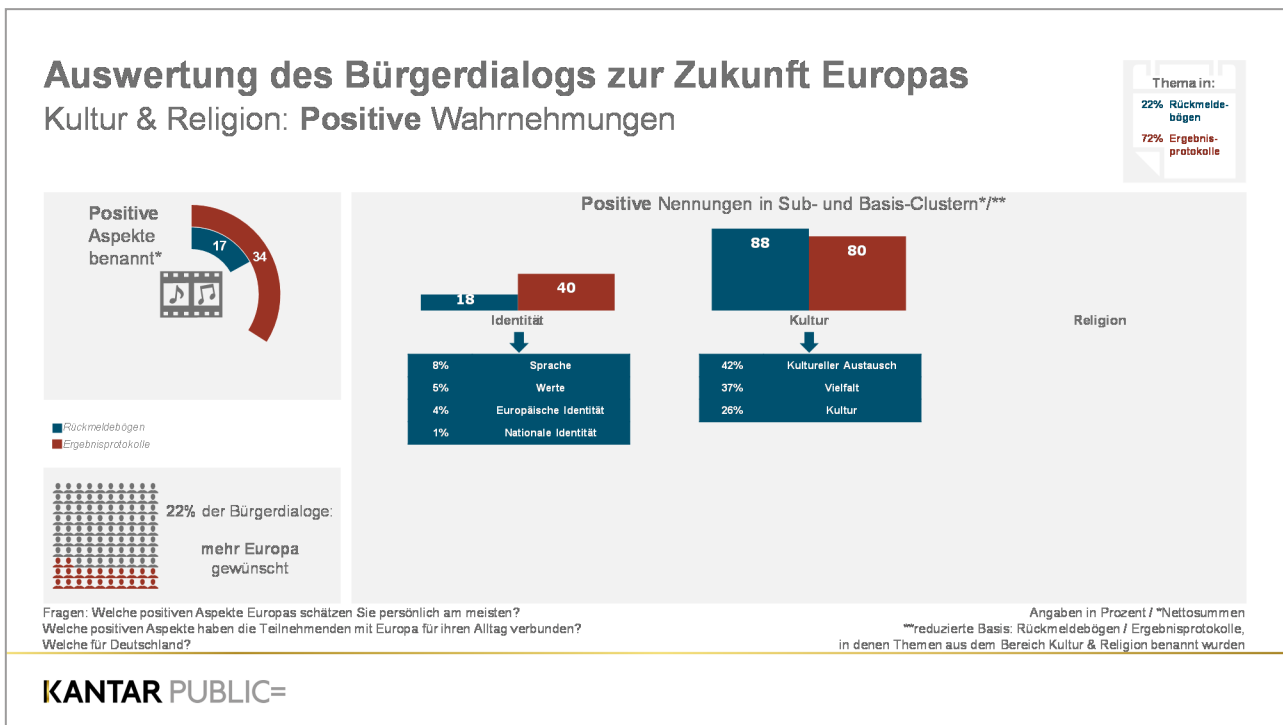


Abb. 29: Positive Wahrnehmungen im Bereich Kultur & Religion

Die positiven Aspekte im Bereich Kultur & Religion, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle überwiegend kulturelle Fragestellungen – Überlegungen zum Themenkomplex der Identität fanden aber ebenfalls Erwähnung. In den Rückmeldungen zeigt sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Kultur: 88 Prozent / Identität: 18 Prozent).

Als positive Aspekte Europas im kulturellen Bereich werden von den Rückmelder\*innen insbesondere die **kulturelle und sprachliche Vielfalt** sowie die **Möglichkeit des kulturellen Austauschs**

geschätzt. Gerade mit Blick auf den europaweiten Dialog zu politischen, religiösen und kulturellen Fragen genießt Europa in diesem Kontext ein hohes Ansehen. Interessant scheint diesbezüglich, dass der Begriff der kulturellen Vielfalt insbesondere von Rückmelder\*innen aus den westdeutschen Bundesländern betont wird, während jene aus den ostdeutschen Bundesländern vermehrt die Austauschoptionen fokussieren.

„Das europäische Projekt stiftet Verständnis zwischen unterschiedlichen Kulturen.“

(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 25.08.2018)

Mit Blick auf Fragen der Identität wird von den Rückmelder\*innen vielfach die Existenz einer europaweiten **Wertegemeinschaft** als positiver Aspekt Europas benannt. Zumeist wird diese Nennung nicht näher spezifiziert – vereinzelt jedoch auch durch Verweise auf ein gemeinsames kulturelles Erbe und gemeinsame Wertvorstellungen, wie zum Beispiel Solidarität begleitet. Daneben sprechen die Rückmelder\*innen vereinzelt auch von der Existenz einer gemeinsamen **europäischen Identität**, welche die Völker Europas im positiven Sinne eint.

„Ich schätze an Europa am meisten das Gefühl Europäer zu sein. Zum Beispiel im Ausland, wenn man mit unterschiedlichen Nationalitäten am Tisch sitzt und dieselben Internationalen Gedanken hat..“

aus dem Bürgerdialog in Garbsen am 04.05.2018

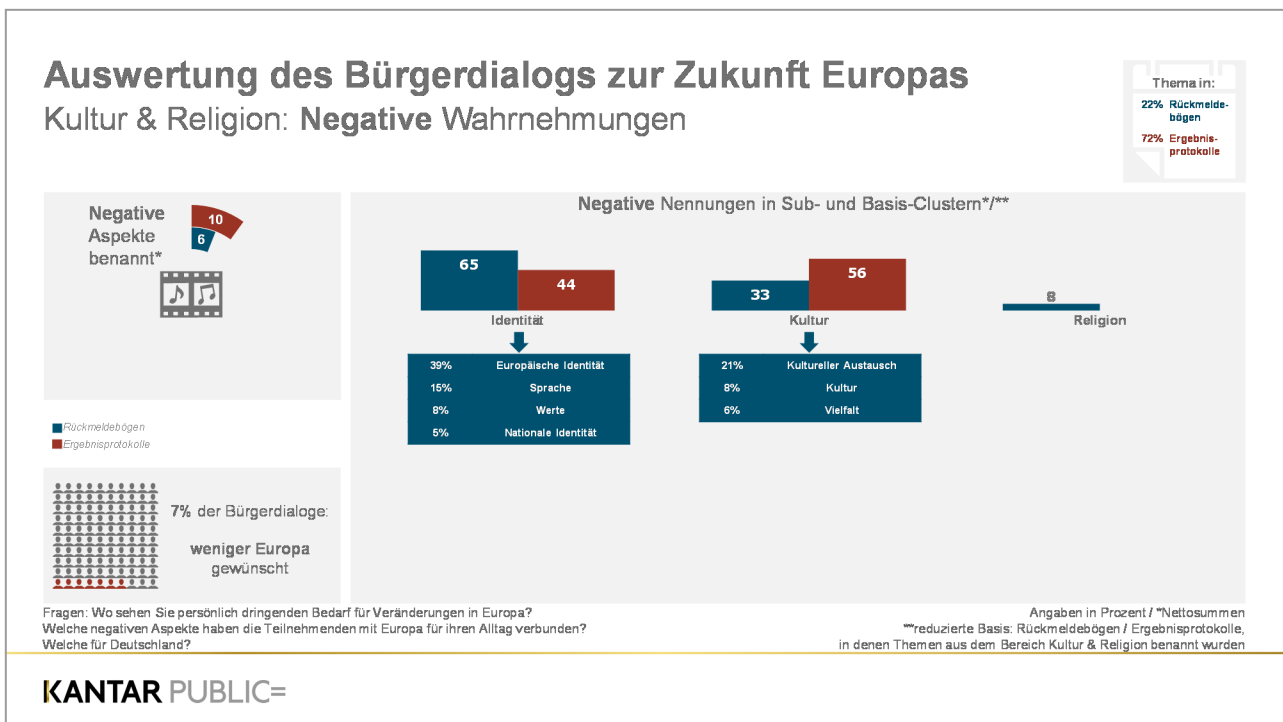


Abb. 30: Negative Wahrnehmungen im Bereich Kultur & Religion

Die negativen Aspekte im Bereich Kultur & Religion, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vorrangig kulturelle Fragestellungen – in nennenswertem Umfang aber auch Überlegungen zum Bereich der Identität. Im Rahmen der Rückmeldungen dominieren hingegen Überlegungen zum Themenkomplex der Identität spürbar gegenüber kulturellen Fragen und es werden zusätzlich auch Aspekte aus dem religiösen Bereich benannt (Identität: 64 Prozent / Kultur: 33 Prozent / Religion: 8 Prozent).

Im Bereich der Identität benennen die Rückmelder\*innen – teilweise unter explizitem Verweis auf die derzeitige Verfasstheit der Europäischen Union – Handlungsbedarfe insbesondere im Sinne einer **Stärkung der gemeinsamen europäischen Identität**. Vielfach ist in diesem Zusammenhang allgemein die Rede von einer „Stärkung der Wertegemeinschaft“ beziehungsweise einer „Stärkung des Gemeinschaftsgefühls“ – vereinzelt werden aber auch denkbare konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einführung einer gemeinsamen europäischen Amtssprache, die Einführung eines europäischen Feiertags oder auch eine Vereinheitlichung der Parteien- und Medienlandschaft adressiert.

---

*„Schaffung oder stärkere Förderung einer gemeinsamen kulturellen Identität in Europa, um bei den Menschen ein Interesse am Fortbestand Europas zu schaffen, dass über wirtschaftliche Interessen hinaus geht.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)*

---

Die Rückmelder\*innen betonen in diesem Zusammenhang aber ebenfalls häufig, dass diese Schaffung einer gemeinsamen Identität keinesfalls zu einem Verlust der kulturellen Vielfalt Europas beziehungsweise der kulturellen Eigenheiten der Nationalstaaten führen darf.

---

*„Unterschiedliche Kulturen, wenn alles reguliert wird, braucht man keine Reisen mehr -> wäre ein Verlust.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Jena am 14.08.2018)*

---

Im kulturellen Bereich offenbart sich unter den Rückmelder\*innen ein Zweiklang an Veränderungsbedarfen, die unteilbar miteinander verbunden scheinen: So wird zum einen vielfach der Wunsch nach einem **Ausbau der Möglichkeiten des kulturellen Austauschs** geäußert und zum anderen dezidiert darauf verwiesen, dass solche Austauschprogramme nicht allein auf die Phase der schulischen beziehungsweise universitären Ausbildung beschränkt sein sollten.

---

*„Besserer Austausch nicht nur in den Universitäten, sondern auch in anderen Bereichen, ähnlich dem Erasmus Programm.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 25.08.2018)*

---

In den - vereinzelt benannten – Handlungsbedarfen im religiösen Bereich verleihen die Rückmelder\*innen ihrem Anspruch nach sowohl einem hohen Maß an Offenheit Europas gegenüber allen Weltreligionen, als auch der strikten Trennung von Kirche und Staat Ausdruck. Lediglich eine Einzelnennung kritisiert die Offenheit gegenüber kultureller Vielfalt deutlich und äußert Befürchtungen vor einer Durchmischung der Kulturen und Religionen in Europa.

### 3.1.11. Migration & Flüchtlinge

Fragen aus dem Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik stellten in rund drei Viertel der Dialogveranstaltungen (76 Prozent) ein Diskussionsthema dar und finden in mehr als jedem vierten Rückmeldebogen Erwähnung (28 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in den Dialogen nur vereinzelt (in 5 Prozent der Veranstaltungen) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt – deutlich häufiger hingegen (in 33 Prozent der Veranstaltungen) negative Gesichtspunkte thematisiert. Und auch unter den Rückmelder\*innen dominieren Äußerungen zu dringenden Veränderungsbedarfen in Europa eindeutig gegenüber positiven Einschätzungen des Status Quo (positiv: in 2 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 22 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Fragen der Migrations- und Flüchtlingspolitik ist unter den Teilnehmer\*innen der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative klar dominant (mehr Europa: in 30 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 2 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt eine leichte Tendenz dazu, dass Fragen der Migrations- & Flüchtlingspolitik und diesbezügliche Handlungsbedarfe verstärkt von Frauen sowie jüngeren Rückmelder\*innen und jenen thematisiert werden, die sich aktuell noch in der Ausbildungsphase befinden. Diese Schwerpunktsetzung scheint wenig überraschend angesichts des – im Folgenden detailliert dargestellten – Befundes, dass der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik primär ein Mangel an Humanität und Solidarität beschieden wird: Es werden also Aspekte betont, für welche Frauen und die jüngere Generation gemeinhin als aufgeschlossener gelten.

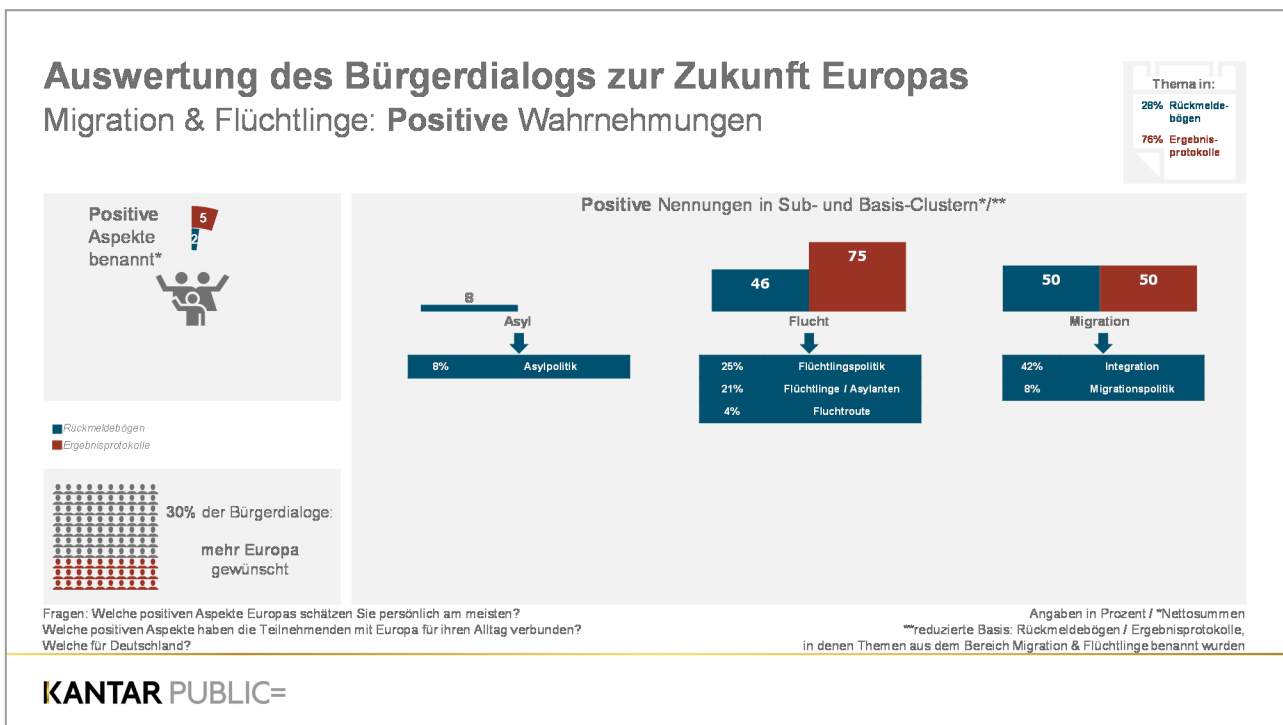


Abb. 31: Positive Wahrnehmungen im Bereich Migration & Flüchtlinge

Die positiven Aspekte im Bereich Migration & Flüchtlinge, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle insbesondere Fragen der Flucht – Überlegungen zum Unterthema Migration spielten aber ebenfalls eine Rolle. In den Rückmeldungen finden Aspekte der Migration sowie der Flucht in vergleichbarem Umfang Erwähnung und auch das Thema

Asyl wird in diesem Zusammenhang angesprochen. (Migration: 50 Prozent / Flucht: 46 Prozent / Asyl: 8 Prozent).

Die konkreten positiven Nennungen der Rückmelder\*innen im Bereich der Migrations- & Flüchtlingspolitik umfassen vielfach allgemeine Verweise auf zum Beispiel eine „gute Integration“ oder auch „das Asylgesetz“, ohne dass diese weitergehend spezifiziert werden. Vereinzelt wird auch die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen honoriert: Dies gilt jedoch nur teilweise als positiver Aspekt Europas – teilweise wird es hingegen explizit als Qualität ausgewählter Einzelstaaten herausgestellt.

„Positiv ist die Offenheit einiger Länder der Flüchtlingspolitik gegenüber.“  
(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)

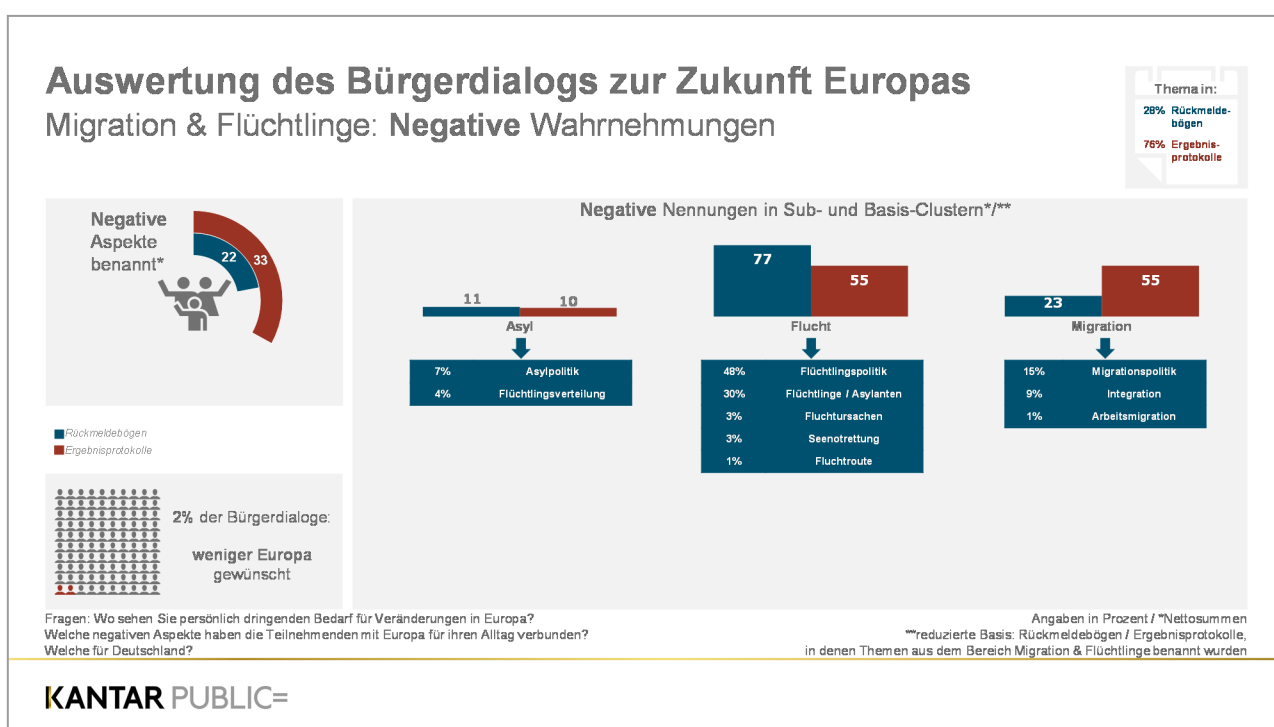


Abb. 32: Negative Wahrnehmungen im Bereich Migration & Flüchtlinge

Die negativen Aspekte im Bereich Migration & Flüchtlinge, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vorrangig Fragen von Flucht und Migration, gefolgt von Überlegungen zu dem Unterthema Asyl. In den Rückmeldungen hingegen finden insbesondere Aspekte aus dem Bereich Flucht – in geringerem Umfang auch Fragen zu den Themen Migration und Asyl – Erwähnung. (Flucht: 77 Prozent / Migration: 23 Prozent / Asyl: 11 Prozent).

Im Zentrum der Kritik der Rückmelder\*innen im Bereich Migration & Flüchtlinge steht die Wahrnehmung, dass es Europa an **Humanität, Empathie und Solidarität im Umgang mit Geflüchteten** mangelt. Exemplarisch wird in diesem Zusammenhang insbesondere auf die prekäre Situation der Seenotretter beziehungsweise der von ihnen geführten Flüchtlingsschiffe im Mittelmeer verwiesen, denen die Anlandung von den Anrainerstaaten verweigert wird. Lediglich in Einzelnennungen werden Angstgefühle aufgrund der Zuwanderung angesprochen beziehungsweise von Sorgen hinsicht-



lich einer unkontrollierten Zuwanderung durch nicht ausreichend geschützte Außengrenzen der Europäischen Union berichtet. Auch ein deutlich restriktiverer Umgang mit Geflüchteten im Sinne einer sofortigen Zurückweisung – insbesondere bei Straffälligkeit – kommt in den Rückmeldungen nur äußerst vereinzelt zum Ausdruck.

---

*„Europa muss ausnahmslos Schutzbedürftige schützen.  
Die Mittelmeersituation ist nicht nur ein Versagen unserer Europäischen  
Werte, sondern menschenunwürdig.“  
(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)*

---

Besonderen Handlungsbedarf sehen die Rückmelder\*innen zudem mehrheitlich hinsichtlich der Verständigung auf eine **gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik**. Diese sollte laut Aussage der Rückmelder\*innen die derzeitig wahrgenommene Inaktivität und Zerrissenheit der Europäischen Union in dieser Frage beenden und insbesondere Aspekte der **Solidarität** und **Verteilungsgerechtigkeit** berücksichtigen. Grundtenor ist hierbei: Europa sollte als Solidargemeinschaft die südeuropäischen Länder nicht im Stich lassen – gleichzeitig aber auch einen Einsatz jener Länder fordern, die sich bislang bei der Flüchtlingsaufnahme eher zurückhaltend zeigen.

---

*„In meinen Augen muss jedes Land bereit sein Geflüchtete aufzunehmen.  
Polen und andere Länder dürfen sich nicht drücken,  
sonst muss es Konsequenzen haben.“  
(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)*

---

Vereinzelt adressieren die Rückmelder\*innen auch einen Handlungsbedarf für die Europäische Union mit Blick auf die verstärkte **Bekämpfung von Fluchtursachen** und verweisen diesbezüglich auf die globale wirtschafts- und sicherheitspolitische Positionierung der Staatengemeinschaft.

---

*„Zu Fluchtursachen gehört auch die Überwirtschaftung, das heißt der  
übermäßige Konsum und Verbrauch sowie die Ausbeutung  
der Afrikanischen Ressourcen und Lebensgrundlagen.“  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 27.09.2018)*

---

Neben diesen europäischen Dimensionen des Themas Migration & Flüchtlinge nehmen die Rückmelder\*innen teilweise auch Bezug auf die Situation der Geflüchteten in Deutschland. In diesem Zusammenhang wird mehrfach die Notwendigkeit einer **besseren Integration** der Geflüchteten betont, vor allem durch schnelleren und unbürokratischeren Zugang zu Bildung und Arbeit. Vereinzelt werden auch der Aspekt der **Zuwanderung von Fachkräften (Arbeitsmigration)** angesprochen und diesbezüglich unterstützende Maßnahmen, wie zum Beispiel die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes, angemahnt.



### 3.1.12. Recht & Justiz

Aspekte aus dem Bereich Recht und Justiz wurden in rund sieben von zehn Dialogveranstaltungen (72 Prozent) angesprochen und finden in rund einem Viertel der Rückmeldebögen Erwähnung (24 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in etwa einem Drittel der Veranstaltungen (33 Prozent) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt – ebenfalls häufig (in 22 Prozent der Dialoge) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegen die positiven Einschätzungen des Status Quo spürbar gegenüber geäußerten Veränderungsbedarfen in juristischen Fragen (positiv: in 16 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 8 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Bezug auf Rechtsangelegenheiten wird der Wunsch nach einer verstärkten gesamteuropäischen Integration deutlich häufiger adressiert, als nach einem Mehr an Zurückhaltung der Gemeinschaft (mehr Europa: in 23 Prozent der Veranstaltungen / weniger Europa: in 11 Prozent der Veranstaltungen).

Die Analyse der einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass Themen aus dem Bereich Recht & Justiz insbesondere von Rückmelder\*innen aus der berufsaktiven Altersgruppe zwischen 35 und 64 Jahren sowie von Männern angesprochen werden. Eine mutmaßliche Erklärung hierfür offenbart sich mit Blick auf die – im Folgenden dargestellte – bewertende Einordnung der Unter- beziehungsweise Basisthemen dieses Bereichs, die eine spezielle Betroffenheit dieser Bevölkerungsgruppen verdeutlicht.

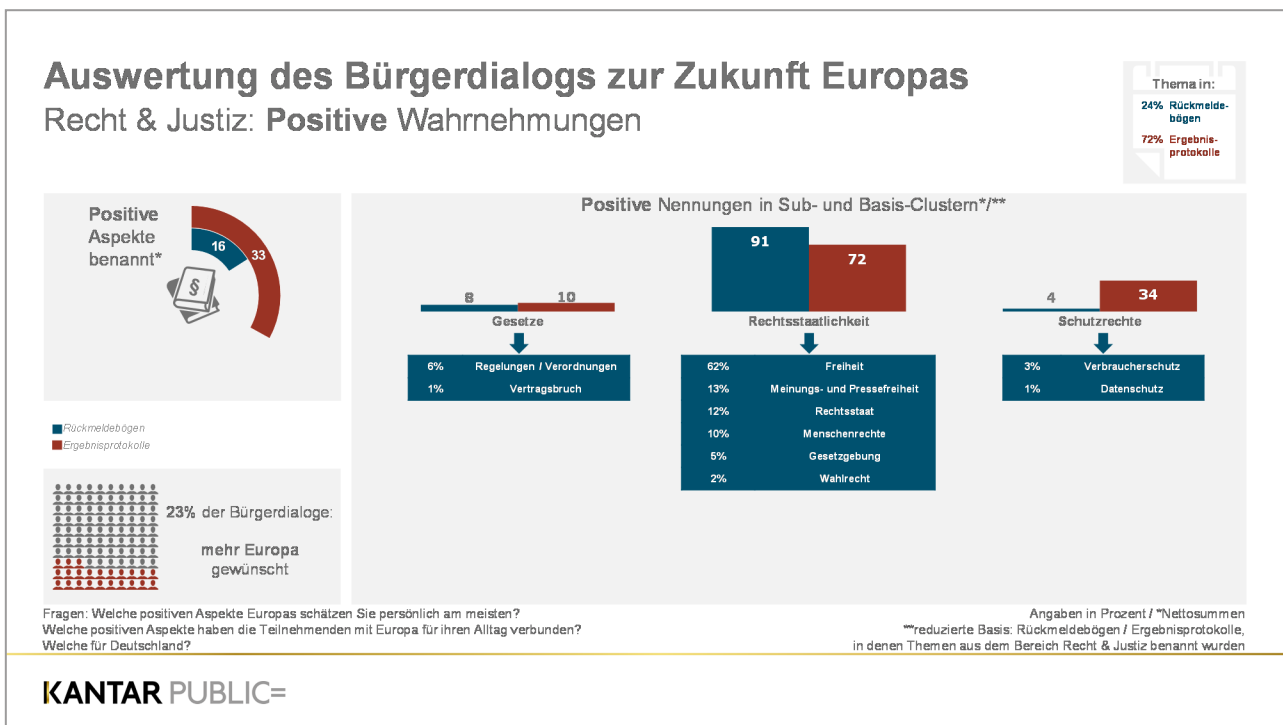


Abb. 33: Positive Wahrnehmungen im Bereich Recht & Justiz

Die positiven Aspekte im Bereich Recht & Justiz, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vorrangig Fragen der Rechtsstaatlichkeit, gefolgt von Überlegungen zu verschiedenen Schutzrechten und Gesetzen allgemein. In den Rückmeldungen ist das Unterthema der Rechtsstaatlichkeit sogar von noch größerer Dominanz – Aspekte aus dem

Bereich der Gesetze und Schutzrechte finden hier lediglich vereinzelt Erwähnung. (Rechtsstaatlichkeit: 91 Prozent / Gesetze: 8 Prozent / Schutzrechte: 4 Prozent).

Europa wird im Bereich von Recht und Justiz von den Rückmelder\*innen in erster Linie als ein **Garant für Rechtsstaatlichkeit** beschrieben und geschätzt. Konkret wird diesbezüglich vielfach darauf verwiesen, dass innerhalb der Europäischen Union die Gewaltenteilung berücksichtigt wird, Verfassungen beziehungsweise das Grundgesetz gewahrt werden und insbesondere Freiheitsrechte wie das allgemeine Menschenrecht und demokratische Rechte wie das Wahlrecht oder auch die Meinungs- und Pressefreiheit zur Anwendung kommen.

„Es gibt festgelegte Bürger- und Menschenrechte,  
die eingehalten werden.“

(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 07.05.2018)

Zudem wird von den Rückmelder\*innen vielfach darauf verwiesen, dass europäische Gesetze, Normen, Regelungen und Verordnungen zu einer Stärkung der **Rechte des Einzelnen – insbesondere im Bereich des Verbraucherschutzes** – beigetragen haben:

„Staatenübergreifende Regelungen bei Themen wie Klima  
und Verbraucherschutz.“

(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)

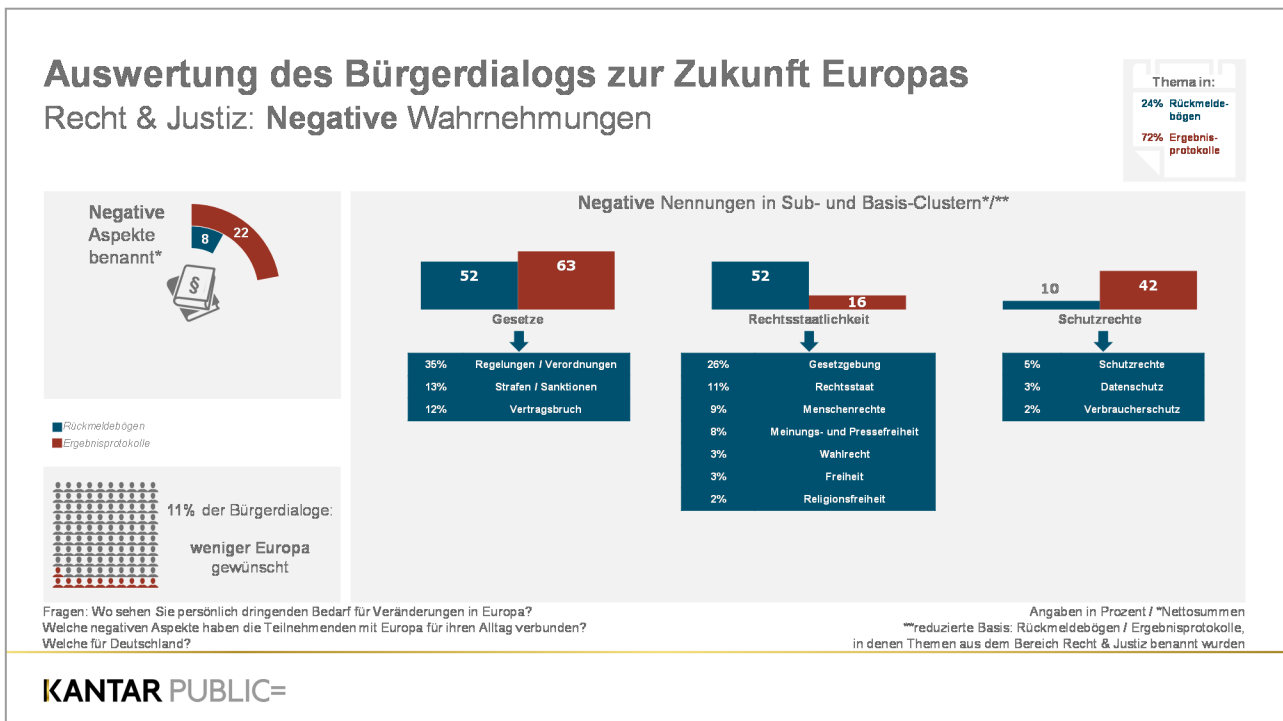


Abb. 34: Negative Wahrnehmungen im Bereich Recht & Justiz

Die negativen Aspekte im Bereich Recht & Justiz, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vorrangig Fragen der Gesetze allgemein und der Schutzrechte, gefolgt von Überlegungen zum Unterthema der Rechtsstaatlichkeit. In den Rückmeldungen halten sich diesbezüglich Aspekte der Gesetze allgemein und der Rechtsstaatlichkeit in etwa die Waage – Überlegungen zu Schutzrechten werden hingegen nur vereinzelt thematisiert. (Gesetze: 52 Prozent / Rechtsstaatlichkeit: 52 Prozent / Schutzrechte: 10 Prozent).

Konkreten Handlungsbedarf adressieren die Rückmelder\*innen vielfach mit Blick auf die **Sicherung der Rechtsstaatlichkeit** und die **Kontrolle** ihrer Umsetzung in sämtlichen europäischen Ländern. Dabei werden insbesondere ein konsequenteres Vorgehen und das Ergreifen härterer Maßnahmen mit Blick auf Menschen- und Freiheitsrechtsverletzungen in den Mitgliedsstaaten angemahnt und darauf verwiesen, dass auch gegenüber den in Europa ankommenden Flüchtlingen die Einhaltung der Menschenrechte, zum Beispiel des Rechts auf Asyl, zu beachten ist.

---

*„Klarere Verurteilung antidemokratischer Regierungen und  
Menschenrechtsverletzungen.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)*

---

Im Bereich der Gesetze beziehungsweise der Gesetzgebung beschreiben die Rückmelder\*innen zudem häufig Handlungsbedarf hinsichtlich der **Schaffung europaweit geltender Regelungen** insbesondere für die Bereiche der Migrations- und Flüchtlingspolitik<sup>11</sup>, der sozialen Absicherung<sup>12</sup>, der Verkehrspolitik<sup>13</sup> sowie des Umwelt- und Klimaschutzes<sup>14</sup>. Eine überdurchschnittlich starke Betonung erfährt dieses Anliegen von Männern sowie Rückmelder\*innen aus den westdeutschen Bundesländern, die damit einen besonderen Interessenschwerpunkt verdeutlichen. Nur vereinzelt wird in diesem Komplex die **Ausweitung und Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen** – vorrangig mit Blick auf die europaweite Ahndung von Gewaltverbrechen – gefordert.

Die grundsätzlich positiv bewerteten europäischen Regelungen und Verordnungen zur Stärkung der (Schutz-)Rechte des Einzelnen erfahren gleichsam häufig auch Kritik hinsichtlich ihrer Handhabbarkeit für die Normalbürger\*innen. Besonders negativ bewerten die Rückmelder\*innen – insbesondere jene aus den berufsaktiven Altersgruppen zwischen 35 und 64 Jahren – in diesem Zusammenhang die im Mai 2018 eingeführte **Europäische Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)**. Diese wird vielfach als Belastung und Überforderung für die – als unzureichend informiert beschriebenen – Bürger\*innen gekennzeichnet und teilweise in ihrer Wirksamkeit in Frage gestellt.

---

*„Schlecht gemacht: Europäische Datenschutzgrundverordnung.  
Die Ziele gegenüber den Datenkraken werden verfehlt,  
aber massive Belastung der Normalbürger.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)*

---

---

<sup>11</sup> vgl. Kap. 3.1.11. Migration & Flüchtlinge

<sup>12</sup> vgl. Kap. 3.1.2. Arbeit & Soziales

<sup>13</sup> vgl. Kap. 3.1.8. Infrastruktur & Mobilität

<sup>14</sup> vgl. Kap. 3.1.13. Umwelt & Klima

### 3.1.13. Umwelt & Klima

Umwelt- und Klimaschutzaspekte stellten in rund der Hälfte aller Dialogveranstaltungen (52 Prozent) ein Diskussionsthema dar und finden in etwa jedem achten Rückmeldebogen Erwähnung (12 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurde in den Veranstaltungen in einem etwa vergleichbaren Umfang auf positive Aspekte Europas (in 7 Prozent der Dialoge) und auf negative Gesichtspunkte (in 8 Prozent der Dialoge) verwiesen. Unter den vereinzelt Rückmeldungen zu diesem Thema überwiegen Äußerungen zu Handlungsbedarfen für Europa hingegen sichtbar – wenngleich auf niedrigem Niveau – gegenüber positiven Einschätzungen des Status Quo (positiv: in 2 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 8 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Fragen der Umwelt- und Klimapolitik dominiert unter den Teilnehmer\*innen der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative hingegen deutlich (mehr Europa: in 25 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 1 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung der einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt eine schwache Tendenz dazu, dass Themen aus dem Bereich Umwelt & Klima verstärkt von Frauen sowie von Rückmelder\*innen aus den westdeutschen Bundesländern thematisiert werden. Dies deckt sich auch mit Befunden aus bevölkerungsweiten Repräsentativbefragungen in Deutschland, die auf eine besondere Affinität dieser Bevölkerungsgruppen zu Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes und generell zu Fragen der Nachhaltigkeit verweisen. Aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl an Nennungen zu diesem Thema ist eine detailliertere Betrachtung der Ansichten dieser Gruppen mit Blick auf die bewertende Einordnung der Unterthemen jedoch nicht möglich.

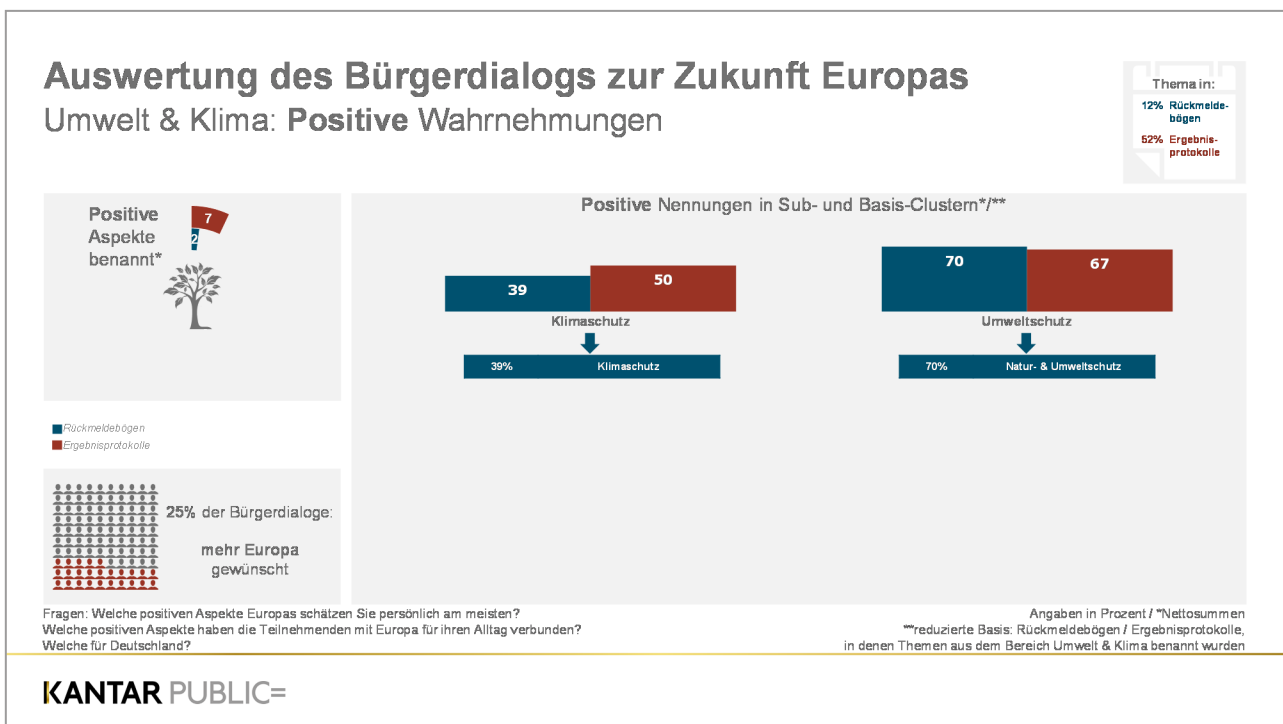


Abb. 35: Positive Wahrnehmungen im Bereich Umwelt & Klima

Die positiven Aspekte im Bereich Umwelt & Klima, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle in ähnlichem Umfang Fragen des Umweltschut-

zes sowie Überlegungen zum Unterthema Klimaschutz. In den Rückmeldungen hingegen sind positive Nennungen, die Fragen des Umweltschutzes betreffen klar dominant gegenüber der Erwähnung positiver Gesichtspunkte zum Unterthema des Klimaschutzes. (Umweltschutz: 70 Prozent / Klimaschutz: 39 Prozent).

Europa wird von den Rückmelder\*innen dabei vorrangig mit Blick auf die **Existenz gemeinsamer Umwelt- und Klimaschutzziele** geschätzt – teilweise wird auch auf das Vorhandensein europaweit einheitlicher **Umwelt- und Klimaschutzstandards** verwiesen, ohne dass diese jedoch eine weitergehende Spezifizierung erfahren. In Einzelnennungen werden die Klimaschutzvorgaben der Europäischen Union zudem als begrüßenswertes Korrektiv für die deutsche Politik beschrieben.

„Es gibt verbindliche EU-weite Regelungen im Bereich Ökodesign, Umweltschutz, Klimaschutz und Klimaanpassung.“  
(aus dem Bürgerdialog in Eberswalde am 10.07.2018)

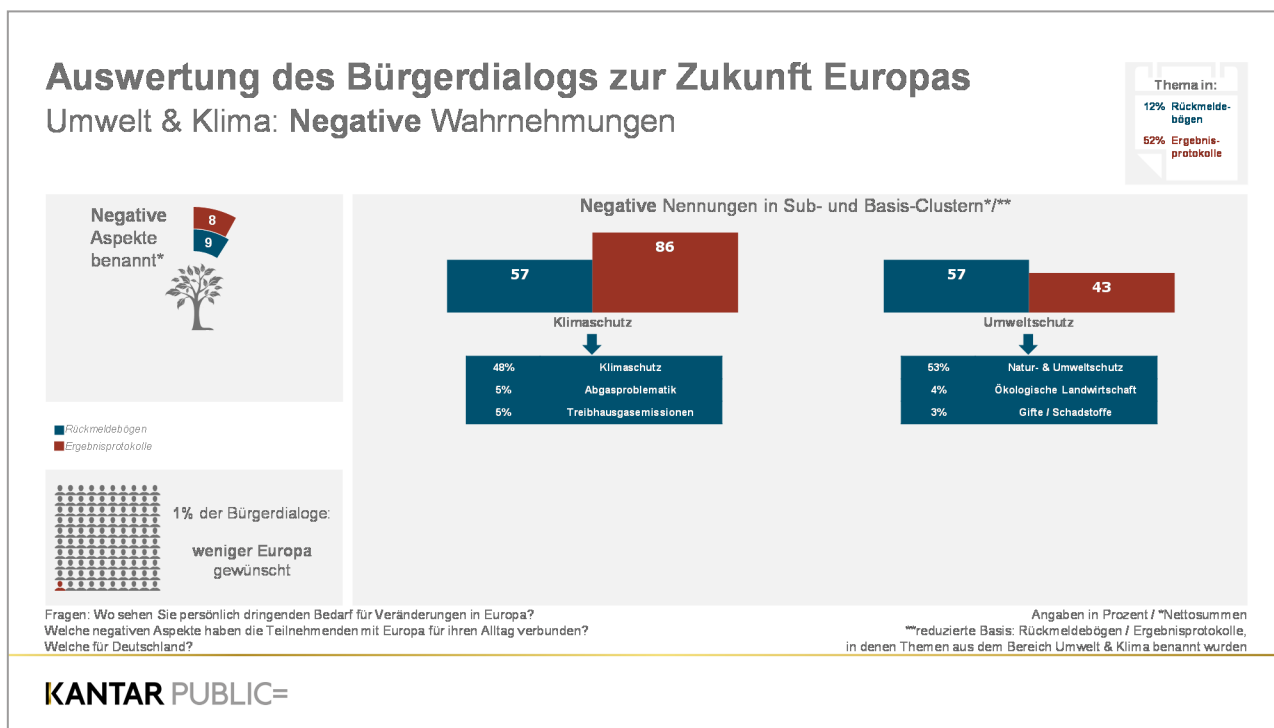


Abb. 36: Negative Wahrnehmungen im Bereich Umwelt & Klima

Die negativen Aspekte im Bereich Umwelt & Klima, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle vorrangig Fragen des Klimaschutzes – in geringerem Umfang finden jedoch auch Überlegungen zum Umweltschutz Erwähnung. In den Rückmeldungen werden Aspekte des Umwelt- sowie des Klimaschutzes in vergleichbarem Umfang angesprochen. (Umweltschutz: 57 Prozent / Klimaschutz: 57 Prozent).

In der überwiegenden Zahl der Rückmeldungen wird diesbezüglich ganz grundsätzlich die dringende **Notwendigkeit eines stärkeren Einsatzes zugunsten des Umwelt- und Klimaschutzes** angemahnt. Konkret nehmen die Rückmelder\*innen dabei in erster Linie Bezug auf den voranschreitenden Klimawandel, für deren Begrenzung eine generell nachhaltigere Form des Wirtschaftens – unter

besonderer Beachtung der Reduktion von Treibhausgasemissionen – gefordert wird. Daneben werden aber gleichsam auch Bedarfe bezüglich eines verstärkten Umwelt- und Tierschutzes geäußert und diesbezüglich Überlegungen zu Recyclingfragen (vor allem Plastikvermeidung) sowie zum Verbot von Gift- und Schadstoffen in der Landwirtschaft (vor allem Glyphosat) betont.

---

*„Klimaschutz und Umweltschutz müssen als Fundament unseres Wirtschaftssystems begriffen werden. Wirtschaft in den Grenzen des Planeten.“*  
(aus dem Bürgerdialog in Bad-Homburg am 05.10.2018)

---

Aspekte der Umwelt- und Klimaschutzpolitik werden von den Rückmelder\*innen konsensuell als grenzübergreifende Aufgabe herausgestellt und diesbezüglich eine deutlich **stärkere Zusammenarbeit der europäischen Staaten** gefordert. Konkreter Handlungsbedarf wird dementsprechend hinsichtlich der Erarbeitung supranationaler Lösungen adressiert und als Negativbeispiel die derzeitige Inkonsistenz der Regelungen zum Beispiel hinsichtlich der Abgasvorschriften innerhalb der Europäischen Union angeführt.

---

*„Es gibt viele politische Themen, in denen Nationalstaaten an ihre Grenzen stoßen, siehe Umweltfragen. Hier müsste Europa noch viel mehr zusammenwirken und agieren.“*  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)

---

Mit Blick auf die konkrete Ausgestaltung einer solchen europaweiten Umwelt- und Klimaschutzpolitik stellen die Rückmelder\*innen Maßnahmen **zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen** in den Mittelpunkt. Die daraus abgeleiteten Veränderungsbedarfe verweisen insbesondere auf den Bereich der Mobilität – im Sinne von Maßnahmen zur Lösung der Abgasproblematik, auf den Bereich der Energieerzeugung – im Sinne eines Ausstiegs aus der Kohleverstromung – sowie auf den Bereich der Treibhausgasemissionen im industriellen Sektor.

---

*„Europäisches Emissionshandelssystem. Ist der Emissionshandel das richtige Instrument oder ist eine CO<sub>2</sub>-Steuer der bessere Ansatz?“*  
(aus dem Bürgerdialog in Halle am 30.08.2018)

---

### 3.1.14. Wirtschaft

Wirtschaftspolitische Aspekte wurden in rund acht von zehn Dialogveranstaltungen (82 Prozent) diskutiert und finden in etwa einem Viertel der Rückmeldebögen Erwähnung (24 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in rund vier von zehn Veranstaltungen (39 Prozent) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt – in fast jedem vierten Dialog (23 Prozent) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegen ebenfalls die positiven Einschätzungen des Status Quo in Europa spürbar gegenüber geäußerten Veränderungsbedarfen in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten (positiv: in 16 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 9 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Rolle Europas in Fragen der Wirtschaftspolitik überwiegt unter den Teilnehmer\*innen – wenngleich auf niedrigem Niveau – der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative gegenüber einem Mehr an Zurückhaltung der Gemeinschaft (mehr Europa: in 17 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 7 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung der einzelnen Bevölkerungsgruppen offenbart, dass wirtschaftspolitische Überlegungen von Männern, formal höher Gebildeten sowie Rückmelder\*innen der berufsaktiven Altersgruppe zwischen 35 und 64 Jahren und jenen aus den westdeutschen Bundesländern überdurchschnittlich häufig thematisiert werden. Sie verweisen zudem verstärkt auf positive Aspekte Europas in diesem Politikfeld, was mutmaßlich darauf zurückzuführen ist, dass sie sich in besonderem Maße als Profiteure der wirtschaftlichen Vorteile der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betrachten.

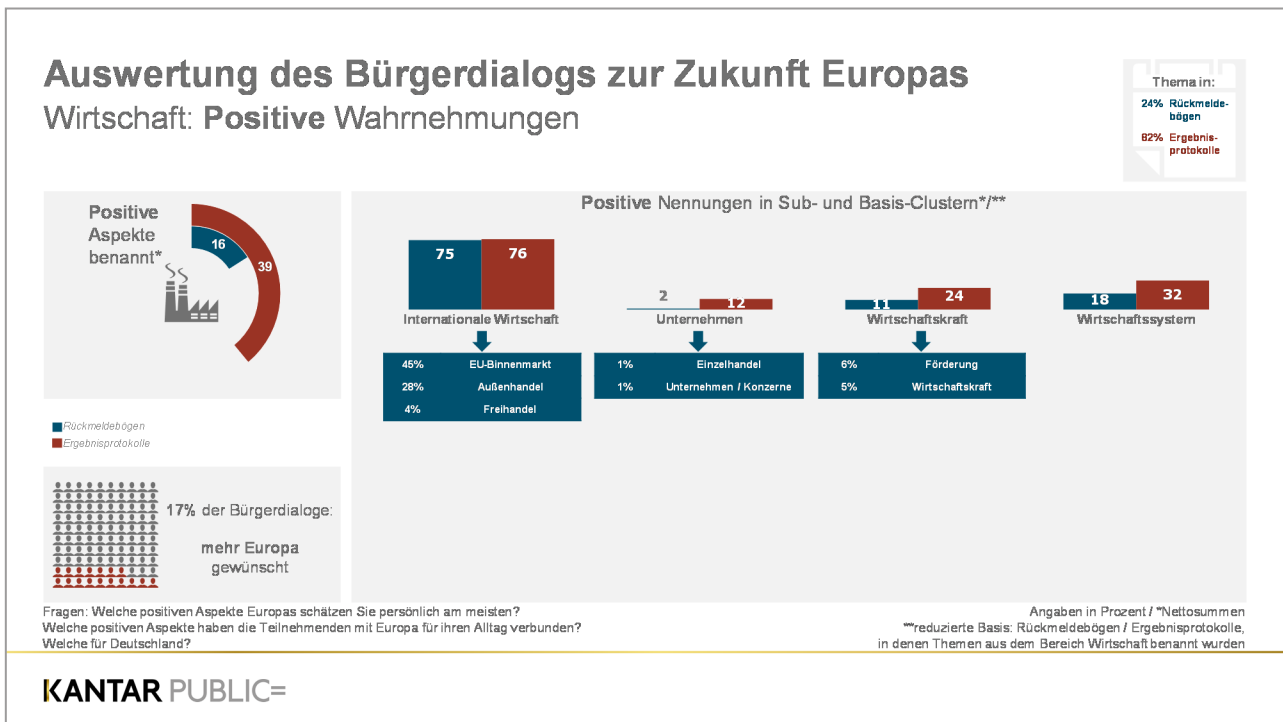


Abb. 37: Positive Wahrnehmungen im Bereich Wirtschaft

Die positiven Aspekte im wirtschaftspolitischen Sektor, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle überwiegend Fragen der internationalen Wirtschaft – in geringerem Umfang jedoch auch Aspekte des Wirtschaftssystems allgemein, der Wirtschaftsstärke und vereinzelt zu Unternehmen. In den Rückmeldungen findet sich diesbezüglich eine



vergleichbare Schwerpunktsetzung (Internationale Wirtschaft: 75 Prozent / Wirtschaftssystem: 18 Prozent / Wirtschaftskraft: 11 Prozent / Unternehmen: 2 Prozent).

Im Bereich der internationalen Wirtschaft wird von den Rückmelder\*innen insbesondere die Existenz eines **EU-Binnenmarkts** als positiver Aspekt der europäischen Integration herausgestellt. Daraus resultierende Vorteile werden sowohl häufig – aufgrund des zollfreien Warenverkehrs – für die Prosperität von Unternehmen gesehen, als auch vereinzelt – aufgrund eines breiten Warenangebots – für die Bürger\*innen. Vielfach bleiben Nennungen wie „Binnenmarkt“ oder „Außenhandel“ in den Rückmeldungen jedoch auch ohne weitere Spezifizierung.

„Gut ist die EU-Freizügigkeit (Menschen, Waren),  
der gemeinsame Binnenmarkt.“  
(aus dem Bürgerdialog in Essen am 12.07.2018)

Ebenfalls häufig wird von den Rückmelder\*innen darauf verwiesen, dass dieser gemeinsame europäische Wirtschaftsraum im globalen Kontext einen starken **Gegenpol zu den großen Wirtschaftsmächten** darstellt. In diesem Zusammenhang wird vielfach bemerkt, dass die Handlungsfähigkeit der europäischen Einzelstaaten deutlich begrenzter wäre und vereinzelt darauf verwiesen, dass globale Freihandelsabkommen einzig durch die Kraft der Gemeinschaft realisierbar sind.

„Nur eine europäische Wirtschaftskraft kann den zukünftigen "global Playern" USA, China und Indien wenigstens bedingt standhalten.“  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 25.09.2018)

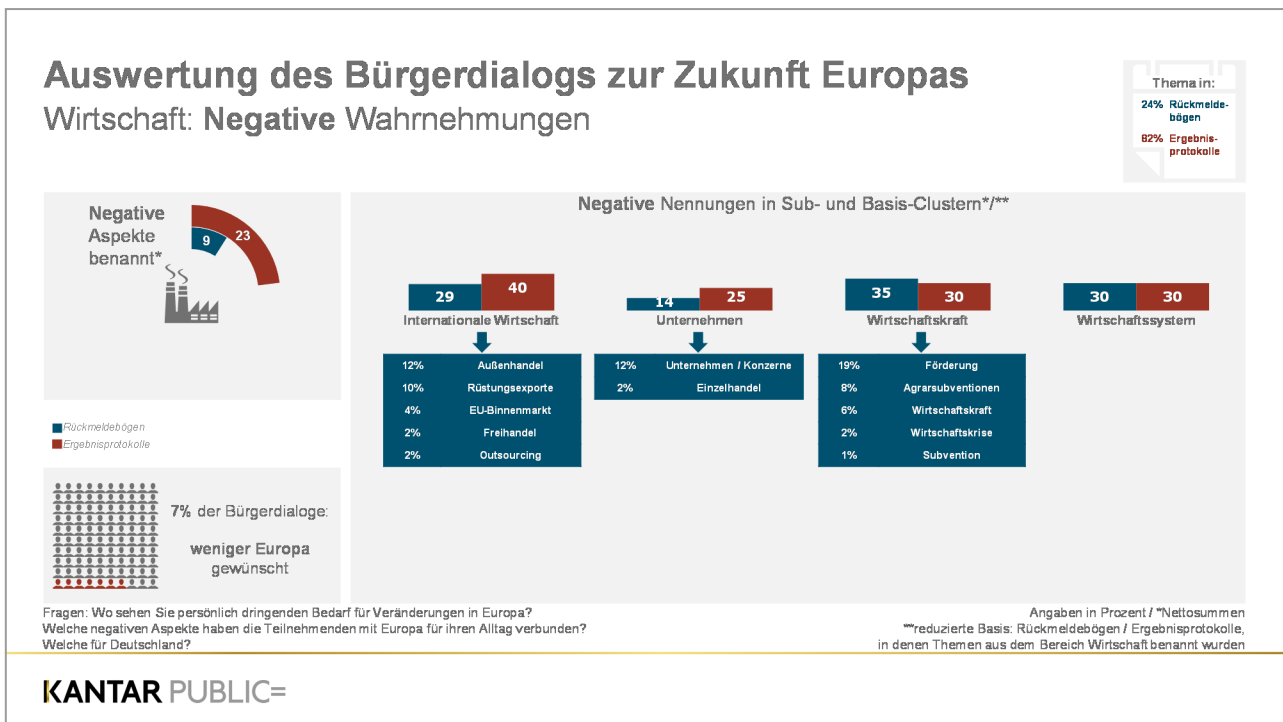


Abb. 38: Negative Wahrnehmungen im Bereich Wirtschaft



Die negativen Aspekte im Bereich Wirtschaft, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle primär Fragen der internationalen Wirtschaft sowie in jeweils vergleichbarem Umfang Aspekte des Wirtschaftssystems allgemein, der Wirtschaftsstärke und Überlegungen zu einzelnen Unternehmen. In den Rückmeldungen findet sich diesbezüglich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung, allerdings erscheint die Relevanz von Handlungsbedarfen mit Blick auf den Bereich der internationalen Wirtschaft hier weniger herausragend. (Wirtschaftskraft: 35 Prozent / Wirtschaftssystem: 30 Prozent / Internationale Wirtschaft: 29 Prozent / Unternehmen: 14 Prozent).

Jenseits der grundsätzlichen Anerkennung der Stärke des europäischen Wirtschaftsraums äußern die Rückmelder\*innen jedoch auch Sorgen und Kritik an der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Europäischen Union. Mit Blick auf die Binnenwirtschaft wird dabei insbesondere das **wirtschaftliche Ungleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft** benannt und Handlungsbedarfe hinsichtlich einer stärkeren Unterstützung gerade der südlichen Mitgliedsstaaten adressiert. Zudem sollte die Wirtschaftskraft in stärkerem Maße bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union beachtet werden. Dies gilt den Rückmelder\*innen nicht zuletzt auch als zentraler Hebel, um den Unternehmensstandort Deutschland dauerhaft zu sichern und die Abwanderung von Firmen in das – wirtschaftsstrukturell schwächere – europäische Ausland einzudämmen.

---

*„Europa müsste endlich als ein homogener Wirtschaftsraum auftreten, in dem in allen Mitgliedstaaten die gleichen Voraussetzungen herrschen.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Troisdorf am 09.10.2018)*

---

Mit Blick auf den Bereich des europäischen Außenhandels kritisieren die Rückmelder\*innen vielfach die – aus ihrer Sicht fragwürdigen – **Exportsubventionen der Europäischen Union** und verweisen diesbezüglich auf die negativen Effekte dieser Fördermaßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung der importierenden Staaten, vor allem in den Entwicklungsregionen Afrikas. Zudem werden mehrfach Handlungsbedarfe im Zusammenhang mit der **Verhandlung von Freihandelsabkommen** adressiert und dabei insbesondere ein höheres Maß an Transparenz gefordert.

---

*„Keine Transparenz in vielen Bereichen wie bei TTIP und JEFTA.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Eberswalde am 10.07.2018)*

---

Jenseits dieser konkreten Veränderungsbedarfe in den Bereichen des europäischen Binnen- und Außenhandels, erscheint in den Rückmeldungen auch die Frage nach der grundsätzlichen Ausrichtung einer gesunden Wirtschaftspolitik virulent: So wird vielfach – und in Zusammenhang mit den verschiedensten Lebens- und Politikbereichen – eine nachhaltige Form des Wirtschaftens gefordert, die der Beachtung von Umwelt- und sozialen Belangen einen zentralen Stellenwert einräumt. Besonders kritisch werden in diesem Zusammenhang Rüstungsexporte<sup>15</sup>, Agrarsubventionen<sup>16</sup> sowie die – als zu stark empfundene – staatliche Unterstützung großer Konzerne diskutiert.

---

<sup>15</sup> vgl. Kap. 3.1.3. Außen- & Sicherheitspolitik

<sup>16</sup> vgl. Kap. 3.1.1. Agrarpolitik

## 3.2. Werte

### 3.2.1. Freiheit

Freiheitsaspekte waren laut Ergebnisprotokollen in etwa neun von zehn Bürgerdialogveranstaltungen zur Zukunft Europas ein zentrales Diskussionsthema (90 Prozent der Veranstaltungen) und finden in ca. sechs von zehn Rückmeldebögen Erwähnung (62 Prozent). Freiheit ist damit der Aspekt, der von den Rückmelder\*innen am häufigsten in Zusammenhang mit Europa thematisiert wird.

Dabei ist der Wert Freiheit ganz überwiegend positiv konnotiert: Laut Ergebnisprotokollen wurden in insgesamt ca. sieben von zehn Veranstaltungen Freiheitsaspekte mit positiver Bewertung thematisiert (71 Prozent). Nur in einer kleinen Minderheit der Veranstaltungen (10 Prozent) wurden laut Protokollen explizit negative Bewertungen in Zusammenhang mit Freiheitsaspekten angesprochen. Ähnlich eindeutig ist der Befund der Rückmeldebögen, wonach Freiheitsthemen in rund sechs von zehn Rückmeldungen als positiver Aspekt Europas genannt werden (60 Prozent), während in lediglich 4 Prozent der Rückmeldungen Handlungsbedarf in diesem Zusammenhang gesehen wird.

Bei der Frage nach mehr oder weniger Europa in Zusammenhang mit Freiheitsaspekten überwiegen die pro-europäischen Nennungen in den Veranstaltungsprotokollen deutlich (mehr Europa: in 18 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 3 Prozent der Dialoge).

Die Analyse der einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass Freiheitsaspekte häufiger von formal höher gebildeten Rückmelder\*innen angesprochen werden als von jenen mit niedrigem beziehungsweise mittlerem Bildungsabschluss oder noch in Ausbildung befindlichen. Dies gilt auch für Rückmelder\*innen des mittleren Alterssegments von 35 bis 64 Jahren, die zudem überdurchschnittlich häufig auf positive Aspekte in diesem Bereich verweisen. Veränderungsbedarfe werden dagegen verstärkt von über 65jährigen adressiert, die primär stärkere Grenzkontrollen und einen besseren Schutz der Außengrenzen Deutschlands beziehungsweise Europas fordern. Die Älteren reklamieren auch das Fehlen dieses Themas in den Dialogveranstaltungen überdurchschnittlich häufig.

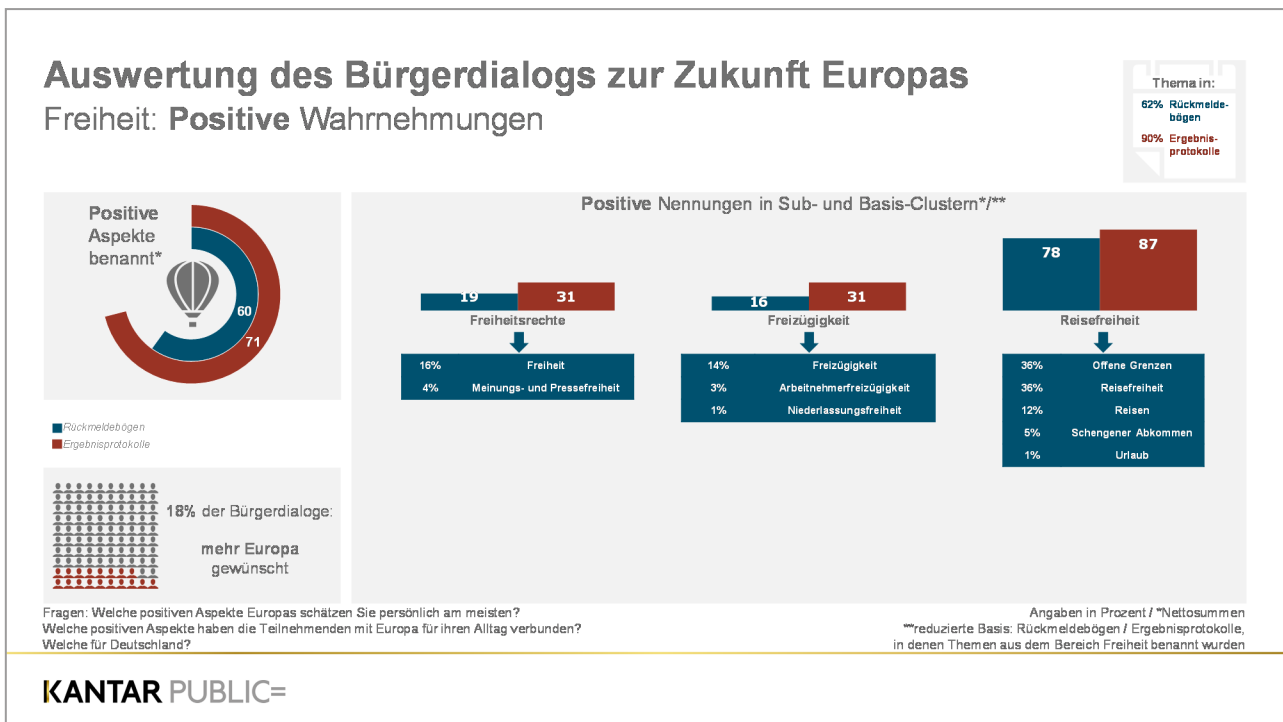


Abb. 39: Positive Wahrnehmungen im Bereich Freiheit

Die positiven Freiheitsaspekte, die in den Dialogveranstaltungen genannt wurden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle insbesondere Aspekte der Reisefreiheit. Überlegungen zu den Sub-Themen Freizügigkeit und Freiheitsrechte – in positiv konnotiertem Sinn – spielten demgegenüber eine nachrangige Rolle. In den Rückmeldungen zeigt sich – auf geringfügig niedrigerem Niveau – eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Reisefreiheit: 78 Prozent / Freiheitsrechte: 19 Prozent / Freizügigkeit: 16 Prozent).

Rückmeldungen, die Freiheitsaspekte als positiven Wert Europas thematisieren, beziehen sich überwiegend auf die **Möglichkeit des uneingeschränkten und unkomplizierten Reisens** innerhalb Europas ohne Visumpflichten und Passkontrollen. Dazu zählen auch nicht oder kaum spürbare Grenzen mit Nachbarländern, die vor allem in den Grenzregionen grenzüberschreitende Alltagswege ermöglichen. Alle diese Aspekte werden häufig unter den Stichworten „Reisefreiheit“, „offene Grenzen“ und „Schengener Abkommen“ als positives Merkmal Europas in den Rückmeldebögen dokumentiert.

---

„Die Möglichkeit überall hinzureisen ohne verpflichtet zu sein,  
meinen Ausweis zu zeigen.“

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 15.05.2018)*

---

Darüber hinaus wird die **Freizügigkeit** – also die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit ohne Aufenthaltstitel sowie die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Unionsbürger\*innen – in nennenswertem Umfang als positive Errungenschaft Europas erwähnt.

---

„Die Freiheit innerhalb von Europas ohne Grenzen reisen zu können, wohnen zu können und arbeiten zu können.“

*(aus dem Bürgerdialog in Augsburg am 27.09.2018)*

---

Auffällig ist, dass die Aspekte der Reisefreiheit und Freizügigkeit häufig auch in Zusammenhang mit (inter)kulturellem Austausch innerhalb Europas (Menschen, Jugend, Bildung, Sprachen) Erwähnung finden.<sup>17</sup>

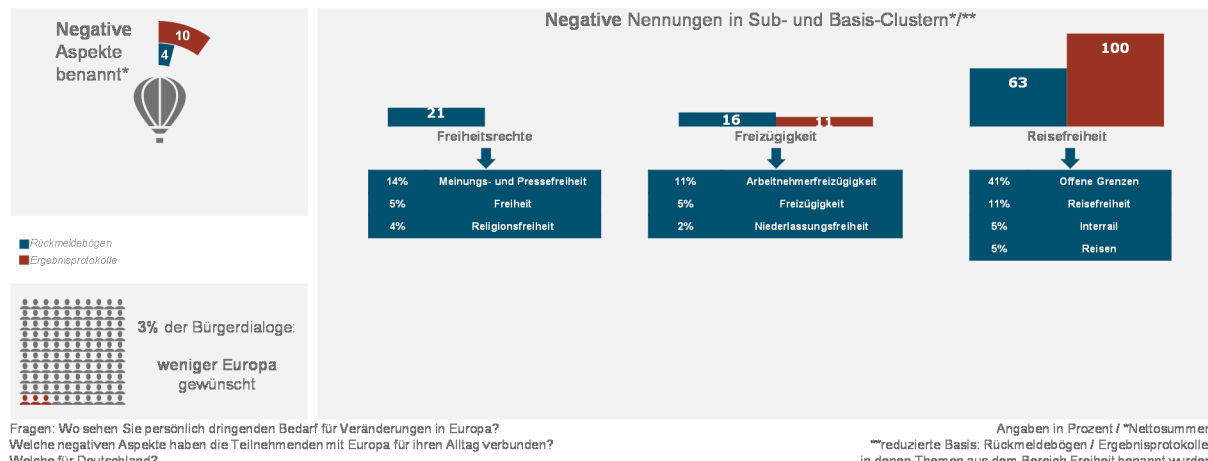
Vergleichsweise oft wird der Begriff „**Freiheit**“ allerdings ohne weitere Spezifikationen in den Rückmeldebögen als positiver Aspekt Europas benannt. Eher vereinzelt werden in diesem Zusammenhang weitere positive Aspekte der Kategorie „Freiheit“ angesprochen, wie zum Beispiel Pressefreiheit, Meinungsfreiheit oder (die sich auf Freizügigkeit beziehenden) Grundfreiheiten. Dies erfolgt zumeist ebenfalls ohne weitere Konkretisierung. Presse- und Meinungsfreiheit finden jedoch vielfach in Zusammenhang mit Demokratie und Grundrechten als positive beziehungsweise zu verteidigende Errungenschaften Erwähnung.

---

<sup>17</sup> vgl. Kap. 3.1.10. Kultur & Religion

## Auswertung des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas Freiheit: Negative Wahrnehmungen

Thema in:  
62% Rückmeldebögen  
90% Ergebnisprotokolle



KANTAR PUBLIC=

Abb. 40: Negative Wahrnehmungen im Bereich Freiheit

Die wenigen negativen Nennungen im Bereich des Wertes Freiheit, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle quasi durchweg Aspekte der Reisefreiheit beziehungsweise der offenen Grenzen. Zusätzlich finden sich in den Protokollen auch negativ konnotierte Aspekte der Freizügigkeit. In den Rückmeldungen liegt der Schwerpunkt der Kritik ebenso auf Aspekten der Reisefreiheit beziehungsweise offenen Grenzen. Neben der Freizügigkeit, die in vergleichbarem Umfang wie in den Protokollen thematisiert wird, werden auch noch (eine nötige Verteidigung der) Freiheitsrechte als Herausforderung für Europa angesprochen. (Reisefreiheit / offene Grenzen: 63 Prozent / Freiheitsrechte: 21 Prozent / Freizügigkeit: 16 Prozent).

Handlungsbedarf wird mit Bezug auf Freiheitsaspekte nur vereinzelt von den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Europa adressiert. Diese zielen teilweise auf einen **Ausbau der Freiheitsrechte** ab, etwa in dem ein europäischer Pass, die Abschaffung innereuropäischer Grenzkontrollen oder Nachbesserungen in Bezug auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit gefordert werden. Teilweise wird auch ein Demokratiedefizit gesehen beziehungsweise die stärkere Verteidigung von verbindlichen rechtsstaatlichen und demokratischen Normen sowie der Meinungs- und Pressefreiheit gefordert.

„Stärkere Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien:  
Zum Beispiel ist der lasche Umgang mit Polens Richterbesetzungen inakzeptabel.“

(aus dem Bürgerdialog in Bad Homburg am 05.10.2018)

Umgekehrt wird teilweise aber auch ein **Weniger an Freiheit** gefordert: In diesem Zusammenhang wird zumeist ein besserer Schutz der Außengrenzen beziehungsweise die Verstärkung von Grenzkontrollen verlangt. Lediglich vereinzelt werden offene Grenzen explizit als Einfallstor für Wirtschaftsflüchtlinge und Kriminelle kritisiert, sowie eine EU-Binnenwanderung in die Sozialsysteme über den Weg der Niederlassungsfreiheit.

### 3.2.2. Gerechtigkeit

Fragen der Gerechtigkeit wurden laut Ergebnisprotokollen in etwa sechs von zehn Bürgerdialogveranstaltungen zur Zukunft Europas thematisiert (59 Prozent der Veranstaltungen), finden aber in den Rückmeldebögen der Teilnehmer\*innen spürbar seltener Erwähnung (12 Prozent).

Dabei überwiegt eine insgesamt leicht negative Wahrnehmung: Laut der Protokolle wurden in rund jeder zwanzigsten Veranstaltung (6 Prozent) explizit positive Aspekte genannt – in jedem zehnten Dialog (10 Prozent) Gerechtigkeitsaspekte aber auch in negativem Kontext protokolliert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegt der Veränderungsbedarf ebenfalls spürbar: Hier werden zwar in vergleichbarem Umfang wie in den Veranstaltungen negative Gerechtigkeitsaspekte benannt (in 9 Prozent der Rückmeldungen), aber nur vereinzelt (in 3 Prozent der Rückmeldungen) positive Gesichtspunkte erwähnt.

Bei der Frage, ob im Zusammenhang mit Gerechtigkeitsfragen mehr oder weniger Europa wünschenswert ist, wird in den Veranstaltungsprotokollen einhellig für mehr Europa plädiert (mehr Europa: in 17 Prozent der Veranstaltungen / weniger Europa: in 0 Prozent der Veranstaltungen).

Der Blick auf die einzelnen Teilgruppen zeigt, dass Frauen Fragen der Gerechtigkeit in den Rückmeldungen insgesamt eher zum Thema machen als Männer. Ähnliches gilt – bei vergleichsweise niedriger Fallzahlbasis – auch für Rückmelder\*innen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Sie fordern in besonderer Weise mehr Solidarität innerhalb Europas ein, während Frauen in diesem Zusammenhang überdurchschnittlich oft Aspekte der Gleichberechtigung und der Verteilungsgerechtigkeit ansprechen.

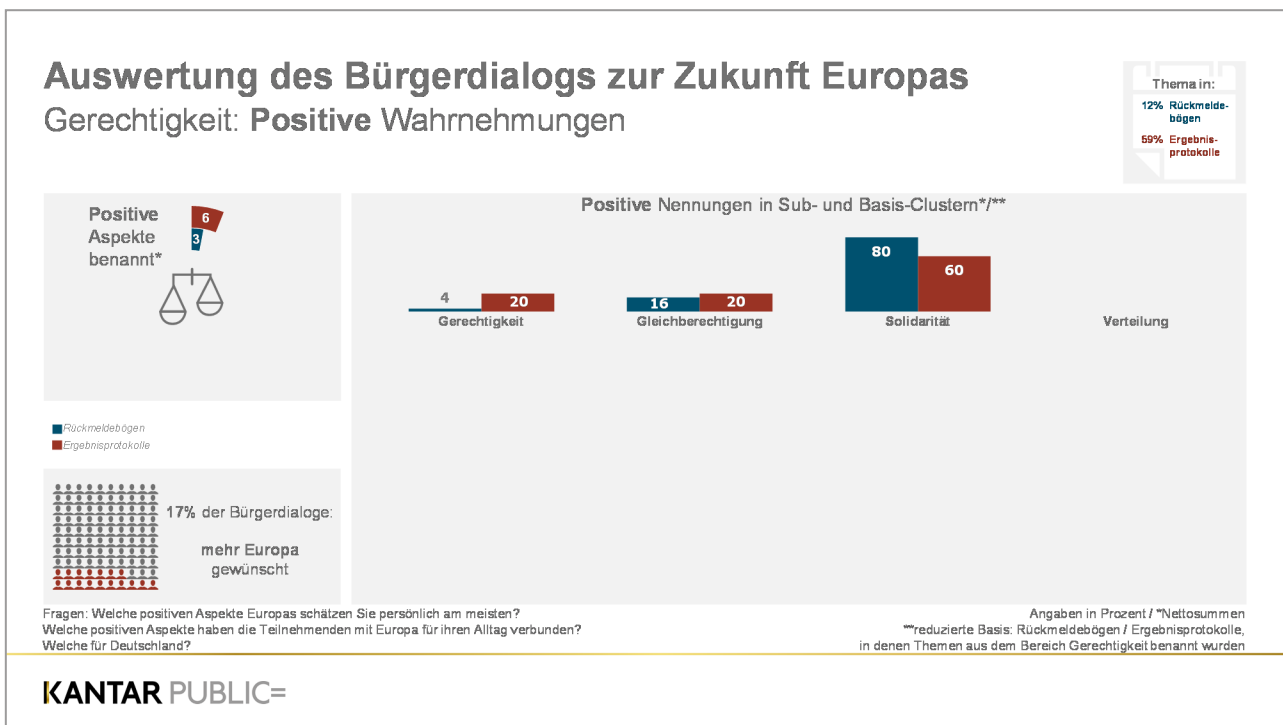


Abb. 41: Positive Wahrnehmungen im Bereich Gerechtigkeit

Die wenigen explizit positiven Gerechtigkeitsaspekte, die in den Dialogveranstaltungen thematisiert wurden, beziehen sich laut der Ergebnisprotokolle überwiegend auf die (internationale) Solidarität im Rahmen der EU, sowie auf Fragen der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit allgemein. In

den Rückmeldungen ist die Konzentration auf Fragen der Solidarität noch deutlich ausgeprägter (Solidarität: 80 Prozent / Gleichberechtigung: 16 Prozent / Gerechtigkeit: 4 Prozent).

In der Kategorie Gerechtigkeit dominieren bei den Rückmeldungen auf positiver Seite eindeutig Aspekte der **Solidarität als Geben und Nehmen zwischen den Mitgliedstaaten**: So wird die EU insbesondere für die Idee der Solidarität zwischen Nationen gelobt, die vor allem das europäische Miteinander stärken soll.

„Solidarität (Hilfe und Gegenleistung) der Länder untereinander – ein Miteinander.“

(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)

Darüber hinaus werden auf positiver Seite in den Rückmeldungen vereinzelt Gleichberechtigungsaspekte erwähnt: Hier wird primär auf Geschlechtergerechtigkeit abgezielt. Zudem taucht auch auf positiver Seite der Begriff Gerechtigkeit auf – allerdings zumeist nur als alleinstehendes Stichwort ohne weitere Kontextualisierung.

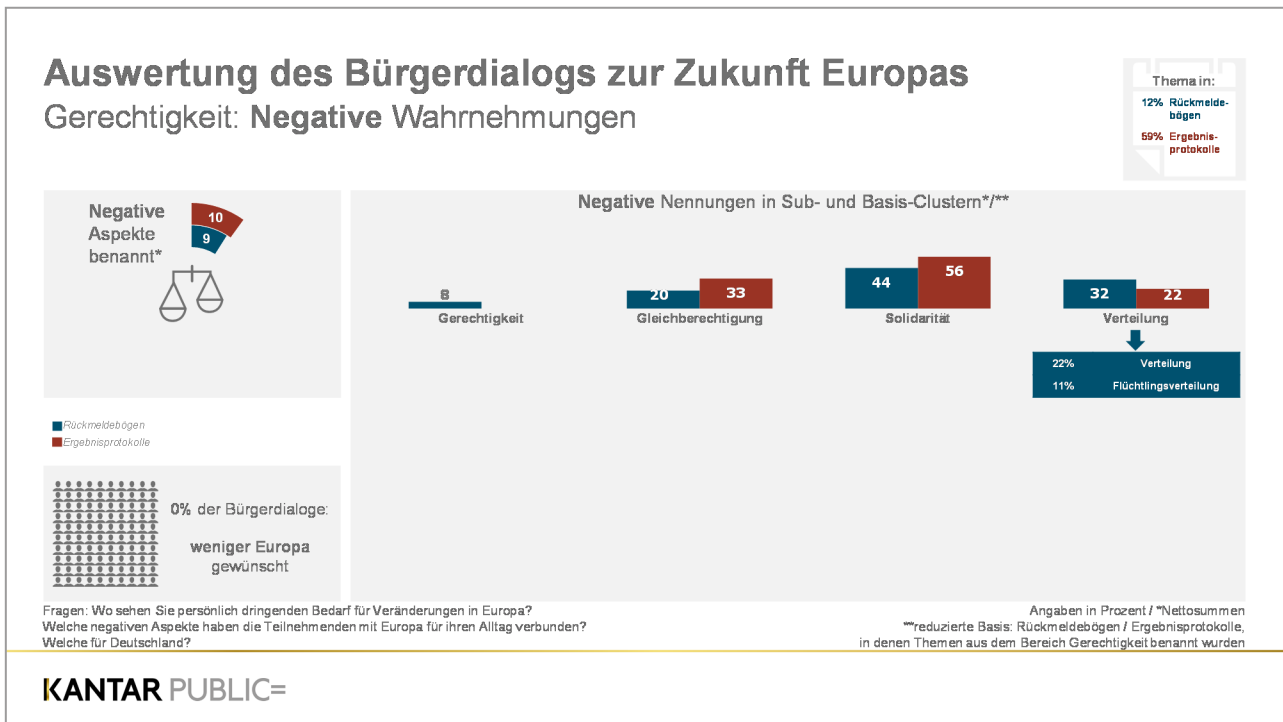


Abb. 42: Negative Wahrnehmungen im Bereich Gerechtigkeit

Die negativen Gerechtigkeitsaspekte, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisieren laut Ergebnisprotokollen überwiegend Fragen der Solidarität im Rahmen der Europäischen Union. Hinzu kommen Aspekte der Gleichberechtigung und Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. In den Rückmeldungen stehen neben den Solidaritätsaspekten dagegen auch stärker Verteilungsfragen im Fokus. Negative Aspekte der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit allgemein werden dagegen vergleichsweise selten erwähnt. (Solidarität: 44 Prozent / Verteilung: 32 Prozent / Gleichberechtigung: 20 Prozent / Gerechtigkeit: 8 Prozent).

In der Kategorie Gerechtigkeit wird häufig kritisiert, dass es an einem europäischem Solidaritätsgedanken zu stark mangle. Es wird mehr Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten eingefordert aber teilweise auch mit Ländern außerhalb Europas, zum Beispiel im Kontext der Bekämpfung von Fluchtursachen.

---

*„Mehr Solidarität untereinander und weniger "Futterneid": Sollte Deutschland nicht dazu bereit sein, krisengebeutelten Ländern stärker finanziell zu helfen? Ein gemeinsames Sozialsystem könnte viel Positives bewirken.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Hamburg am 14.09.2018)*

---

Am stärksten manifestiert sich dieser Solidaritätsgedanke in Bezug auf die Asyl- beziehungsweise Flüchtlingspolitik in der EU: Hier wird häufig ein zu geringes Maß an Solidarität konstatiert und es werden insbesondere Fragen der **Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern** innerhalb Europas in starkem Maße als Gerechtigkeitsdefizit adressiert.

---

*„Ich sehe auf jeden Fall dringend Bedarf an der Verteilung der Flüchtlinge, beziehungsweise eine gerechte Verteilung auf alle Länder in Europa.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Bad Homburg am 05.10.2018)*

---

Vereinzelt wird zudem die Verteilung von (Agrar)Subventionen im negativen Sinne thematisiert, sowie die Verteilung der Kosten im Rahmen der Euro-Rettung kritisiert.

Darüber hinaus werden auf negativer Seite der Rückmeldungen vereinzelt Gleichberechtigungsspekte erwähnt: Hier wird – sofern der Begriff überhaupt weiter spezifiziert wird – primär auf eine mangelnde berufliche beziehungsweise gehaltsmäßige Gleichstellung von Männern und Frauen abgezielt.

Der Begriff Gerechtigkeit taucht im negativen Kontext der Rückmeldungen zumeist als Herausforderung für die Zukunft Europas auf: In diesem Zusammenhang wird meistens mehr soziale Gerechtigkeit gefordert und dabei teilweise auf das soziale Ungleichgewicht innerhalb der EU verwiesen. Vereinzelt wird die Notwendigkeit von mehr Chancen- beziehungsweise Bildungsgerechtigkeit betont.



### 3.2.3. Gleichheit

Gleichheitsaspekte fanden laut Ergebnisprotokollen in rund drei von zehn Bürgerdialogveranstaltungen zur Zukunft Europas Erwähnung (29 Prozent der Veranstaltungen). In den Rückmeldebögen wird das Thema spürbar seltener aufgegriffen (7 Prozent).

Wertenden Charakter haben diese Äußerungen vergleichsweise selten: Laut der Protokolle wurden in lediglich 3 Prozent der Veranstaltungen explizit positive Gleichheitsaspekte genannt und in etwa jedem zwanzigsten Dialog (6 Prozent) das Thema in negativem Kontext erwähnt. Unter den Rückmelder\*innen zeigt sich ein vergleichbares Bild: Auch hier sind Gleichheitsaspekte nur in 2 Prozent der Rückmeldungen positiv konnotiert, während sie in jeder zwanzigste Rückmeldung (5 Prozent) negativen Charakter haben.

Bei der Frage, ob im Zusammenhang mit Gleichheitsaspekten mehr oder weniger Europa wünschenswert ist, ist das Meinungsbild laut Veranstaltungsprotokollen relativ geteilt (mehr Europa: in 7 Prozent der Veranstaltungen / weniger Europa: in 6 Prozent der Veranstaltungen).

Die Analyse der Teilgruppen zeigt, dass vor allem Rückmelder\*innen mit niedriger oder mittlerer Schulbildung Gleichheitsaspekte vergleichsweise stärker thematisieren als solche mit höherem Schulabschluss. Formal niedrig/mittel Gebildete verweisen zudem doppelt so häufig auf entsprechende Veränderungsbedarfe. Dahinter verbergen sich in erster Linie Forderungen nach einer stärkeren Vereinheitlichung verschiedener europäischer Politiken im Sinne einer Harmonisierung (genannt wurden zum Beispiel eine einheitliche Sozial-, Umwelt- oder Energiepolitik).

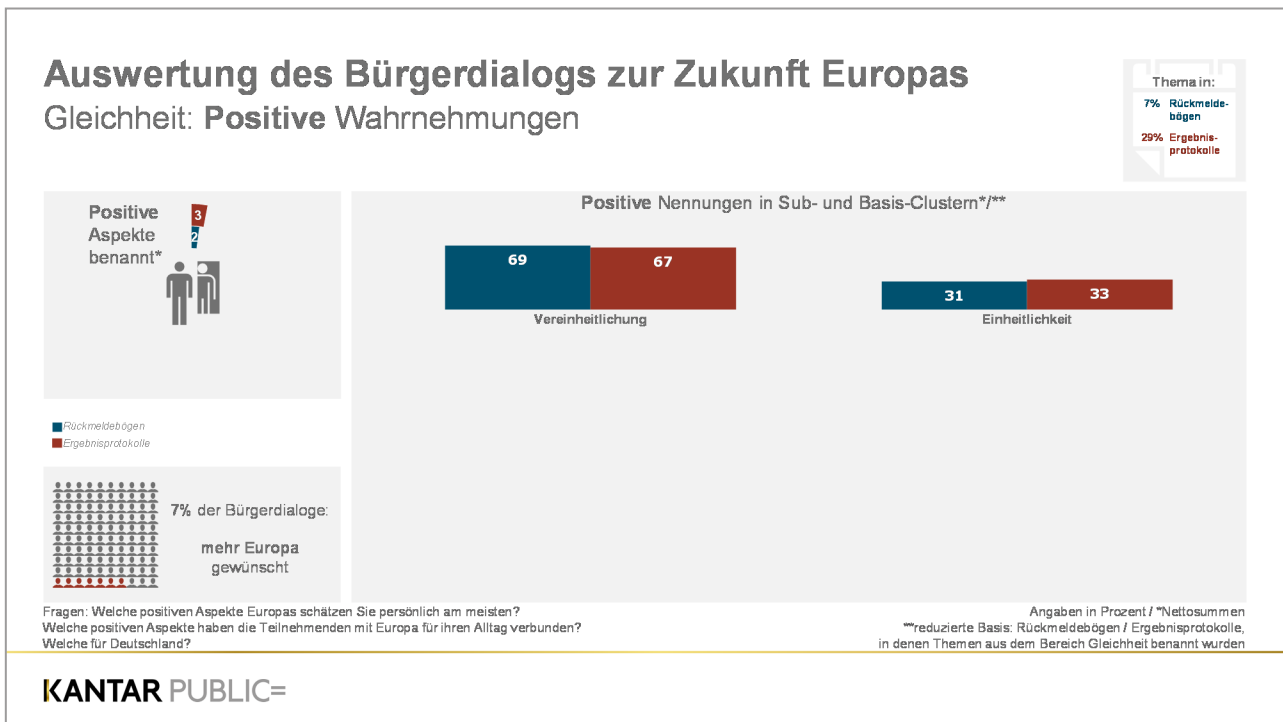


Abb. 43: Positive Wahrnehmungen im Bereich Gleichheit

Der Themencluster Gleichheit setzt sich aus den Sub-Clustern „Einheitlichkeit“ und „Vereinheitlichung“ zusammen, wobei sich „Einheitlichkeit“ eher auf einen (angestrebten) Zustand bezieht, während „Vereinheitlichung“ eher einen Prozess-Charakter hat. Die wenigen positiven Angaben zu diesem Themenkomplex, die in den Protokollen der Dialogveranstaltungen dokumentiert sind, thematisierten überwiegend Nennungen aus dem Sub-Cluster „Vereinheitlichung“ – in geringerem Umfang



auch aus dem Sub-Cluster der „Einheitlichkeit“. In den Rückmeldungen zeigt sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Vereinheitlichung: 69 Prozent / Einheitlichkeit: 31 Prozent).

Positive Aspekte Europas mit Blick auf Gleichheitsaspekte wurden in den Veranstaltungsprotokollen und Rückmeldebögen vergleichsweise selten thematisiert. Mehrheitlich werden darunter Aspekte der Angleichung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen innerhalb Europas verstanden: Dies gilt insbesondere für die **Vereinheitlichung von internationalen Standards, Regeln und Normen**, aber auch für die Vereinfachung und Harmonisierung von Vorschriften und Strukturen, die das Leben erleichtern – insbesondere wenn man innerhalb Europas über Ländergrenzen hinweg lebt beziehungsweise arbeitet.

*„Gerade die Freizügigkeit und einheitliche Standards / Normen /  
Regelungen schätze ich an Europa.“  
(aus dem Bürgerdialog in Trier am 08.10.2018)*

Auch eine einheitliche Außendarstellung der EU in einer globalisierten Welt wird vereinzelt als positives Element wahrgenommen: Dadurch werde die EU zu einer Stimme mit Gewicht.

Der Begriff „Gleichheit“ als explizit positiven Aspekt Europas wurde in nur wenigen Einzelnennungen rückgemeldet: Diese beziehen sich unter anderem auf den Euro als einheitliche, gleiche Währung, auf soziale Gleichheit sowie auf Gleichheit an sich (ohne weitere Spezifizierung).

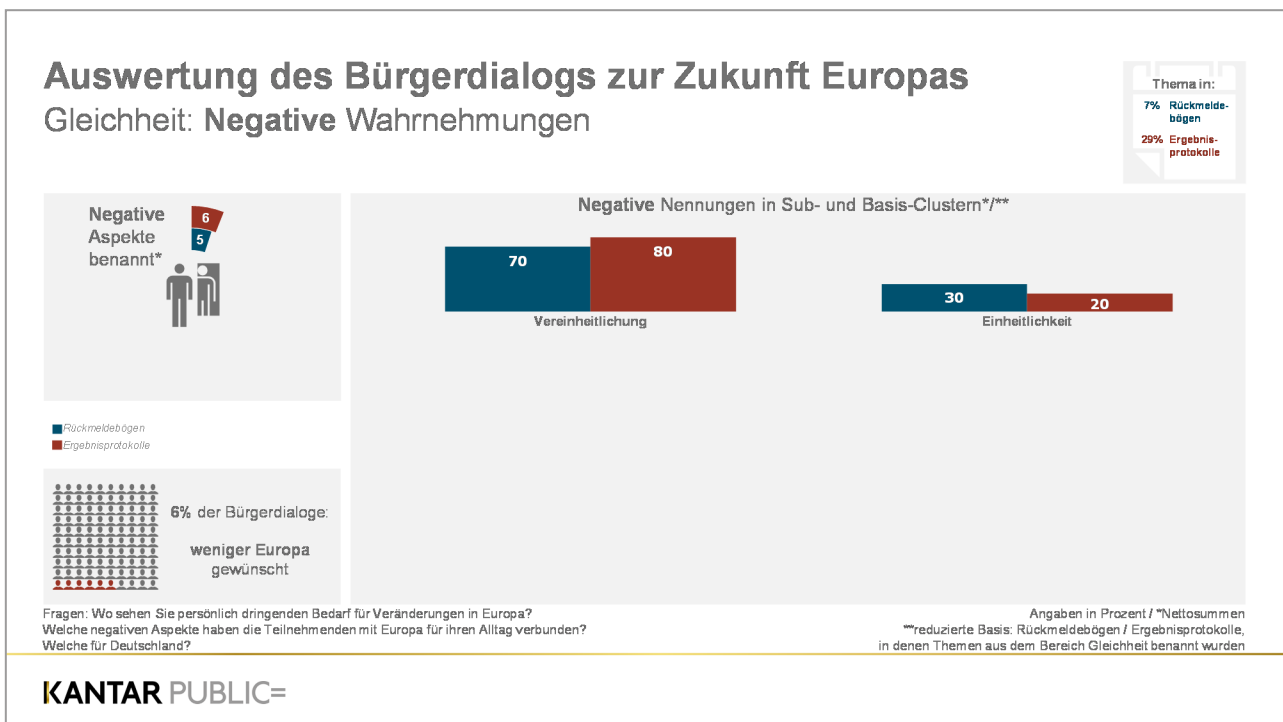


Abb. 44: Negative Wahrnehmungen im Bereich Gleichheit

In Bezug auf die negativen Aspekte dieses Themenclusters wurden in den Protokollen der Dialogveranstaltungen überwiegend Nennungen aus dem Sub-Cluster „Vereinheitlichung“ dokumentiert und auch in den Rückmeldungen bezieht sich die Mehrzahl der Nennungen auf dieses Sub-Cluster (Vereinheitlichung: 70 Prozent / Einheitlichkeit: 30 Prozent).

Handlungsbedarf für Europa wird in einer ganzen Reihe von einzelnen Politikfeldern gesehen, wie zum Beispiel die **Angleichung**

- der Steuer-, Finanz- und Rechtssysteme,
- der Gesundheitssysteme und Krankenkassen,
- der militärischen Ausrüstung als Basis für eine künftige europäische Armee
- von Energie- und Umweltpolitiken beziehungsweise Umweltstandards
- von Berufs- und Ausbildungsabschlüssen und Studiengängen,
- sowie die Harmonisierung der Sozialpolitiken.

Allerdings trifft dieser häufig geäußerte Wunsch nach stärkerer Angleichung und Harmonisierung auch auf die Befürchtung vor **Gleichmacherei und dem Verlust von kultureller, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Vielfalt**.

---

*„Jeder nach seinen guten Fähigkeiten, keine Gleichmacherei:*

*Ein Europa der Regionen.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)*

---

In diesem Zusammenhang wird auch ein **Zuviel an „überflüssiger Normierung“** und Standardisierung kritisiert und vereinzelt der Abbau sogenannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse gefordert. Die Meinung der Rückmeldenden ist in dieser Frage also keinesfalls einheitlich.

Der Begriff „Gleichheit“ als explizit negativer Aspekt Europas wurde zumeist im Kontext von Forderungen nach mehr **sozialer Gleichheit** in Europa thematisiert, also der Angleichung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, von Löhnen und Renten, aber auch Wahlstimmen. In diesem Kontext wird vereinzelt auch ein Mehr an Chancengleichheit und Bildungschancen reklamiert.

### 3.2.4. Offenheit & Transparenz

Nennungen, die in die Kategorie Offenheit & Transparenz fallen, fanden sich nur in etwa jedem achten Ergebnisprotokoll der Bürgerdialogveranstaltungen zur Zukunft Europas (13 Prozent der Veranstaltungen) und werden nur in etwa jedem zwanzigsten Rückmeldebogen (5 Prozent) thematisiert.

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in der Veranstaltungen nur vereinzelt (1 Prozent) positive Aspekte Europas in diesem Bereich benannt – geringfügig häufiger hingegen (in 2 Prozent der Dialoge) negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen halten sich positive Nennungen und Veränderungsbedarfe hingegen in etwa die Waage (positiv: in 1 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 1 Prozent der Rückmeldungen).

Bei der Frage ob im Zusammenhang mit Offenheit & Transparenz mehr oder weniger Europa wünschenswert ist, wird laut der Veranstaltungsprotokolle vereinzelt für mehr Europa plädiert. Ein gegenteiliger Wunsch findet sich in keinem Veranstaltungsprotokoll (mehr Europa: in 3 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 0 Prozent der Dialoge).

Die Analyse der einzelnen Teilgruppen zeigt, dass das Thema Offenheit & Transparenz häufiger von west- als von ostdeutschen Rückmelder\*innen adressiert wird. Dabei sehen Westdeutsche in dieser Frage vor allem häufiger einen dringenden Handlungsbedarf für Europa. Die Forderung nach mehr Offenheit & Transparenz in Europa wird tendenziell auch von Rückmelder\*innen im Alter von 65 und mehr Jahren überdurchschnittlich stark unterstützt. Aufgrund der insgesamt aber vergleichsweise geringen Anzahl an Nennungen zu diesem Thema ist eine detailliertere Betrachtung der Ansichten einzelner Bevölkerungsgruppen hierzu jedoch nicht möglich.

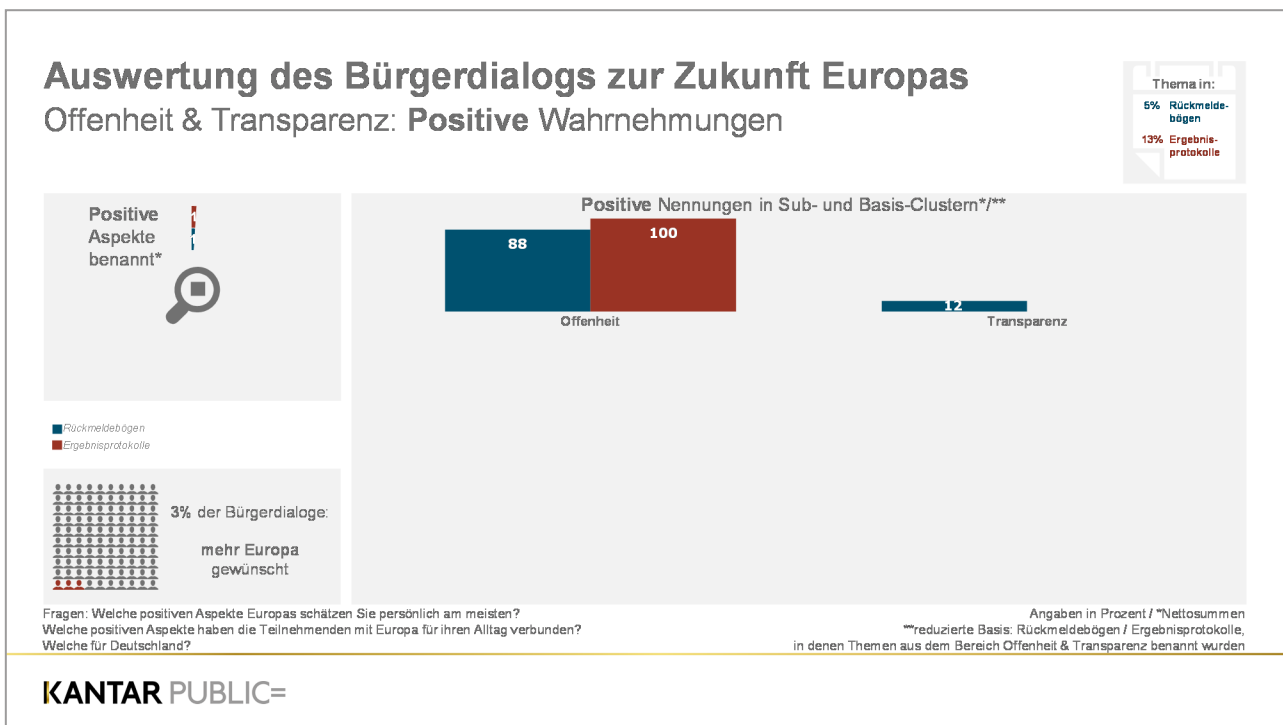


Abb. 45: Positive Wahrnehmungen im Bereich Offenheit & Transparenz

Die wenigen explizit positiven Nennungen aus dem Bereich Offenheit & Transparenz, die in den Dialogveranstaltungen thematisiert wurden, beziehen sich laut Ergebnisprotokollen ausschließlich auf Aspekte der Offenheit. In den Rückmeldungen wird Transparenz zumindest vereinzelt als positives Element erwähnt (Offenheit: 88 Prozent / Transparenz: 12 Prozent).

Offenheit als positiver Aspekt Europas wird im Rahmen der Rückmeldungen überwiegend als **Welt-offenheit beziehungsweise kulturelle Offenheit** verstanden, mit dem Ziel des Abbaus von Vorurteilen und einem Mehr an gegenseitigem Verständnis und Toleranz.

„Offenheit und Freiheit in Europa – eine Annäherung der Menschen,  
zum Beispiel durch EU-Programme wie Erasmusplus.“  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 07.05.2018)

In diesem Zusammenhang wird teilweise auch auf die Offenheit der Grenzen verwiesen, die die verschiedenen Formen des kulturellen Austauschs ermöglicht beziehungsweise vereinfacht. Vereinzelt wird Offenheit auch als Fähigkeit zur (gewünschten) Kooperation zwischen den EU-Mitglieds-ländern thematisiert. Häufiger taucht der Begriff allerdings nur als für sich stehendes Schlagwort auf. Dieses fällt dann häufig im Kontext von anderen Stichworten wie Frieden, Freiheit oder Demokratie.

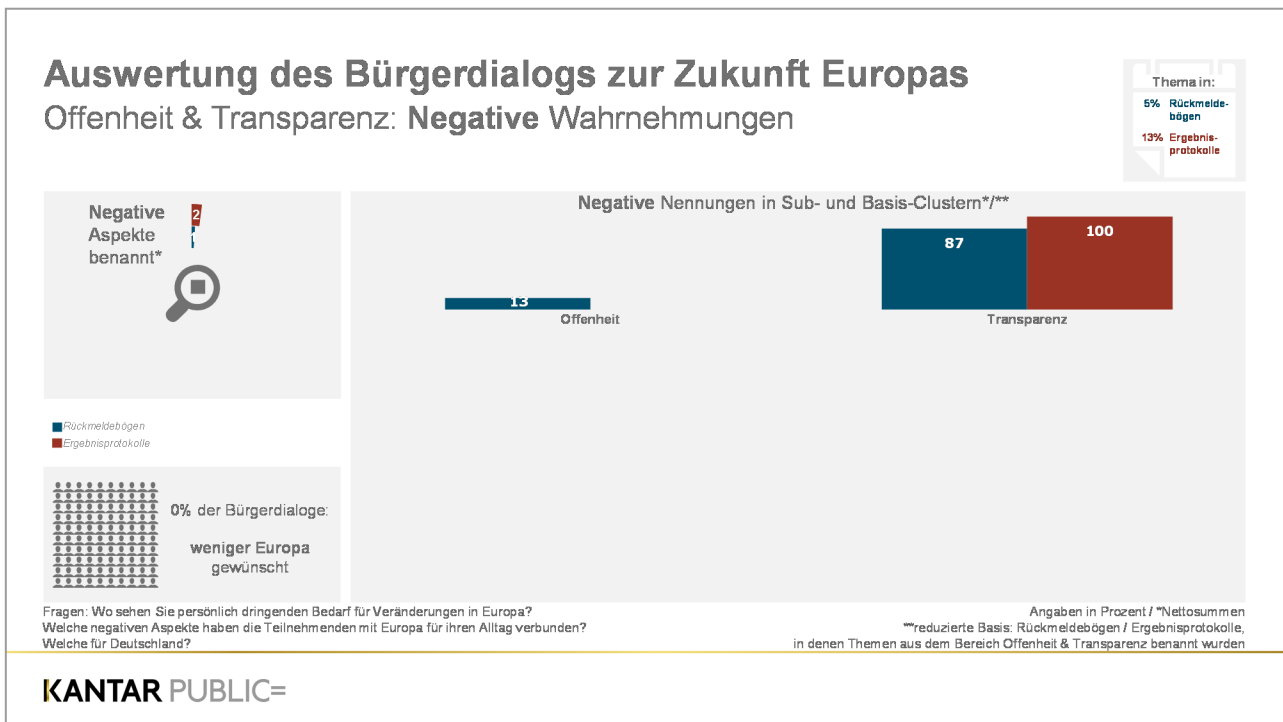


Abb. 46: Negative Wahrnehmungen im Bereich Offenheit & Transparenz

Negativ konnotierte Beiträge des Clusters Offenheit & Transparenz, die in den Dialogveranstaltungen protokolliert wurden, beziehen sich im Gegensatz zu den positiven Aspekten ausschließlich auf das Sub-Cluster Transparenz. In den Rückmeldungen sieht die Verteilung zwar ähnlich aus, allerdings werden hier zumindest vereinzelt auch Aspekte der Offenheit als negativ eingestuft (Transparenz: 87 Prozent / Offenheit: 13 Prozent).

Während in diesem Themencluster Offenheit ganz überwiegend eine positive Bedeutung zugeschrieben wird, ist im Rahmen von negativen Aspekten oder Handlungsbedarfen Europas ganz überwiegend Transparenz das Thema. Dabei wird in den Rückmeldungen der Teilnehmer\*innen vor allem eine **fehlende Transparenz im politischen Entscheidungsprozess** auf europäischer Ebene kritisiert und teilweise auch auf mangelnde Informationen über die politische Arbeit verwiesen.

---

*„Größere Transparenz politischer Entscheidungen  
auf europäischer Ebene.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)*

---

Häufig wird die Forderung nach größerer Transparenz allerdings relativ pauschal und ohne weitere Konkretisierung erhoben. In Einzelfällen wird der Vorwurf der mangelnden Transparenz allerdings an spezifischen Themen festgemacht (zum Beispiel mit Bezug zu den Handelsabkommen TTIP oder CETA, zum Einfluss von Lobbyisten oder zu internationalen Finanzströmen).

Teilweise wird das Thema Transparenz auch mit der Forderung nach mehr **Aufklärung und Wissensvermittlung sowie mehr Bürgerbeteiligung** verknüpft.

---

*„Im Bereich der Transparenz und Bürgerbeteiligung, um als EU-Bürger  
über Verfahren, Entscheidungen und Prozesse aufgeklärt zu sein und  
partizipieren zu können.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)*

---

Die Forderung nach mehr Offenheit in Europa wird lediglich in Einzelfällen als negative Ableitung in den Rückmeldebögen angesprochen: Diese erfolgt entweder pauschal oder findet in dem explizitem Wunsch nach einem größeren Maß an kultureller Offenheit Ausdruck.

### 3.2.5. Respekt & Toleranz

Aspekte, die in der Kategorie „Respekt & Toleranz“ zusammengefasst wurden, fanden laut Ergebnisprotokollen in etwa jeder siebten Bürgerdialogveranstaltung (15 Prozent der Dialoge) zur Zukunft Europas Erwähnung und wurden in lediglich drei Prozent der Rückmeldebögen genannt. Damit stellt „Respekt & Toleranz“ sowohl bei den Veranstaltungsprotokollen als auch bei den individuellen Rückmeldungen die Kategorie mit dem geringsten Anteil an Erwähnungen dar.

Das Thema Respekt & Toleranz fand laut der Ergebnisprotokolle insgesamt in fünf Prozent der Dialogveranstaltungen eine explizit positive Erwähnung, entsprechende negative Nennungen wurden in keinem der Bürgerdialoge protokolliert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegen hingegen Nennungen zu Handlungsbedarfen leicht gegenüber der Erwähnung positiver Aspekte (positiv: in 1 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 3 Prozent der Rückmeldungen)

Bei der Frage, ob im Zusammenhang mit Respekt & Toleranz mehr oder weniger Europa wünschenswert ist, wird laut den Veranstaltungsprotokollen vereinzelt für mehr Europa plädiert. Ein gegenteiliger Wunsch findet sich in keinem Veranstaltungsprotokoll (mehr Europa: in 2 Prozent der Veranstaltungen / weniger Europa: in 0 Prozent der Veranstaltungen).

Die Analyse der einzelnen Teilgruppen zeigt, dass Aspekte der Kategorie Respekt & Toleranz vergleichsweise häufiger von Rückmelder\*innen im Alter von 65 und mehr Jahren angesprochen werden. Eine tiefergehende Betrachtung ist an dieser Stelle allerdings aufgrund der vergleichsweise geringen zugrundeliegenden Fallzahlen nicht möglich.

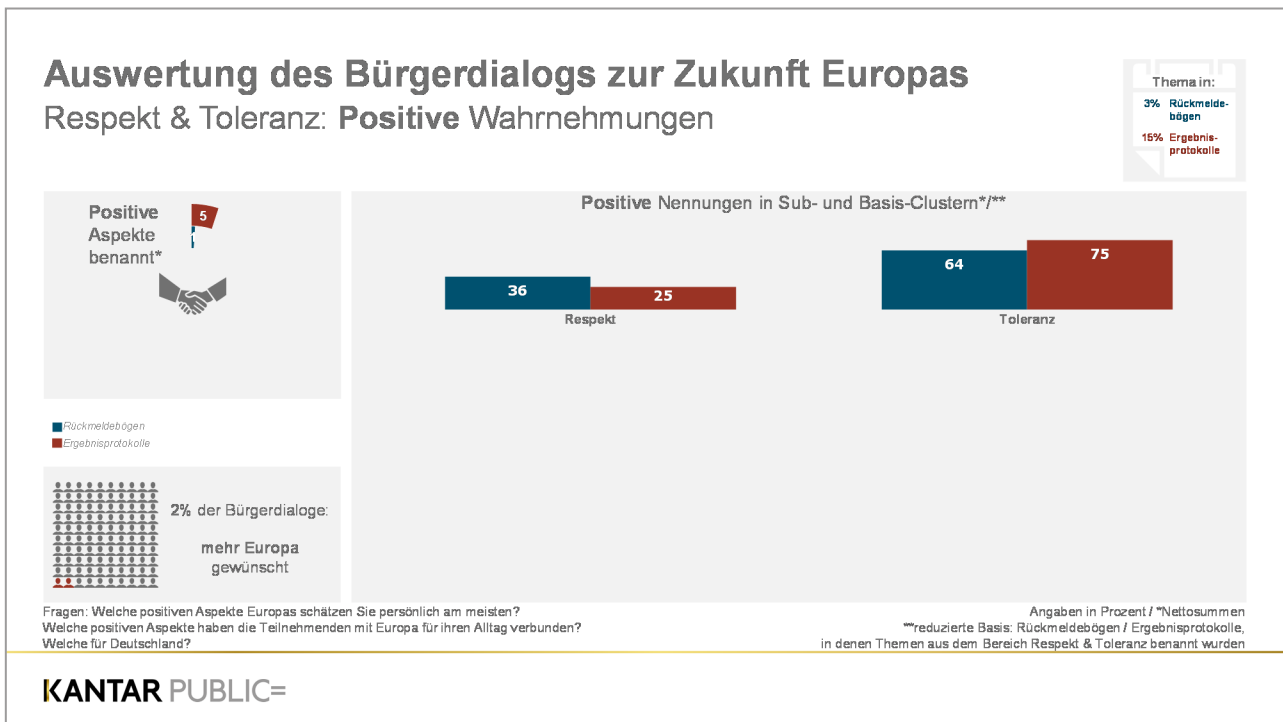


Abb. 47: Positive Wahrnehmungen im Bereich Respekt & Toleranz

Die explizit positiven Nennungen aus dem Bereich Respekt & Toleranz, die in den Dialogveranstaltungen thematisiert wurden, beziehen sich laut Ergebnisprotokollen überwiegend auf Aspekte der Toleranz – in geringerem Umfang wird auch auf Respekt als positives Element verwiesen. In den Rückmeldungen findet sich eine in etwa vergleichbare Schwerpunktsetzung (Toleranz: 64 Prozent / Respekt: 36 Prozent).

Explizit positive Rückmeldungen zum Themenkomplex Respekt & Toleranz beziehen sich zumeist auf eine ausgeprägte Toleranz im Allgemeinen. Teilweise werden diese Nennungen mit einem konkreten Themenbezug versehen, wie zum Beispiel der **Toleranz gegenüber Minderheiten**.

Vereinzelt wird auch **Wertschätzung** als positives Element erwähnt, zumeist im Zusammenhang mit Grundwerten wie Demokratie, Frieden, Freiheit oder Vielfalt. Zudem wird mehr Wertschätzung für Europa eingefordert. Auch der Begriff Respekt wird vereinzelt im Kontext anderer „Grundwerte“ genannt.

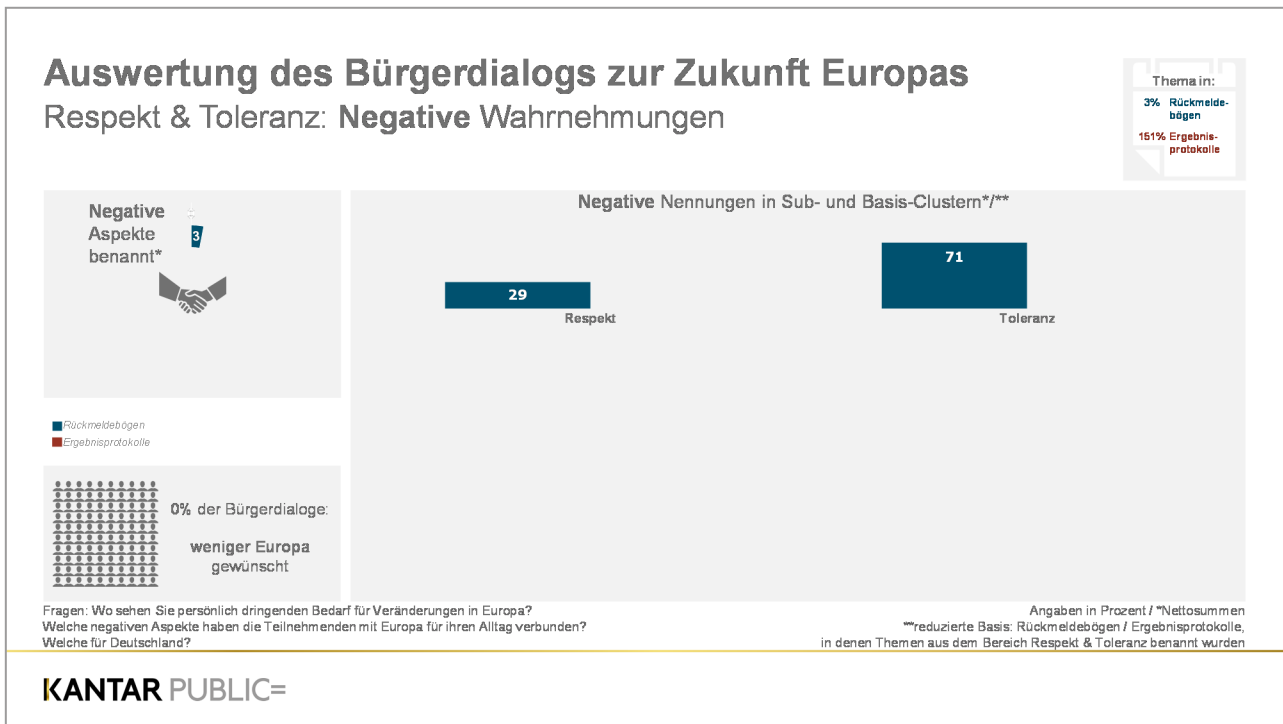


Abb. 48: Negative Wahrnehmungen im Bereich Respekt & Toleranz

Explizit negativ konnotierte Beiträge aus der Kategorie Respekt & Toleranz wurden in den Dialogveranstaltungen nicht protokolliert. In den Rückmeldebögen zeigt sich in Bezug auf Veränderungsbedarfe in Europa eine ganz ähnliche Verteilung wie bezüglich der positiven Aspekte (Toleranz: 71 Prozent / Respekt: 29 Prozent).

Am stärksten wird Handlungsbedarf in Bezug auf mehr **gesellschaftliche Toleranz** adressiert: Zumeist als Einzelnennung ohne inhaltliche Kontextualisierung, vereinzelt wird explizit mehr Toleranz gegenüber Fremden oder ganz allgemein gegenüber „allen“ Menschen eingefordert.

„Mehr Verständnis für die Vielfalt der Menschen,  
mehr Toleranz, mehr Akzeptanz.“

(aus dem Bürgerdialog in Troisdorf am 09.10.2018)

Vereinzelt wird zudem **mehr Wertschätzung** gewünscht: In einem eher europafernen Kontext mehr Wertschätzung für die Anerkennung von sozialen Berufen, aber auch für die Arbeit von Politikern und des europäischen Parlaments.

Auf staatlicher Ebene wird in diesem Zusammenhang vereinzelt auch mehr Rücksicht auf (ökonomisch) schwächere Mitgliedstaaten wie zum Beispiel Griechenland gefordert. Dabei wurde einerseits die Frage aufgeworfen, wie **mehr Empathie und Respekt** für die jeweils anderen Länder der EU entwickelt werden kann, andererseits aber auch vor **zu viel Toleranz gegenüber autokratischen Staaten** gewarnt.



### 3.3. Institutionelle Ausgestaltung

#### 3.3.1. Europäische Union

Wenig überraschend wurde die Europäische Union als Institution in so gut wie allen Bürgerdialogen zur Zukunft Europas als zentrales Thema diskutiert (95 Prozent) und auch in mehr als jedem dritten Rückmeldebogen erwähnt (35 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in rund der Hälfte der Dialoge (53 Prozent) negative Gesichtspunkt in diesem Bereich benannt – in rund vier von zehn Veranstaltungen (43 Prozent) jedoch auch positive Aspekte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegen die geäußerten Veränderungsbedarfe mit Blick auf die Europäische Union ebenfalls spürbar gegenüber positiven Einschätzungen des Status Quo (positiv: in 11 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 21 Prozent der Rückmeldungen).

In der Frage, inwiefern im Zusammenhang mit der Europäischen Union mehr oder weniger Europa gewünscht wird, überwiegen in den Veranstaltungsprotokollen deutlich die Nennungen zugunsten eines Mehr an Europa (mehr Europa: in 41 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 18 Prozent der Dialoge).

Mit Blick auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt sich, dass Aspekte der Europäischen Union als Institution mit steigendem Alter der Rückmelder\*innen sichtbar häufiger angesprochen werden. Sie verweisen zudem überdurchschnittlich häufig sowohl auf positive Aspekte, als auch auf institutionelle Veränderungsbedarfe. Eine denkbare Erklärung hierfür kann darin gesehen werden, dass ältere Bürger\*innen – insbesondere jene der Nachkriegsgeneration – in besonderem Maße in die Entstehung und Entwicklung der europäischen Institutionen involviert waren, während die Existenz der Europäischen Union von jüngeren Bürger\*innen vermehrt als Selbstverständlichkeit angesehen wird.

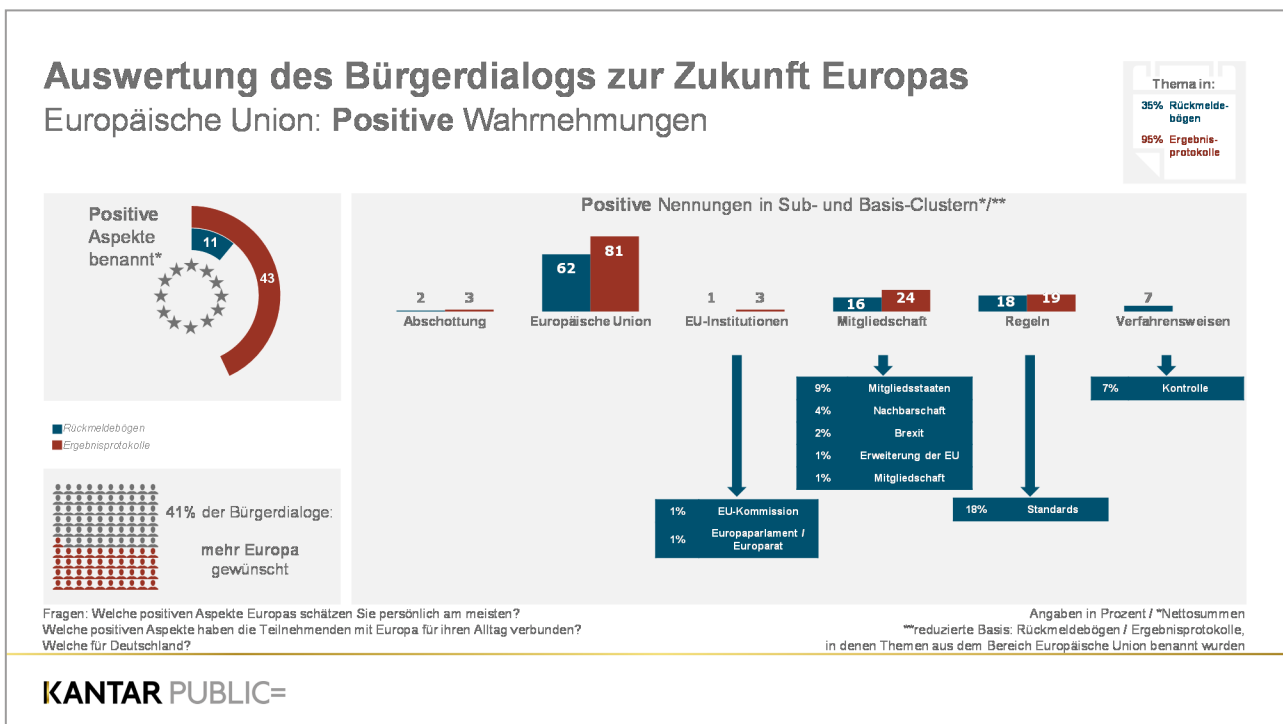


Abb. 49: Positive Wahrnehmungen im Bereich Europäische Union

Die positiven Aspekte der Europäischen Union, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle überwiegend – in Konsequenz des Textmining-Ansatzes – zahlreiche Themen aus anderen Kategorien (Politikfelder, Werte), die explizit mit der Europäischen Union verknüpft werden. In geringerem Umfang finden jedoch auch konkrete Aspekte der Mitgliedschaft im Staatenbund, ausgewählte Regeln, EU-Institutionen und Abschottungstendenzen Erwähnung. In den Rückmeldungen offenbart sich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Europäische Union: 62 Prozent / Regeln: 18 Prozent / Mitgliedschaft: 16 Prozent / Verfahrensweisen: 7 Prozent / Abschottung: 2 Prozent / EU-Institutionen: 1 Prozent).

Mit Blick auf den allgemeinen Bereich der Europäischen Union werden von den Rückmelder\*innen überwiegend konkrete **Errungenschaften der Europäischen Union** und der entsprechende **Mehrwert einer Mitgliedschaft** in der Gemeinschaft als positive Aspekte Europas gewürdigt. Dazu zählen insbesondere die offenen Grenzen innerhalb des Schengen-Raums und die daraus resultierende Reisefreiheit<sup>18</sup>, Arbeitnehmerfreizügigkeit<sup>19</sup> und Möglichkeit des Bildungsaustausches<sup>20</sup>. Häufig wird auch auf die Europäische Union als Friedensprojekt<sup>21</sup>, den gemeinsamen Binnenmarkt<sup>22</sup> sowie den Euro als gemeinsame Währung<sup>23</sup> verwiesen. Teilweise benennen die Rückmelder\*innen zudem die Sicherung der Grundfreiheiten als positiven Aspekt der Europäischen Union<sup>24</sup>.

---

*„Gut ist der permanente Dialog aller Mitgliedsstaaten zum Beispiel im Parlament in Brüssel.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Osnabrück am 04.06.2018)*

---

Neben diesen Errungenschaften wird auch die Existenz **europaweit einheitlicher Normen und Standards** vielfach als positiver Aspekt der Europäischen Union erwähnt – meist jedoch ohne weitere Spezifizierung durch die Rückmelder\*innen. Vereinzelt werden zudem die Möglichkeit des **Dialogs der Mitgliedsstaaten** in Institutionen wie dem **Europäischen Parlament** sowie die **demokratische Wählbarkeit** dieses Parlaments als konkrete Vorzüge der Europäischen Union benannt.

---

<sup>18</sup> vgl. Kap. 3.1.9. Innenpolitik & Innere Sicherheit

<sup>19</sup> vgl. Kap. 3.1.2. Arbeit & Soziales

<sup>20</sup> vgl. Kap. 3.1.4. Bildung

<sup>21</sup> vgl. Kap. 3.1.3. Außen- & Sicherheitspolitik

<sup>22</sup> vgl. Kap. 3.1.14. Wirtschaft

<sup>23</sup> vgl. Kap. 3.1.6. Finanzen & Währung

<sup>24</sup> vgl. Kap. 3.2.1. Freiheit

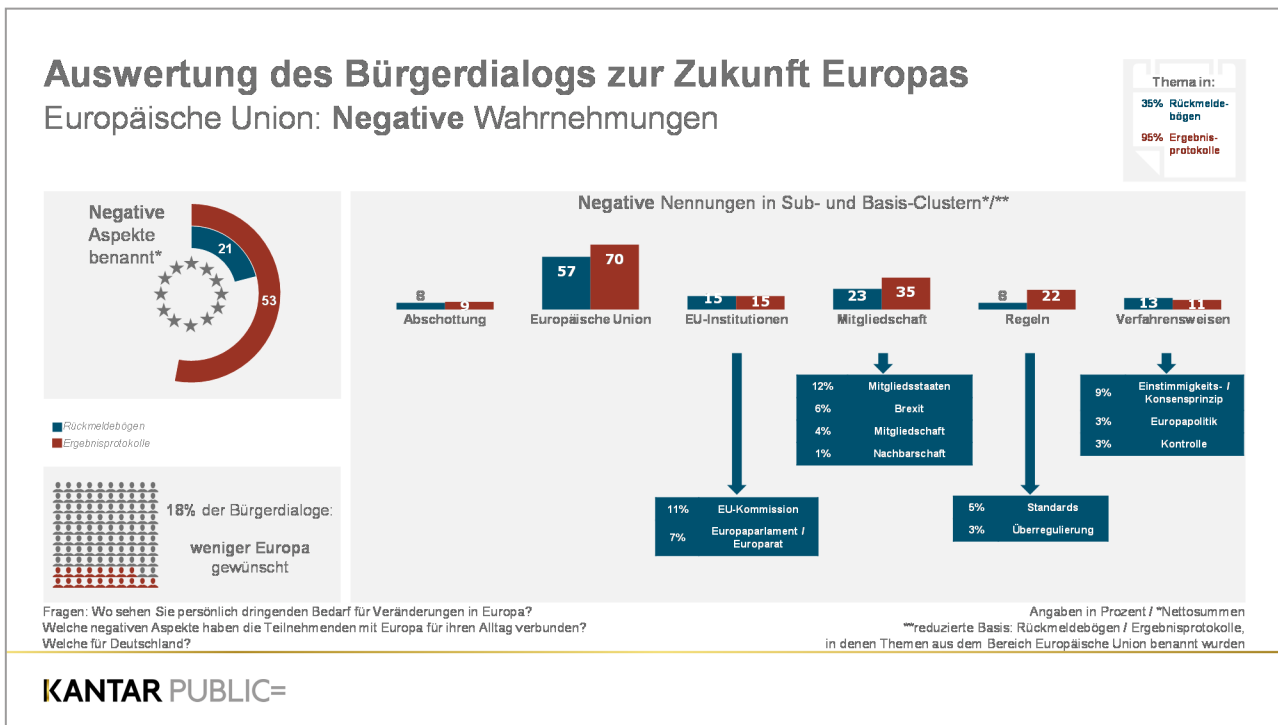


Abb. 50: Negative Wahrnehmungen im Bereich Europäische Union

Die negativen Aspekte der Europäischen Union, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle ebenfalls vorrangig die Europäische Union an sich – gefolgt von konkreten Aspekten der Mitgliedschaft im Staatenbund, ausgewählten Regeln, EU-Institutionen, Verfahrensweisen und Abschottungstendenzen. In den Rückmeldungen offenbart sich diesbezüglich eine vergleichbare Schwerpunktsetzung (Europäische Union: 57 Prozent / Mitgliedschaft: 23 Prozent / EU-Institutionen: 15 Prozent / Verfahrensweisen: 13 Prozent / Abschottung: 8 Prozent / Regeln: 8 Prozent).

Mit Blick auf das dominante – wenngleich recht allgemeine – Unterthema der Europäischen Union sehen die Rückmelder\*innen Veränderungsbedarfe insbesondere hinsichtlich der **Generierung von mehr Bewusstsein und Begeisterung für die Europäische Union**. In diesem Zusammenhang werden vor allem mehr Aufklärungsarbeit und die Vermittlung politischen Wissens – insbesondere mit Blick auf die heranwachsenden Generationen – gefordert.

„Am wichtigsten ist für mich dem Bürger Europa wieder schmackhaft zu machen und ihm wieder den Sinn und die Gründe für ein vereintes Europa zu vermitteln.“  
 (aus dem Bürgerdialog in Garbsen am 04.05.2018)

Ebenso großen Handlungsbedarf sehen die Rückmelder\*innen aber auch in einer **verstärkten europäischen Integration und Zusammenarbeit in ausgewählten Politikfeldern**<sup>25</sup>. Dieses Anliegen impliziert sowohl ein Mehr an Einigkeit und Betonung der Gemeinsamkeiten, als auch ein höheres Maß an Solidarität mit – vor allem wirtschaftlich – schwächeren Mitgliedsstaaten. Eine besondere

<sup>25</sup> vgl. Kap. 3.1. Politikfelder

Betonung erfährt in diesem Zusammenhang der Wunsch nach verstärkten gemeinsamen Anstrengungen in den Bereichen Außen- & Sicherheitspolitik (Sicherung der Außengrenzen), Arbeit & Soziales (Integration der Sozialsysteme), Migration & Flüchtlinge (gerechte Verteilung), Umwelt- und Klimaschutz (Bekämpfung des Klimawandels), Recht & Justiz (Sicherung der Rechtsstaatlichkeit) sowie Bildung. Mit diesem Wunsch nach gesamteuropäischer Integration und Zusammenarbeit einher geht auch der vielfach von den Rückmelder\*innen adressierte Bedarf, den zu beobachtenden Abschottungstendenzen innerhalb der Europäischen Union entgegenzuwirken. Dabei wird mehrfach sowohl auf den Brexit, als auch auf die jüngsten Alleingänge Polens, Ungarns und Tschechiens verwiesen.

Kritik üben die Rückmelder\*innen zudem an der sogenannten „**Brüsseler Bürokratie**“, die vereinzelt als „aufgeblähte Verwaltung“ bezeichnet und der die Verschwendung öffentlicher Gelder vorgeworfen wird. In der Konsequenz werden Handlungsbedarfe insbesondere mit Blick auf eine Verschlankung der Verwaltung beziehungsweise Institutionen und eine stärkere Entbürokratisierung adressiert. Die Rückmelder\*innen verweisen in diesem Zusammenhang mehrfach auf das Subsidiaritätsprinzip, nach dem ausschließlich jene Themen und Herausforderungen vom Europäischen Parlament zu behandeln sind, die nicht auf einzelstaatlicher Ebene gelöst werden können. Ebenfalls häufig wird diesbezüglich auch von einem Image-Problem der Europäischen Union gesprochen und der grundsätzliche Anspruch nach Schaffung von mehr Transparenz und Bürgernähe platziert.

---

*„Einstimmigkeitsbeschlüsse müssten abgeschafft werden.*

*Sie lähmen die Aktivitäten des EU Parlamentes zu sehr.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Osnabrück am 04.06.2018)*

---

Als weitere Herausforderung wird darüber hinaus ein – von den Rückmelder\*innen wahrgenommenes – **Demokratie-Defizit** der Europäischen Union gesehen. In diesem Zusammenhang wird mehrfach die Abschaffung des Einstimmigkeits-Prinzip zugunsten von Mehrheitsbeschlüssen gefordert. In Einklang damit wird vereinzelt auch die Abschaffung von Vetorechten proklamiert. Die Vorschläge reichen hierbei von der Schaffung eines Initiativrechts des Parlaments als Gegengewicht zum Europäischen Rat bis hin zur Bildung einer europäischen Regierung, in der die Kommission durch das Europäische Parlament gewählt wird.

### 3.3.2. Politisches System

Aspekte der politischen Verfasstheit wurden laut Ergebnisprotokollen in rund neun von zehn Bürgerdialogveranstaltungen zur Zukunft Europas diskutiert (90 Prozent) und finden in etwa jedem dritten Rückmeldebogen Erwähnung (32 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in etwa jeder vierten Veranstaltung (24 Prozent) positive Aspekte Europas im Bereich der institutionellen politischen Ordnung benannt – in rund vier von zehn Dialogen (40 Prozent) jedoch auch negative Gesichtspunkte thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegen die geäußerten Veränderungsbedarfe mit Blick auf polity-Dimensionen ebenfalls spürbar gegenüber positiven Einschätzungen des Status Quo (positiv: in 9 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 20 Prozent der Rückmeldungen).

In der Frage, ob im Zusammenhang mit Fragen der institutionellen politischen Ordnung mehr oder weniger europäische Lösungen gewünscht werden, zeigen sich die Teilnehmer\*innen hingegen gespalten (mehr Europa: in 28 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 25 Prozent der Dialoge).

Die Betrachtung der einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass Aspekte der politischen Verfasstheit insbesondere in den einzelnen Alterskohorten unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert werden. So legt beispielsweise die Gruppe der 35- bis 64-jährigen Rückmelder\*innen – mutmaßlich aus einem erhöhten Maß an persönlicher Betroffenheit im alltäglichen Berufsleben – einen besonderen Schwerpunkt auf Fragen der Verwaltung und äußert dementsprechende Handlungsbedarfe. Aspekte der institutionellen Struktur offenbaren sich dagegen vermehrt als Interessenschwerpunkte der älteren Rückmelder\*innen ab 65 Jahren, während jüngere Rückmelder\*innen vermehrt Fragen der politischen Teilhabe in den Blick nehmen.

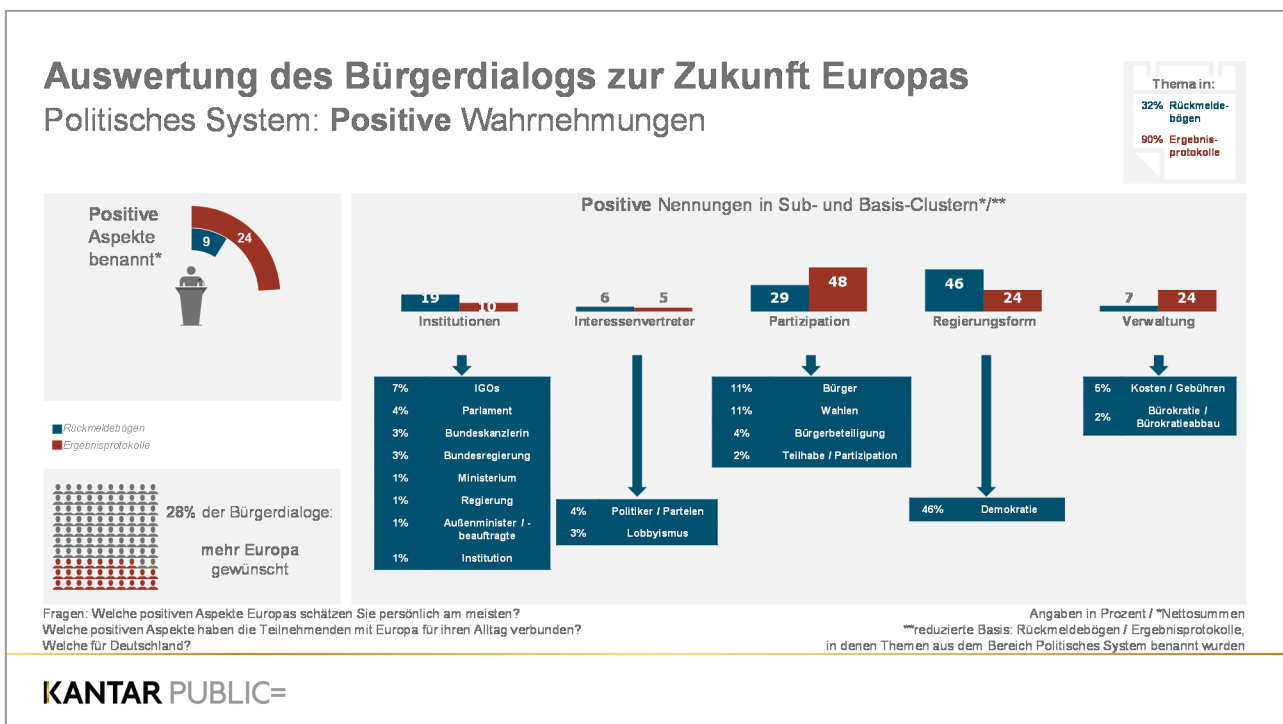


Abb. 51: Positive Wahrnehmungen im Bereich Politisches System

Die positiven Aspekte des politischen Systems, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle überwiegend Fragen der Partizipation, gefolgt von

Überlegungen zur Demokratie als Regierungsform sowie zur Verwaltung und einzelnen Institutionen. In den Rückmeldungen dominieren hingegen positive Äußerungen zur Demokratie deutlich – Aspekte der Verwaltung werden hingegen spürbar seltener thematisiert (Regierungsform: 46 Prozent / Partizipation: 29 Prozent / Institutionen: 19 Prozent / Verwaltung: 7 Prozent / Interessenvertreter: 6 Prozent).

Als konkreter positiver Aspekt Europas wird von den Rückmelder\*innen in diesem Zusammenhang einhellig die Existenz einer **gelebten Demokratie** benannt, die aus ihrer Sicht einen Wert an sich darstellt. Dabei wird der Begriff der Demokratie in den allermeisten Fällen nicht weiter kontextualisiert, sondern als alleinstehendes Stichwort auf der Positiv-Seite verbucht.

*„Europa ist gekennzeichnet von Frieden und Sicherheit, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand.“*  
(aus dem Bürgerdialog in Schlüchtern am 08.08.2018)

Daneben werden vereinzelt auch Aspekte der **Partizipation** und **Bürgerbeteiligung** von den Rückmelder\*innen als positive Elemente benannt und der Dialog zwischen Politik und Bevölkerung gelobt. Dieser Befund scheint jedoch stark von dem durchweg positiven Eindruck geprägt, den der Bürgerdialog der Bundesregierung zur Zukunft Europas bei den Rückmelder\*innen hinterlassen hat. Positive Einzelnennungen unter den Rückmeldungen beziehen sich zudem auf **internationale Regierungsorganisationen**: Dabei wird die Rolle Deutschlands in der UNO und das Bemühen um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat eher positiv gesehen - die Rolle der NATO hingegen teils kritisch hinterfragt.

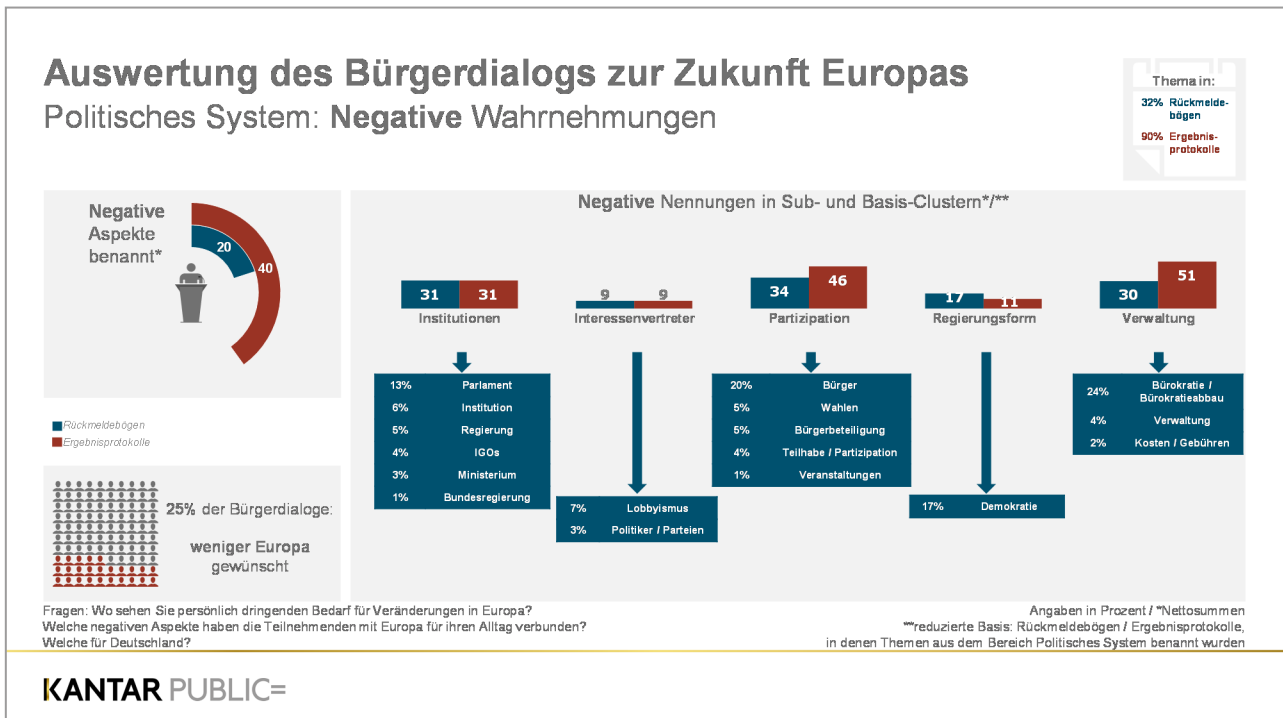


Abb. 52: Negative Wahrnehmungen im Bereich Politisches System

Die negativen Aspekte des politischen Systems, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle überwiegend Fragen der Verwaltung und Partizipation, gefolgt von institutionellen Überlegungen. In den Rückmeldungen werden diese drei Unterthemen in etwa vergleichbarem Umfang angesprochen – negative Nennungen zu den Komplexen Demokratie und Interessenvertreter sind jedoch ebenfalls in sichtbarem Maße vorhanden (Partizipation: 34 Prozent / Institutionen: 31 Prozent / Verwaltung: 30 Prozent / Regierungsform: 17 Prozent / Interessenvertreter: 9 Prozent).

Die stärkste Kritik der Rückmelder\*innen entzündet sich in diesem Kontext an einem gefühlten **Übermaß an Bürokratie und Überregulierung** auf europäischer Ebene. Entsprechend zahlreich sind die Forderungen nach einer Entbürokratisierung, wobei die entsprechenden Nennungen zumeist nicht weiter spezifiziert werden. Nur in Einzelfällen wird konkret von zu starken Belastungen von Unternehmen beziehungsweise Selbständigen durch die Anforderungen der DSGVO oder zwangsweise zu liefernde Statistiken berichtet.

Mehrere Rückmelder\*innen sprechen sich zudem explizit für eine **Stärkung des Europäischen Parlaments** aus. Dieses solle mehr Befugnisse erhalten und in seiner Stellung insbesondere gegenüber dem Europäischen Rat gestärkt werden. Vereinzelt wird für das Europäische Parlament das Recht gefordert, eigene europäische Steuern zu erheben beziehungsweise die Kommission zu wählen. Einzelne Forderungen zielen in diesem Kontext auch auf mehr Transparenz im Europäischen Parlament ab – insbesondere was den Einfluss von Lobbyisten anbelangt – sowie auf eine Sperrklausel für Kleinstparteien.

Ein weiterer zentraler Bereich, in dem die Rückmelder\*innen konkrete Handlungsbedarfe adressieren, umfasst Fragen der Demokratie und Bürgerbeteiligung. Hierbei verweisen sie unter anderem darauf, dass **Demokratie keine Selbstverständlichkeit** ist und in Europa gesichert beziehungsweise mit Blick auf Staaten wie Polen und Ungarn auch verteidigt werden muss. Vereinzelt wird Demokratie dabei in einem Kontext mit Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz erwähnt.

---

*„Demokratie ist kein selbstverständliches Gut. Demokratie ist ein Gut, das täglich gepflegt werden muss.“*  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 25.08.2018)

---

Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang häufig ein größeres Maß an Demokratie durch **mehr politische Teilhabe in Form von direkter Demokratie** wie zum Beispiel Volksentscheiden gefordert. In diesem Zusammenhang wird auch eine bessere Aufklärung durch mehr Kommunikations- und Bildungsangebote, sowie eine stärkere Mitnahme und Beteiligung der Bürger adressiert.

---

*„Die Bürger sollten regelmäßig zu wichtigen Themen (im Internet) befragt werden, nicht nur bei Kleinigkeiten (Sommer-Winterzeit).“*  
(aus dem Bürgerdialog in Berlin am 26.08.2018)

---



### 3.3.3. Rechtspopulismus

Aspekte rund um den Themenkomplex „Rechtspopulismus“ wurden laut Ergebnisprotokollen in rund vier von zehn Bürgerdialogveranstaltungen zur Zukunft Europas thematisiert (44 Prozent) - finden jedoch nur in etwa jedem elften Rückmeldebogen Erwähnung (8 Prozent).

Gemäß der Ergebnisprotokolle wurden in keiner der Dialogveranstaltungen Veranstaltung positive Aspekte Europas im Bereich des Rechtspopulismus benannt – in vereinzelt Dialogen (5 Prozent) jedoch negative Gesichtspunkte hierzu thematisiert. Unter den Rückmelder\*innen überwiegen die geäußerten Veränderungsbedarfe mit Blick auf Fragen des Rechtspopulismus ebenfalls spürbar gegenüber positiven Einschätzungen des Status Quo (positiv: in weniger als 1 Prozent der Rückmeldungen / Handlungsbedarf: in 6 Prozent der Rückmeldungen).

Mit Blick auf die Frage, ob im Zusammenhang mit Fragen des Rechtspopulismus mehr oder weniger europäische Lösungen gewünscht werden, dominiert unter den Teilnehmer\*innen – wenngleich auf niedrigem Niveau – der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Initiative (mehr Europa: in 8 Prozent der Dialoge / weniger Europa: in 0 Prozent der Dialoge).

Eine Betrachtung der Ansichten einzelner Bevölkerungsgruppen zum Thema Rechtspopulismus ist aufgrund der geringen Anzahl an Nennungen nur bedingt möglich. Es zeichnet sich jedoch eine leichte Tendenz dazu ab, dass Handlungsbedarfe in diesem Bereich verstärkt von noch im Ausbildungsprozess befindlichen Rückmelder\*innen, jenen aus den westdeutschen Bundesländern sowie jenen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, adressiert werden.



Abb. 53: Positive Wahrnehmungen im Bereich Rechtspopulismus

Aspekte Europas im Bereich des Rechtspopulismus werden nur vereinzelt (in 3 Rückmeldungen) in positivem Kontext thematisiert und zwar als Wahrnehmung einer erfolgreichen Eindämmung von Rassismus beziehungsweise Rechtsextremismus: Dabei wird explizit auf die Abwesenheit von Rassismus in Europa sowie auf einen Rückgang offener Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Europäischen Union abgezielt. Sowohl Rassismus als auch Rechtsextremismus werden im Rahmen des



Textmining-Ansatz dem übergeordneten Cluster Rechtspopulismus zugeordnet (Rassismus: 67 Prozent / Rechtsextremismus: 33 Prozent).

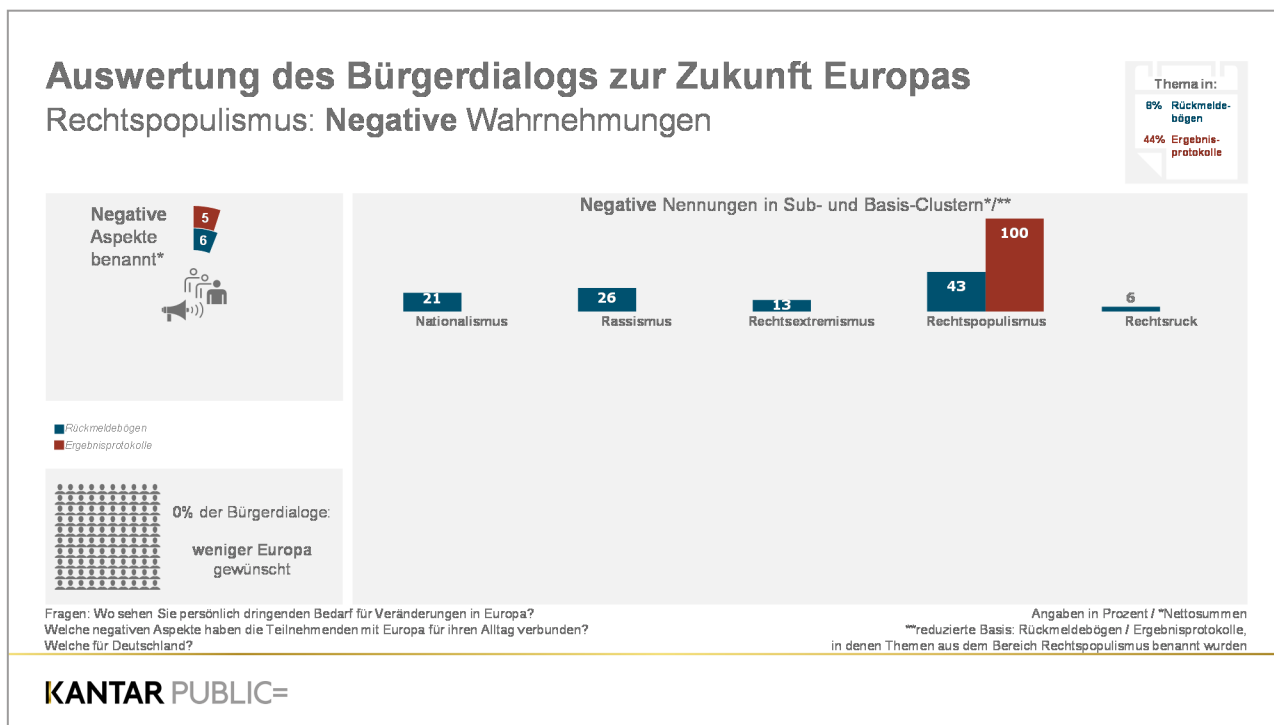


Abb. 54: Negative Wahrnehmungen im Bereich Rechtspopulismus

Die negativen Aspekte Europas im Bereich Rechtspopulismus, die in den Dialogveranstaltungen Erwähnung fanden, thematisierten laut der Ergebnisprotokolle ausschließlich Fragen der Rechtspopulismus an sich – die über das Wortvektoren-Modell identifizierten Unterthemen des Nationalismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtsrucks blieben in diesem Rahmen unerwähnt. In den Rückmeldungen hingegen finden neben Aspekten des Rechtspopulismus auch eben jene Fragen des Rassismus, Rechtsextremismus, Nationalismus und Rechtsrucks in sichtbarem Umfang Erwähnung (Rechtspopulismus: 43 Prozent / Rassismus: 26 Prozent / Nationalismus: 21 Prozent / Rechtsextremismus: 13 Prozent / Rechtsruck: 6 Prozent).

In den Bürgerdialogveranstaltungen wurde in diesem Zusammenhang vielfach die Frage diskutiert, was gegen das Erstarken des Rechtspopulismus in Europa getan werden kann – insbesondere angesichts der Wahrnehmung, dass populistische Regierungen in einzelnen Mitgliedsstaaten zunehmend gesamteuropäische Prozesse blockieren. Auch in den Rückmeldungen werden Aspekte dieser Kategorie vielfach als Herausforderung für (Deutschland und) Europa bezeichnet und der Bedarf formuliert, den **Rechtspopulismus in Europa zu stoppen**. Vereinzelt ist in diesem Zusammenhang von einem Rechtsruck die Rede beziehungsweise von Rechtsextremismus, der insbesondere die Jugend gefährde. Etwas seltener – aber in ähnlicher Form – wird diese Forderung von den Rückmelder\*innen auch gegenüber dem „**aufkeimenden Nationalismus**“ proklamiert. Konkrete Strategien finden diesbezüglich nur selten Erwähnung: Lediglich vereinzelt ist die Rede von mehr (politischer) Bildung und Aufklärung sowie Dialogen zwischen Politik und Bürger\*innen als denkbare Mittel.

---

*„Europas kann es nicht zulassen, dass sich Euroskepsis und Nationalismus dem Kontinent anschließen. Deshalb sollte die EU einen direkten Dialog mit skeptischen Bürgern führen.*

*Die EU kann diesen Trend ändern.“*

*(aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28.09.2018)*

---

Relativ häufig wird zudem – insbesondere von jüngeren Rückmelder\*innen – der eher allgemein formulierte Bedarf adressiert, **Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** zu bekämpfen. Auch dieses Anliegen erfährt jedoch nur vereinzelt eine Konkretisierung dahingehend, dass es eines verstärkten Austauschs der Bürger\*innen untereinander sowie zwischen Politik und Bevölkerung bedarf, um fremdenfeindlichen Ressentiments zu begegnen und Toleranz zu fördern.

# 4. Gesellschaftliche Themenagenda 2018

Der Bürgerdialog der Bundesregierung zur Zukunft Europas nahm insbesondere in den Blick, wie die Bürger\*innen Europa in ihrem Alltag erleben, welche Rolle Europa aus Ihrer Perspektive für Deutschland spielt und wie die Zukunft Europas ihrer Ansicht nach aussehen soll. Die in diesem Zusammenhang geäußerten Meinungen und Sichtweisen sollten jedoch nicht isoliert vom politischen Tagesgeschehen betrachtet werden, sondern bedürfen vielmehr einer Einordnung in die – auch durch die mediale Berichterstattung geprägte – gesamtgesellschaftliche Themenagenda.

Um eine solche Einordnung vornehmen zu können, empfiehlt sich der Rückgriff auf empirische Daten zur Themenwahrnehmung in der Bevölkerung, welche bereits seit 2006 von infratest dimap im Rahmen des „Themenmonitors“ für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung erhoben werden. Dabei werden in wöchentlichem Rhythmus jeweils 1.000 deutschsprachige Personen ab 14 Jahren offen – das heißt ohne Antwortvorgaben – gefragt, welches Thema aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sie in den letzten Tagen am meisten beschäftigt hat. Aus der offenen Fragestellung und der Begrenzung auf maximal zwei Antwortnennungen pro Befragtem ergibt sich, dass die befragten Personen die Bedeutung eines Themas immer in Relation zu anderen Themen angeben<sup>26</sup>.

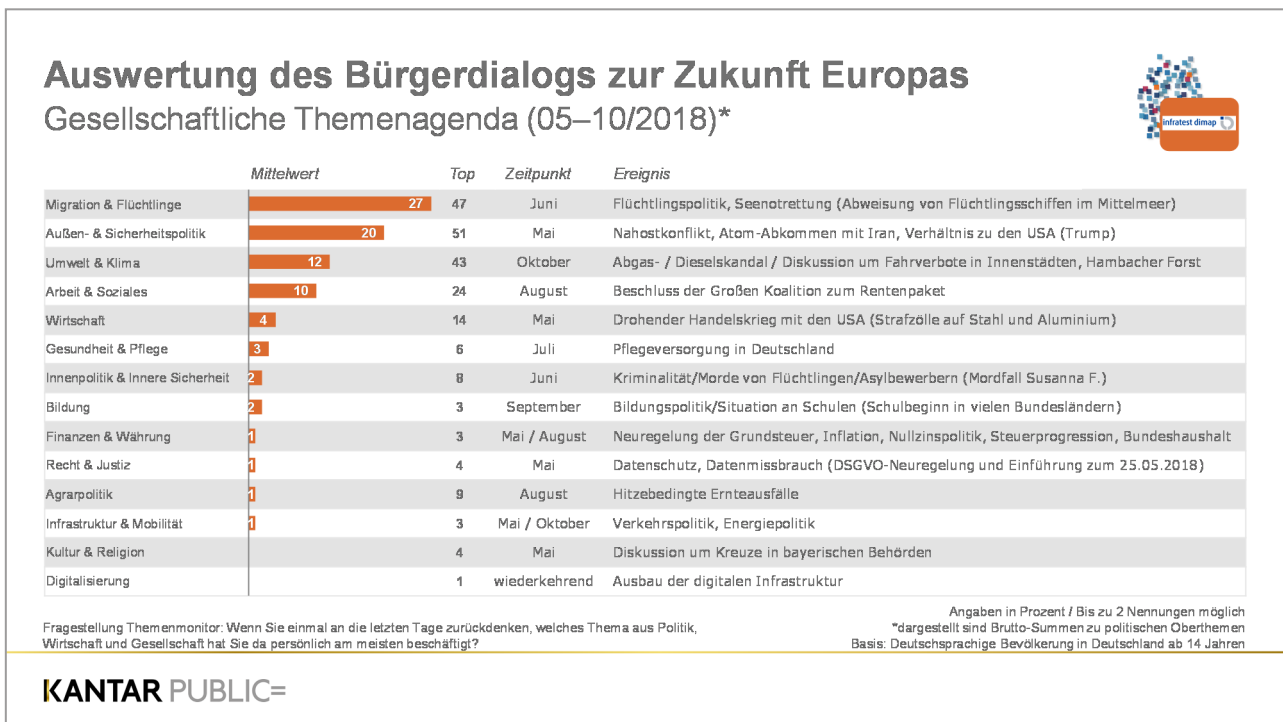


Abb. 55: Gesellschaftliche Themenagenda Mai - Oktober 2018

<sup>26</sup> Im Zeitverlauf fällt ein Thema also auf einen niedrigeren Rangplatz, wenn ein neues Thema mehr beschäftigt.

Damit eine – zumindest relative – Vergleichbarkeit zwischen Akzentuierung im Themenmonitor einerseits und Schwerpunktsetzung im Bürgerdialog zur Zukunft Europas andererseits gewährleistet ist, wurden folgende Analyseschritte vollzogen:

- Zunächst wurden ausschließlich die Themennennungen im Rahmen der Rückmeldebögen zum Bürgerdialog betrachtet. Hintergrund ist, dass diese Daten am ehesten der Qualität von Befragungsdaten – wie sie beim Themenmonitor vorliegen – entsprechen. Die Ergebnisprotokolle werden an dieser Stelle bewusst nicht in die Betrachtung einbezogen, da aus den dort inkludierten Themennennungen nur bedingt Rückschlüsse auf die Relevanz der Themen für die Teilnehmer\*innen der Dialogveranstaltungen gezogen werden können.
- Im zweiten Schritt wurden die im Rahmen des Themenmonitors vergebenen Codes in jenes Kategorienschema eingeordnet, welches für den Bürgerdialog mittels Textmining entwickelt wurde (siehe Kapitel 2.3.2.). Damit stehen im direkten Vergleich zwar Bruttosummen in der Verdichtung des Themenmonitors den berechneten Nettosummen in der Verdichtung des Bürgerdialogs gegenüber – grundlegende Aussagen zum Stellenwert der einzelnen Kategorien insbesondere im Verhältnis zueinander erscheinen jedoch möglich.

Eine gewisse Unschärfe im Vergleich der jeweiligen Daten bleibt jedoch bestehen. Diese ist zurückzuführen auf:

- die abweichende Fragestellung in Themenmonitor und Bürgerdialog.
- die Darstellung von sowohl Brutto- (Themenmonitor), als auch Nettosummen (Bürgerdialog).
- die Bevölkerungsrepräsentativität des Themenmonitors (mehrstufiges Stichproben- und Gewichtungungsverfahren), die mit Blick auf den Bürgerdialog nicht gegeben ist (eingeschränkte Zielgruppe).

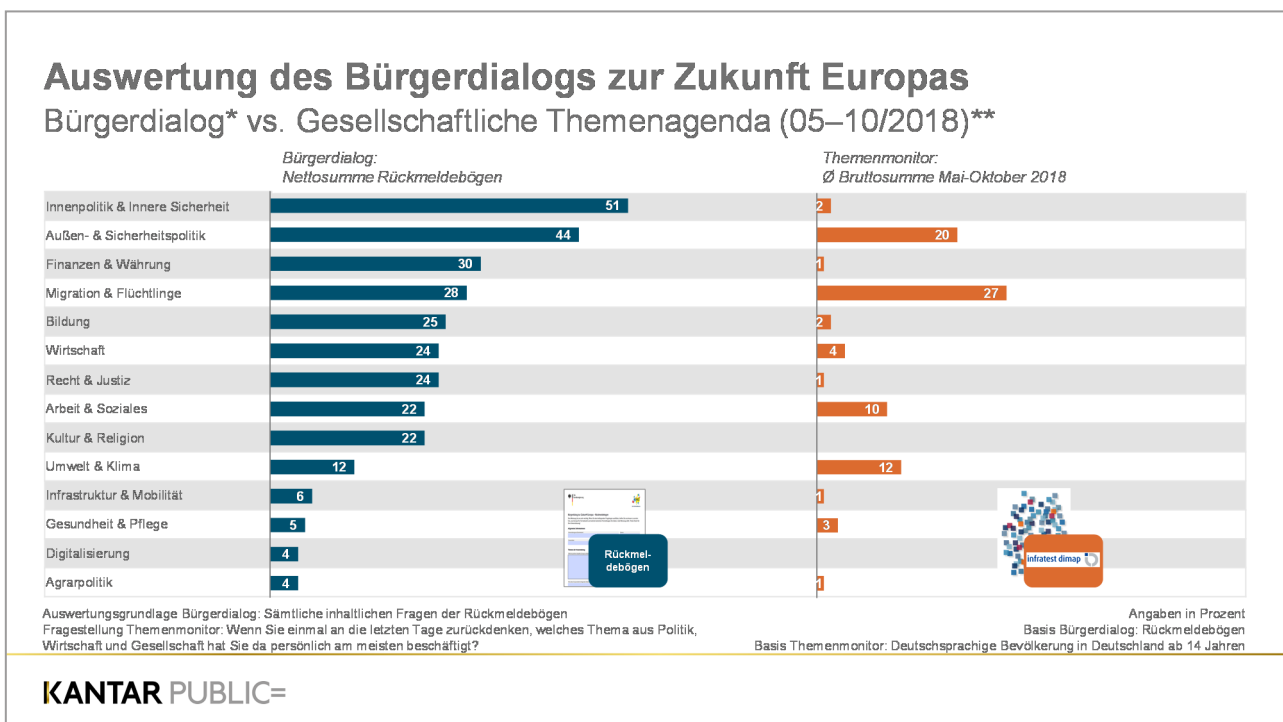


Abb. 56: Abgleich Themen Bürgerdialog vs. gesellschaftliche Themenagenda

Die vergleichende Betrachtung der Befunde beider Studien verdeutlicht in erster Linie, dass das Antwortverhalten im Rahmen des Themenmonitor stark durch die jeweils tagesaktuelle mediale Be-

richterstattung geprägt scheint, während die im Rahmen der Rückmeldungen zum Bürgerdialog benannten Aspekte klar durch eine dezidierte Auseinandersetzung der Bürger\*innen mit dem Themenkomplex Europa gekennzeichnet sind. Während also im europapolitischen Kontext der Bürgerdialog-Veranstaltungen insbesondere die Errungenschaften der Europäischen Union latent betont werden, stehen diese im Kontext der Themenmonitor-Abfrage als (gefühlte) Selbstverständlichkeit in keiner Weise hervor.

So werden Themen aus dem Bereich der **Innenpolitik & Inneren Sicherheit** (in 51 Prozent der Rückmeldungen), **Finanzen & Währung** und **Bildung** (in 30 und 25 Prozent der Rückmeldungen) sowie **Wirtschaft**, **Recht & Justiz** und **Kultur & Religion** (in 24, 24 und 22 Prozent der Rückmeldungen) in deutlich stärkerem Umfang im Rahmen des Bürgerdialogs, als im Themenmonitor (durchschnittlich 1 bis 5 Prozent der Bruttonennungen) angesprochen. Ein Erklärungsansatz hierfür offenbart sich jeweils durch den Blick in die Subcluster beziehungsweise Einzelcodes, die diese Themengebiete konstituieren:

- Als zentralen Aspekt der **Innenpolitik & Innere Sicherheit** wird im Rahmen des Bürgerdialogs – bedingt durch die Fokussierung auf Europa – in überragendem Umfang auf die offenen Grenzen innerhalb Europas und die damit verbundenen Freizügigkeiten verwiesen. Im Rahmen des Themenmonitors, das heißt ohne europapolitisches Framing, spielt dieser Aspekt hingegen überhaupt keine Rolle – dort zahlen einzig Fragen der inneren Sicherheit (Kriminalität, Terrorismus etc.) in diesen Komplex ein. Deren Relevanz erscheint wiederum in etwa vergleichbar mit dem im Bürgerdialog sichtbaren Niveau.
- Im Bereich **Finanzen & Währung** wird im Rahmen des Bürgerdialogs primär auf die Existenz des Euro als gemeinsamer Währung verwiesen. Im Rahmen des Themenmonitors spielt dieser Aspekt lediglich eine untergeordnete Rolle – die Relevanzzuschreibung wird hier vielmehr durch kurzfristige nationale Themen wie zum Beispiel die Verabschiedung des Bundeshaushalts oder Steuernovellierungen geprägt.
- Das Thema **Bildung** wird im Rahmen des Bürgerdialogs vorrangig im Zusammenhang mit Möglichkeiten des europaweiten Bildungsaustauschs (ERASMUS) sowie der Vergleichbarkeit der Bildungssysteme diskutiert. Im Rahmen des Themenmonitors spielen diese Aspekte hingegen wiederum überhaupt keine Rolle – die Nennungen werden auch hier vielmehr durch Themen mit aktueller Relevanz wie zum Beispiel die materielle und personelle Ausstattung der Schulen zu Schulbeginn geprägt.
- Im Themenbereich **Wirtschaft** dominieren in den Rückmeldungen zum Bürgerdialog Nennungen, die Bezug auf den zollfreien EU-Binnenmarkt sowie die Stärke Europas als Gegenpol zu den großen Wirtschaftsmächten nehmen. Im Themenmonitor werden hingegen vorrangig aktuelle wirtschaftspolitische Ereignisse thematisiert wie zum Beispiel die Option eines Handelskriegs mit den USA infolge der Einführung von Strafzöllen auf Stahl und Aluminium.
- Im Rahmen des Bürgerdialogs wird im Themenkomplex **Recht & Justiz** in erster Linie die Rolle Europas als Garant für Rechtsstaatlichkeit besprochen. Im Rahmen des Themenmonitors findet dieser Aspekt hingegen keine explizite Erwähnung – von Bedeutung erscheinen hier vielmehr kurzfristige Themenschwerpunkte wie zum Beispiel die Einführung der DSGVO zum 25. Mai diesen Jahres.
- Die Nennungen aus dem Bereich **Kultur & Religion** im Rahmen des Bürgerdialogs fokussieren in besonderem Maße Optionen des kulturellen Austauschs sowie Fragen der nationalen beziehungsweise europäischen Identität. Im Themenmonitor wird auf kulturelle und religiöse Themen hingegen allein mit Blick auf tagesaktuelle Ereignisse in Deutschland in sichtbarem Umfang verwiesen, zum Beispiel die Diskussion um die Installation von Kreuzen in bayerischen Behörden.

Auch die Oberthemen **Außen- & Sicherheitspolitik** (in 44 Prozent der Rückmeldungen) sowie **Arbeit & Soziales** (in 22 Prozent der Rückmeldungen) werden im Rahmen des Bürgerdialogs im Schnitt doppelt so häufig angesprochen, wie dies im gleichen Zeitraum im Themenmonitor der Fall ist. Mit Blick auf die entsprechenden Sub-Cluster und Einzelcodes zeigen sich hierbei folgende auffällige Differenzen in der Schwerpunktsetzung:

- Im Komplex der **Außen- & Sicherheitspolitik** wird in den Rückmeldungen zum Bürgerdialog in überragendem Maße auf das einzigartige Friedensprojekt Europa verwiesen und aktuelle Herausforderungen eher nachgelagert diskutiert. Im Rahmen des Themenmonitors, das heißt ohne europapolitisches Framing, spielt dieser Friedensaspekt keine sichtbare Rolle. Von besonderer Relevanz erscheint dieser Themenbereich hingegen vielmehr in Zeiten und mit Blick auf zentrale weltpolitische Ereignisse, wie zum Beispiel die Unruhen in Nahost nach der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem oder die Aufkündigung des Atom-Abkommens mit Iran durch die USA.
- Das Thema **Arbeit & Soziales** wird im Rahmen des Bürgerdialogs vorrangig im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa, dem innereuropäischen Wohlstandsgefälle sowie der Vergleichbarkeit der Sozialsysteme diskutiert. Im Rahmen des Themenmonitors dominieren auch in diesem Bereich vielmehr Themen mit aktueller Relevanz in und für Deutschland wie zum Beispiel der Beschluss der Bundesregierung zum Rentenpaket.

Das Thema **Migration & Flüchtlinge** (in 28 Prozent der Rückmeldungen) wird im Bürgerdialog in etwa ähnlich starkem Umfang diskutiert, wie in den Nennungen des Themenmonitors. Gleiches gilt auch für die Bereiche **Umwelt & Klima** (in 12 Prozent der Rückmeldungen) sowie **Gesundheit & Pflege, Infrastruktur & Mobilität, Digitalisierung** und **Agrarpolitik** – wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau (zwischen 4 und 6 Prozent der Rückmeldungen). Interessant ist hierbei die – zumindest partiell vergleichbare – Schwerpunktsetzung in den Sub-Clustern beziehungsweise Einzelcodes:

- Das Thema **Migration & Flüchtlinge** wird sowohl im Rahmen des Bürgerdialogs, als auch in den Nennungen des Themenmonitors als europäische Herausforderung anerkannt und findet jeweils die stärkste Betonung in den Zeiten, in denen Fragen der Seenotrettung die mediale Berichterstattung dominierten, zum Beispiel nach Abweisung des Flüchtlingsschiffs „Aquarius“ in verschiedenen Mittelmeerhäfen.
- Die Nennungen aus dem Bereich **Umwelt & Klima** im Rahmen des Bürgerdialogs beziehen sich insbesondere auf die Notwendigkeit der Einführung vergleichbarer Standards zugunsten des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. Im Themenmonitor wird hingegen verstärkt auf nationale und tagesaktuelle Ereignisse verwiesen, zum Beispiel den Abgas- beziehungsweise Diesel-Skandal, die damit verbundene Diskussion um Fahrverbote in deutschen Innenstädten oder auch die Besetzung und Räumung des Hambacher Forsts.
- Im Bereich **Gesundheit & Pflege** werden sowohl im Bürgerdialog, als auch im Themenmonitor primär nationale Herausforderungen thematisiert, wie zum Beispiel Fragen der Pflegeversorgung und ihrer Finanzierung in Deutschland.
- Auch der Komplex **Infrastruktur & Mobilität** scheint sowohl im Rahmen des Bürgerdialogs, als auch in den Nennungen des Themenmonitors vorrangig durch Fragen zur zukünftigen Ausrichtung der Mobilität und Energieversorgung gekennzeichnet, wobei beides zumindest implizit als europäische Herausforderung diskutiert wird.
- Fragen der **Digitalisierung** erfahren im Bürgerdialog und Themenmonitor eine jeweils verschiedene Schwerpunktsetzung: Während sich die Rückmeldungen vorrangig auf den Wegfall der Roaming-Gebühren innerhalb Europas beziehen, nehmen die Befragten des Themenmonitors vermehrt nationale Defizite im Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Blick.

- Auch die **Agrarpolitik** wird in Bürgerdialog und Themenmonitor aus divergenter Motivation thematisiert: Während sich die Rückmeldungen vorrangig auf Fragen der Ausrichtung europäischer Agrarsubventionen sowie den Ausbau ökologischer Landwirtschaft und die Reduzierung von EU-Regularien beziehen, nehmen die Befragten des Themenmonitors insbesondere die hitzebedingten Ernteaufschläge der deutschen Landwirte und denkbare Hilfen in den Blick.

Damit werden deutliche Unterschiede im Zeitbezug beider Untersuchungen deutlich: Während im Bürgerdialog überwiegend langfristige Themen und Strukturen adressiert werden, sind die Befunde des Themenmonitors schon aufgrund der Fragestellung deutlich aktualitätsgetriebener.

# Anhang I: Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Strukturelle Übersicht der Dialogveranstaltungen .....	18
Abb. 2: Soziodemographische Struktur der Rückmelder*innen.....	19
Abb. 3: Analyseschritte beim Textmining zum Bürgerdialog zur Zukunft Europas .....	21
Abb. 4: Verdichtende Kategorisierung – Hauptthemen .....	24
Abb. 5: Verdichtende Kategorisierung - Unterthemen (Politikfelder).....	24
Abb. 6: Verdichtende Kategorisierung - Unterthemen (Werte und Institutionelle Ausgestaltung).....	25
Abb. 7: Veranstaltungsfeedback der Rückmelder*innen .....	26
Abb. 8: Diskutierte Themenbereiche .....	28
Abb. 9: Einordnende Bewertung Politikfelder .....	29
Abb. 10: Einordnende Bewertung Wertvorstellungen und institutionelle Ausgestaltung .....	30
Abb. 11: Positive Wahrnehmungen im Bereich Agrarpolitik .....	32
Abb. 12: Negative Wahrnehmungen im Bereich Agrarpolitik.....	33
Abb. 13: Positive Wahrnehmungen im Bereich Arbeit & Soziales.....	35
Abb. 14: Negative Wahrnehmungen im Bereich Arbeit & Soziales .....	36
Abb. 15: Positive Wahrnehmungen im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik.....	38
Abb. 16: Negative Wahrnehmungen im Bereich Außen- & Sicherheitspolitik.....	39
Abb. 17: Positive Wahrnehmungen im Bereich Bildung .....	41
Abb. 18: Negative Wahrnehmungen im Bereich Bildung .....	42
Abb. 19: Positive Wahrnehmungen im Bereich Digitalisierung.....	44
Abb. 20: Negative Wahrnehmungen im Bereich Digitalisierung .....	45
Abb. 21: Positive Wahrnehmungen im Bereich Finanzen & Währung .....	47
Abb. 22: Negative Wahrnehmungen im Bereich Finanzen & Währung.....	48
Abb. 23: Positive Wahrnehmungen im Bereich Gesundheit & Pflege .....	50
Abb. 24: Negative Wahrnehmungen im Bereich Gesundheit & Pflege.....	51
Abb. 25: Positive Wahrnehmungen im Bereich Infrastruktur & Mobilität .....	53
Abb. 26: Negative Wahrnehmungen im Bereich Infrastruktur & Mobilität.....	54
Abb. 27: Positive Wahrnehmungen im Bereich Innenpolitik & Innere Sicherheit.....	56
Abb. 28: Negative Wahrnehmungen im Bereich Innenpolitik & Innere Sicherheit.....	57
Abb. 29: Positive Wahrnehmungen im Bereich Kultur & Religion .....	59
Abb. 30: Negative Wahrnehmungen im Bereich Kultur & Religion.....	60
Abb. 31: Positive Wahrnehmungen im Bereich Migration & Flüchtlinge.....	62
Abb. 32: Negative Wahrnehmungen im Bereich Migration & Flüchtlinge .....	63
Abb. 33: Positive Wahrnehmungen im Bereich Recht & Justiz .....	65
Abb. 34: Negative Wahrnehmungen im Bereich Recht & Justiz.....	66
Abb. 35: Positive Wahrnehmungen im Bereich Umwelt & Klima.....	68
Abb. 36: Negative Wahrnehmungen im Bereich Umwelt & Klima .....	69
Abb. 37: Positive Wahrnehmungen im Bereich Wirtschaft .....	71
Abb. 38: Negative Wahrnehmungen im Bereich Wirtschaft.....	72
Abb. 39: Positive Wahrnehmungen im Bereich Freiheit .....	74
Abb. 40: Negative Wahrnehmungen im Bereich Freiheit .....	76



Abb. 41: Positive Wahrnehmungen im Bereich Gerechtigkeit .....	77
Abb. 42: Negative Wahrnehmungen im Bereich Gerechtigkeit .....	78
Abb. 43: Positive Wahrnehmungen im Bereich Gleichheit .....	80
Abb. 44: Negative Wahrnehmungen im Bereich Gleichheit.....	81
Abb. 45: Positive Wahrnehmungen im Bereich Offenheit & Transparenz .....	83
Abb. 46: Negative Wahrnehmungen im Bereich Offenheit & Transparenz .....	84
Abb. 47: Positive Wahrnehmungen im Bereich Respekt & Toleranz.....	86
Abb. 48: Negative Wahrnehmungen im Bereich Respekt & Toleranz.....	87
Abb. 49: Positive Wahrnehmungen im Bereich Europäische Union.....	89
Abb. 50: Negative Wahrnehmungen im Bereich Europäische Union .....	91
Abb. 51: Positive Wahrnehmungen im Bereich Politisches System .....	93
Abb. 52: Negative Wahrnehmungen im Bereich Politisches System .....	94
Abb. 53: Positive Wahrnehmungen im Bereich Rechtspopulismus.....	96
Abb. 54: Negative Wahrnehmungen im Bereich Rechtspopulismus .....	97
Abb. 55: Gesellschaftliche Themenagenda Mai - Oktober 2018 .....	99
Abb. 56: Abgleich Themen Bürgerdialog vs. gesellschaftliche Themenagenda .....	100

## Anhang II: Übersicht Dialogveranstaltungen

Zwischen Mai und Oktober 2018 haben 119 Dialogveranstaltungen im Rahmen des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas stattgefunden, davon 74 Bürgerdialoge der Bundesregierung<sup>27</sup>, 31 der Volkshochschulen und 14 der Mitgliedorganisationen der Europäischen Bewegung Deutschlands. Zur Dokumentation der Bürgerdialoge wurden den Veranstaltern standardisierte Protokoll- und Rückmeldebögen zur Verfügung gestellt. Diese wurden mehrheitlich genutzt. Im Folgenden dargestellt ist eine chronologische Übersicht sämtlicher Veranstaltungen, zu denen Ergebnisprotokolle und/oder Rückmeldebögen vorliegen und Eingang in die vorliegende Auswertung und Analyse fanden.

Datum	Ort	Bundesland	Veranstalter	Abteilung / Ressort	Teilnehmer	Protokolle	Rückmeldebögen
04.05.2018	Kempton (Staatliche Berufsschule I)	Bayern	Bundesregierung	BMZ	80	1	-
04.05.2018	Langenhagen (Gymnasium)	Niedersachsen	Bundesregierung	Bundeskanzleramt	75	1	52
04.05.2018	Ahaus (Canisiuschule)	Nordrhein-Westfalen	Bundesregierung	BMG	300	1	-
04.05.2018	Garbsen (Geschwister-Scholl-Gymnasium)	Niedersachsen	Bundesregierung	Bundeskanzleramt	21	1	16
04.05.2018	Bonn (Heinrich-Hertz-Europakolleg)	Nordrhein-Westfalen	Bundesregierung	BMU	31	1	-
04.05.2018	Kiel (Jens-Lornsens Grundschule)	Schleswig-Holstein	Bundesregierung	BMFSFJ	24	1	-
04.05.2018	Berlin (Wilma-Rudolph-Oberschule)	Berlin	Bundesregierung	BPA	25	1	25
04.05.2018	Berlin (Peter-Ustinov-Schule)	Berlin	Bundesregierung	Bundeskanzleramt	70-80	1	43
04.05.2018	Berlin (Refik-Veseli-Schule)	Berlin	Bundesregierung	BMF	ca. 50	1	-
07.05.2018	Berlin (Jane-Addams-Schule)	Berlin	Bundesregierung	Bundeskanzleramt	100	1	73

<sup>27</sup> Leitungsebene. Hinzu kommen wenige Termine unterhalb der Leitungsebene.

07.05.2018	Laatzten (Erich-Kästner- Gymnasium)	Niedersachsen	Bundes- regierung	BMZ	80-100	1	-
15.05.2018	Berlin (Französisches Gymnasium)	Berlin	Bundes- regierung	BPA	31	1	26
25.05.2018	Peine (Bodenstedt- Wilhelm-Schule)	Niedersachsen	Bundes- regierung	BMAS	15	1	-
04.06.2018	Osnabrück	Niedersachsen	Bundes- regierung	Auswärtiges Amt	80	1	37
04.06.2018	München	Bayern	Bundes- regierung	Auswärtiges Amt	40	1	-
11.06.2018	Eschwege / Anne-Frank- Schule	Hessen	Bundes- regierung	Auswärtiges Amt	45	1	-
15.06.2018	Witzin	Mecklenburg- Vorpommern	Bundes- regierung	Auswärtiges Amt	20	1	5
27.06.2018	Germering	Bayern	Deutscher Volkshoch- schul- Verband	VHS Germering	10	1	10
03.07.2018	Berlin	Berlin	Bundes- regierung	BMVI	108	1	56
10.07.2018	Eberswalde	Brandenburg	Bundes- regierung	BMWi	75	1	17
12.07.2018	Essen	Nordrhein- Westfalen	Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Europa Union Deutschland e.V.	ca. 100	1	14
18.07.2018	Frankfurt am Main	Hessen	Bundes- regierung	Auswärtiges Amt	65	1	-
23.07.2018	München	Bayern	Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Europa Union München e.V.	7	1	7
08.08.2018	Schlüchtern	Hessen	Bundes- regierung	BMVg	ca. 62	1	19
14.08.2018	Jena	Thüringen	Bundes- regierung	Bundeskanzleramt	54	1	47
20.08.2018	Sternberg	Bayern	Bundes- regierung	BMWi	76	1	15
21.08.2018	Berlin	Berlin	Bundes- regierung	BMAS	42164 erreichte Personen, 13.879 Videoaufrufe, 474 Beitragsinter- aktionen, 132 Kommentare	1	-
22.08.2018	Trier	Rheinland-Pfalz	Bundes- regierung	BMJV	61	1	-
25.08.2018	Berlin	Berlin	Bundes- regierung	BPA	ca. 100	1	39

25.08.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMI	ca. 20	1	-
26.08.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	Auswärtiges Amt	ca. 400	1	72
26.08.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMFSFJ	ca. 30	1	24
26.08.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMWi	177	1	15
26.08.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMF	ca. 70	1	-
26.08.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMEL	40	1	19
27.08.2018	Ludwigsfelde-Genshagen	Brandenburg	Bundesregierung	Beauftragte der Bundesregierung für Kulturgut und Medien	120	1	12
30.08.2018	Halle	Sachsen-Anhalt	Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Europa Union Deutschland e.V.	100	1	6
03.09.2018	Münster	Nordrhein-Westfalen	Bundesregierung	BMU	48	1	3
04.09.2018	Kaarst	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Kaarst	ca. 90	1	52
04.09.2018	Baden-Baden	Baden-Württemberg	Bundesregierung	BMWi	130	1	8
05.09.2018	Bonn	Nordrhein-Westfalen	Bundesregierung	Beauftragte der Bundesregierung für Kulturgut und Medien	80	1	15
08.09.2018	Datteln	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Datteln	15	1	-
13.09.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMZ	45	1	-
14.09.2018	Hamburg	Hamburg	Bundesregierung	Auswärtiges Amt	ca. 30	1	15
17.09.2018	Stralsund	Mecklenburg-Vorpommern	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Vorpommern-Rügen	70	1	-
18.09.2018	Stolberg	Nordrhein-Westfalen	Bundesregierung	BMBF	28	1	-
18.09.2018	Münster	Nordrhein-Westfalen	Bundesregierung	BMF	55	1	1
19.09.2018	Pönitz	Schleswig-Holstein	Bundesregierung	BMF	42	1	-
24.09.2018	Hannover	Niedersachsen	Bundesregierung	Bundeskanzleramt	40	1	31

25.09.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMJV	70	1	23
25.09.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMEL	25	1	25
25.09.2018	Ratingen	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Ratingen	25	1	6
26.09.2018	Rheda-Wiedenbrück	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Reckenberg-Ems	24	1	20
26.09.2018	Holzwickede	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Unna Fröndenberg Holzwickede	80	1	-
27.09.2018	Augsburg	Bayern	Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Europa-Union Augsburg e.V.	41	1	7
27.09.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	Auswärtiges Amt	70	1	13
28.09.2018	Flensburg	Schleswig-Holstein	Bundesregierung	BMF	96	1	67
28.09.2018	Bad Hersfeld	Hessen	Bundesregierung	Auswärtiges Amt und Modellschule Obersberg	50	1	31
28.09.2018	Lindau	Bayern	Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Europa-Union Lindau	6	1	5
30.09.2018	Schönstedt	Thüringen	Bundesregierung	BMU	17	1	13
03.10.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	Auswärtiges Amt	k.A.	1	16
05.10.2018	Gütersloh	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Gütersloh	68	1	28
05.10.2018	Bad Homburg	Hessen	Bundesregierung	BMU	k.A.	-	32
08.10.2018	Trier	Rheinland-Pfalz	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Trier	68	1	47
08.10.2018	Giessen	Hessen	Bundesregierung	Auswärtiges Amt	ca. 35	1	12
08.10.2018	Bad Oeynhau- sen	Nordrhein-Westfalen	Bundesregierung	BMAS	86	1	-
09.10.2018	Höxter	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Höxter-Mariemünster	31	1	-

09.10.2018	Troisdorf	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Troisdorf und Niederkassel	26	1	19
09.10.2018	Kappeln	Schleswig-Holstein	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Kappeln	10	1	-
10.10.2018	Duisburg	Nordrhein-Westfalen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Duisburg	41	1	8
11.10.2018	Dresden	Sachsen	Bundesregierung	Auswärtiges Amt	ca. 135	1	21
11.10.2018	Falkensee	Brandenburg	Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Europa-Union Deutschland	85	1	4
12.10.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMBF	45	1	-
12.10.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMBF	45	1	-
12.10.2018	Berlin	Berlin	Bundesregierung	BMBF	45	1	-
15.10.2018	Dresden	Sachsen	Bundesregierung	BMVg	21	1	14
16.10.2018	Leipzig	Sachsen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Leipzig	58	1	-
18.10.2018	Waiblingen	Baden-Württemberg	Bundesregierung	BMAS	ca. 120	1	-
19.10.2018	Hannover	Niedersachsen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Hannover	50	1	-
19.10.2018	Osnabrück	Niedersachsen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Osnabrück	19	1	-
20.10.2018	Karlsruhe	Baden-Württemberg	Bundesregierung	BMBF	ca. 400	1	-
20.10.2018	Karlsruhe	Baden-Württemberg	Bundesregierung	BMBF	ca. 50	1	-
22.10.2018	Ludwigshafen	Rheinland-Pfalz	Bundesregierung	BMF	ca. 300	1	66
23.10.2018	Heide	Schleswig-Holstein	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Heide	40	1	-
24.10.2018	Eutin	Schleswig-Holstein	Bundesregierung	BMF	58	1	43
24.10.2018	Tübingen	Baden-Württemberg	Bundesregierung	Beauftragte der Bundesregierung für	35	1	13

				Migration, Flüchtlinge und Integration			
25.10.2018	Kiel	Schleswig-Holstein	Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Europa-Union Schleswig-Holstein	72	1	10
25.10.2018	Oldenburg	Niedersachsen	Deutscher Volkshochschul-Verband	VHS Oldenburg	12	1	-

# Anhang III: Muster-Protokollbogen









# Anhang IV: Muster-Rückmeldebogen





# Anhang IV: Tabellarische Übersichten

## ***Hinweise zu den tabellarischen Übersichten***

Die Antwortverteilungen in den nachfolgenden tabellarischen Übersichten sind als Spaltenprozentage ausgewiesen. Die Prozentwerte beziehen sich somit auf die im Tabellenkopf ausgewiesene Gesamtheit der Befragten sowie dort definierte Teilgruppen und summieren sich in jeder Spalte senkrecht zu 100 Prozent. Es handelt sich hierbei um gerundete Prozentwerte. Bei der Möglichkeit von Mehrfachantworten können die Summen auch auf über 100 Prozent summieren.

Die in den Tabellen ausgewiesenen Werte sind ungewichtet.

Ist in einer Tabelle statt eines Prozentwertes ein „-“ ausgewiesen, so existieren keine Fälle / Nennungen für diese Antwortkategorie. Ist hingegen eine „0“ ausgewiesen, so liegt der Anteil für die entsprechende Antwortkategorie unter 0,5 Prozent.

Zu beachten ist die teils sehr geringe Basis bei einzelnen Fragestellungen – insbesondere in den Teilgruppen: Bei einer Basis <30 ist keine statistisch belastbare Aussage zum Antwortverhalten der jeweiligen Teilgruppe möglich.

## ***Abfolge der tabellarischen Übersichten***

- I. Tabellarische Übersicht: Ergebnisprotolle.....Tabellenseite 1-80
- II. Tabellarische Übersicht: Rückmeldebögen.....Tabellenseite 81-154